öS 48,-

MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

Themenschwerpunkt

Rechtsextremismus und Medien

Ineffizient und lax
Strafrechtliche Verfolgung rechtsextremer Publizistik in Österreich nach 1945

„Mit Herz und Hand/Fürs teure Vaterland"
Neonazismus in Österreichs Nachkriegspresse am Beispiel des
Alpenländischen Heimatrufs 1947/48

Sprachmuster österreichischer rechtsextremer Publizistik
Fallbeispiele aus den Periodika
Halt, Huttenbriefe, Klartext und *Sieg* (1980 - 1991)

Beiträge von Frauen und Männern
in rechtsextremen Zeitschriften Österreichs.
Ein quantitativer Vergleich (1959-1989)

Enttabuisierung ohne Aufarbeitung
Eine Analyse der österreichischen Medienberichterstattung
zum „Anschluß"-Gedenken 1988

Aus für den Londoner *ENCOUNTER* (1953-1990)
Die Kalten Krieger des „Kongresses für kulturelle Freiheit"
sind endgültig nicht mehr gefragt

3/91

Jahrgang 6

Du schmeckst mir

TEAM BBDO

Die mildesten Tabaksorten der Welt.

Nur wenige Gegenden der Erde bieten das spezielle Klima und den besonderen Boden, auf dem die mildesten Tabake der Welt gedeihen. Und nur solche Tabake werden für Milde Sorte Classic Light verwendet. Es ist eben die Milde aus der Natur, die Milde Sorte Classic Light so unverwechselbar macht.

Warnung des Gesundheitsministers: Rauchen kann Ihre Gesundheit gefährden!

Inhalt

Dokumentation: Legistische Maßnahmen der Zweiten Republik gegen neonazistische, rechtsextreme und rassistische (Wieder-) Betätigung in der massenmedialen Öffentlichkeit

Christian Haider/Fritz Hausjell 3

Zur strafrechtlichen Verfolgung von rechtsextremen Publikationen

Wolfgang Neugebauer 4

„Des Teufels Wochenblatt". Neonazismus in der österreichischen Nachkriegspresse am Beispiel von *Oststeirischer Wochenpost/ Alpenländischer Heimatruf* (29. Mai 1947 - 2. Oktober 1948)

Michaela Lindinger 8
unter Mitarbeit von *Wolfgang Monschein* und *Bernd Beutl*

Alte oder neue Sprache? Eine Analyse der Sprachmuster österreichischer rechtsextremer Periodika (1980-1991)

Friedrich Randl 22

Männliche Dominanz. Beiträge von Frauen und Männern in rechtsextremen Zeitschriften Österreichs am Beispiel von *Eckartbote, Mitteilungen des Freundeskreises der Stiftung Soziales Friedenswerk* und *Aula* (1959-1989)

Eva Kößlbacher 27

Zur Rekonstruktion der Vergangenheit im Gedenkjahr 1938/88. Eine Analyse der österreichischen Medienberichterstattung zum „Anschluß"-Gedenken

Heidemarie Uhl 33

Das Ende des Londoner *ENCOUNTER*. Mit Herbst 1990 endete auch das letzte Kapitel in der Geschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit"

Frank Tichy 41

Rezensionen 48

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Bernd BEUTL (1970), Student der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien

Christian HAIDER (1969), Student der Geschichte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien

Dr. Fritz HAUSJELL (1959), Vertragsassistent am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien und Univ.-Lektor an der Universität in Wien, Salzburg und Innsbruck

Eva KÖßLBACHER (1970), Studentin der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Germanistik an der Universität Wien

Mag. Michaela LINDINGER (1967), Dissertantin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

Wolfgang MONSCHEIN (1968), Student der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien

Dr. Wolfgang NEUGEBAUER (1944), Wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

Friedrich RANDL (1964), Student der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Kunstgeschichte an der Universität Wien

Mag. Frank TICHY (1939), Germanist und freiberuflicher Journalist, Abtenau bei Salzburg

Dr. Heidemarie UHL (1956), Mitarbeiterin an Projekten des Instituts für Geschichte der Universität Graz, Abteilung Zeitgeschichte

Editorial

Wer in den Fachbibliographien systematisch danach sucht, ist am Ende über das magere Ergebnis verblüfft. Neonazistische und rechtsextreme Publizistik in Österreich seit 1945 müßte doch wohl ein Thema für etliche kommunikationswissenschaftliche Analysen abgegeben haben, zumal da diese Art des Journalismus seit Ende des „Dritten Reiches" mit wechselnder Intensität, aber dennoch permanent, zur österreichischen Medienlandschaft gehörte und weiterhin beiträgt.

Die Aufsätze zum Themenschwerpunkt in diesem Heft konnten also auf nur äußerst wenige Studien zurückgreifen und mußten weitgehend Neuland beschreiten. Als Versuche, einem neuen alten Thema sich wissenschaftlich zu nähern, sollten sie auch gesehen und bewertet werden. Jedenfalls eröffnet sich der Kommunikationswissenschaft ein großes Themenfeld, das täglich an Aktualität gewinnt. Man denke nur an die gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Europa, wo Fremdenfeindlichkeit und die übrige „Sündenbock"-Politik das Maß der Bedrohung demokratischer Gesellschaftssysteme schon erreicht haben. Und Journalismus und Medien sind daran - sei es auch nur in Form mangelnder Aufklärung - wesentlich mitbeteiligt.

Dringliche Aufgabe der Kommunikationswissenschaft ist demnach nicht nur die Befassung mit zeitgeschichtlichen Entwicklungen im Bereich rechtsextremer, neonazistischer, auf Ausländerabwehr und andere Chauvinismen abzielender Publizistik. Gerade auch die aktuellen Probleme fordern wissenschaftliche Beschäftigung geradezu heraus.

Ob dies nun die neonazistischen und rassistischen Computerspiele sind, mit denen Intoleranz, Haß und gar das Handeln als Betreiber neuer KZ für Ausländer spielerisch im Kindes- und Jugendalter eingeübt wird und entsprechend mentale Prägungen und fürchterliches Denken bewirken.

Ob dies nun die fehlenden Vermittlungsleistungen der demokratischen Medien für die Zusammenhänge der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen (nun auch wieder) in Europa sind.

Oder ob dies bereits offene Verteidigung bis Propagierung von Ausländerfeindlichkeit als neue bürgerliche (Überlebens-) Tugend ist. So brachte zum Beispiel Humbert Fink am 3. Oktober dieses Jahres seinen Kommentar im österreichischen Massenblatt *Neue Kronen Zeitung* zu folgendem Finale:

> Aber vielleicht ist Fremdenhaß überhaupt etwas, das mit Überleben, auch mit Selbstbehauptung zu tun hat? Möglicherweise ist er auch bloß ein Vorbote für den sich abzeichnenden mörderischen Konflikt zwischen den reicheren und ärmeren Ländern Europas? Denn ohne ihn wäre es durchaus vorstellbar, daß wir an unserem eigenen Mitleid zugrunde gehen. Und uns so lange der Armut öffnen, bis wir selbst ein Teil dieser Armut geworden sind.

„Der diskrete Charme der Bourgeosie" ist dahin. Was bleibt ist unanständiger, inhumaner Geist, der hoffentlich nicht auch in Österreich bald das Leben fremder Menschen bedroht oder gar zerstört.

Wolfgang Duchkowitsch, Christian Haider, Fritz Hausjell, Eva Kößlbacher

Reaktionen

S. g. Herren!

Aufgrund einer Besprechung im *Standard* hatte ich mir Ihre Nr. 4/90 bestellt und sie mir nun zu Gemüte geführt. Gestatten Sie mir zu dem an sich sehr interessanten Blatt zwei Bemerkungen:

1.) Wenn Dr. Duchkowitsch über die „Judenhetze als journalistischer Industriezweig" schreibt und die beiden Theologen Brunner und Wiesinger auseinanderlegt, so versteigt er sich nicht nur in vranitzkyartige Sprechweise zu einem „Handlungsbedarf" und zieht politische Schlüsse der Art, daß Straßenumbenennungen gefordert werden, wofür er rein sachlich wohl nicht berechtigt ist, sondern er läßt alle wissenschaftl. Objektivität links liegen und geifert bereits im 2. Teil seines an sich emsig zusammengetragenen Elaborates in einer Weise über die Schreibweise seiner journalistischen Kollegen des vorigen Jahrhunderts, daß er sich damit leider selbst disqualifiziert hat für eine seriöse Lektüre: „in diesem erbärmlichen, abscheulichen und zutiefst verabzuscheuendem Gebräu..." - Diese Qualifikationen möge er bitte sehr den Lesern überlassen und nicht vorkauen!!

2.) Daß Jugend vor Torheit nicht schützt, beweist Dr. Feldinger, der in seinem Nachruf auf „Wort und Wahrheit" die Behauptung aufstellt, die Wollzeile sei „damals Teil der sowjetischen Besatzungszone" gewesen. Nun, er war damals noch zu jung, nämlich nicht auf der Welt, um zu wissen: „Den Unterschied möchte ich Klavier spielen können!" - um mit einem litarischen Zitat einen Vergleich zu ziehen!

Es wäre schön, wenn das Lektorat, welches Ihr Impressum ausdrücklich ausweist, solche Auslassungen rechtzeitig, also vor Druck, korrigierte!

Mag. Klaus-Peter Herndl, 1080 Wien

Antwort der Autoren:

Mit Ihren Schlußfolgerungen weiß ich mich, wie Sie wohl verstehen werden, nicht im Einverständnis. Folgen kann ich Ihnen in mehrfacher Hinsicht nicht. Wenn Sie formulieren, daß ich die beiden Theologen Brunner und Wiesinger „auseinanderlege", nehme ich an, Sie sprechen damit meine qualitative Inhaltsanalyse der *Wiener Kirchenzeitung* an. Weshalb und worin Sie „politische Schlüsse der Art" wittern, „daß Straßenumbenennungen gefordert werden", wofür ich „rein sachlich wohl nicht berechtigt" sei, stellt für mich in dieser Konsequenz ein Rätsel dar, das ich nur als Ihr eigenes dechiffrieren kann. Aus welchem Grund Sie mich schließlich als „journalistischen Kollegen" von Brunner und Wiesinger ansprechen, der über ihre Schreibweise „geifert", bleibt mir ebenfalls ein Mirakel. Selbst wenn ich ein Journalist wäre, würde ich mich dagegen wehren, die Genannten als „Kollegen" zu akzeptieren.

Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Die alliierte Verwaltung des ersten Wiener Gemeindebezirkes wechselte turnusmäßig jeden Monat zwischen den vier Besatzungsmächten. Ich bedauere die Unkorrektheit in meinem Artikel, die meines Erachtens jedoch keine Torheit darstellt, zu tiefst. Ich werde mir als Kommunikationswissenschafter und Medienhistoriker - gegensätzlichen Ansichten zum Trotz - auch künftig erlauben, zu Themen Stellung zu beziehen, die in eine Zeit fallen, zu der ich noch nicht auf der Welt war.

Dr. Norbert Feldinger

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)", 1014 Wien, Postfach 208;
Vorstand des AHK:
Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann), DDr. Oliver Rathkolb (Obmann-Stv.), Claudia Wurzinger (Geschäftsführerin), Dr. Fritz Hausjell (Geschäftsführer-Stv.), Mag. Ing. Verena Winiwarter (Kassierin), Dr. Hannes Haas (Kassier-Stv.), Eva Kößlbacher (Schriftführerin), Mag. Gian-Luca Wallisch (Schriftführer-Stv.), Dr. Peter Malina, Margit Steiger, Dr. Theodor Venus, Stefan Wallisch

Verleger:
Literas Universitätsverlag, 1090 Wien, Berggasse 4, Tel. (0222) 315659-0

Drucker:
Gröbner-Druck, 7400 Oberwart, Steinamangererstraße 161

Korrespondenten:
Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Dr. Hermann Haarmann (Berlin), Dr. Robert Knight (London), Dr. Arnulf Kutsch (Münster), Dr. Irene Neverla (München), Dr. Edmund Schulz (Leipzig), Dr. Robert Schwarz (Florida)

Redaktion:
Vorstand des "Arbeitskreises für historische Kommunikationsforschung (AHK)"; redaktionelle Leitung dieses Heftes: Dr. Wolfgang Duchkowitsch, Christian Haider, Dr. Fritz Hausjell, Eva Kößlbacher

Lektorat:
Christian Haider

Erscheinungsweise:
Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:
Einzelheft (exkl. Versand): öS 48.-

Jahresabonnement:
Österreich (inkl. Versand): öS 165.-
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 235.-

Studentenjahresabonnement:
Österreich (inkl. Versand): öS 120.-
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 190.-

Bestellungen an:
Literas, 1090 Wien, Berggasse 4, Tel. (0222) 315659-0;
Medien & Zeit, 1014 Wien, Postfach 208;
oder über den gutsortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien

Dokumentation

Legistische Maßnahmen der Zweiten Republik gegen neonazistische, rechtsextreme und rassistische (Wieder-) Betätigung in der massenmedialen Öffentlichkeit

Zusammengestellt von
Christian Haider/Fritz Hausjell

Die nachstehende Zusammenstellung* gibt einen Überblick über die gesetzlichen Bestimmungen zur Strafverfolgung rechtsradikaler oder neonazistischer Aktivitäten von Einzelpersonen beziehungsweise Medien in Österreich. Die wichtigsten Textpassagen sind jeweils im Wortlaut zitiert:

- *Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945, Strafgesetzblatt (StGBl.) Nr. 13, über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz):*

Neben den grundsätzlichen Bestimmungen zum Verbot der NSDAP, ihren Wehrverbänden (SS, SA, NSKK, NSFK), ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände (§ 1) und der Aufhebung der durch diese Organisationen verliehenen politischen Mandate an Mitglieder von Gebietskörperschaften oder Berufsvertretungen (§ 2) untersagt das Verbotsgesetz vor allem „jedermann (...), sich für die NSDAP und ihre Ziele irgendwie zu betätigen" (§ 3). Wer etwa eine Organisation oder Verbindung, deren „Mitglieder im nationalsozialistischen Sinn die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik" sowie deren „öffentliche Ruhe" zu stören versuchen (§ 3a, Z. 2), unter anderem mit „Verkehrsmittel oder Einrichtungen zur Nachrichtenübermittlung" ausrüstet beziehungsweise diese für sie bereit hält (§ 3a, Z. 3 und Z. 4), wird mit „lebenslanger Freiheitsstrafe und dem Verfall des gesamten Vermögens (...) bestraft."

§ 3d „Wer öffentlich oder vor mehreren Leuten in Druckwerken, verbreiteten Schriften oder bildlichen Darstellungen zu einer der nach § 1 oder § 3 verbotenen Handlungen auffordert, aneifert oder zu verleiten sucht, insbesondere zu diesem Zweck die Ziele der NSDAP, ihrer Einrichtungen oder Maßnahmen verherrlicht oder anpreist, wird, sofern sich darin nicht eine schwerer verpönte, strafbare Handlung darstellt, mit Freiheitsstrafe von 10 bis zu 20 Jahren und mit dem Verfall des gesamten Vermögens bestraft."

Paragraph 3g Z. 1 des Verbotsgesetzes betrifft alle anderen, in den §§ 3a bis 3f nicht erfaßten Betätigungen „im nationalsozialistischen Sinne", die Öffentlichkeitswirksamkeit oder massenmediale Funktionen haben können (Verteilen von Flugblättern, Bekleben bzw. Beschmieren von Hauswänden, einschlägige mündliche Äußerungen in Gasthäusern u. ä.). Derartige Aktivitäten werden,

„sofern die Tat nicht nach einer anderen Bestimmung strenger strafbar ist, mit Freiheitsstrafe von 5 bis 10 Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit des Täters oder der Betätigung bis zu 20 Jahren bestraft. Auch kann auf Vermögensverfall erkannt werden."

- *§ 283 Strafgesetzbuch (StGB.), Verhetzung:*

(1) „Wer öffentlich auf eine Weise, die geeignet ist, die öffentliche Ordnung zu gefährden, zu einer feindseligen Handlung gegen eine im Inland bestehende Kirche oder Religionsgesellschaft oder gegen eine durch ihre Zugehörigkeit zu einer solchen Kirche oder Religionsgesellschaft, zu einer Rasse, zu einem Volk, einem Volksstamm oder einem Staat bestimmte Gruppe auffordert oder aufreizt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.
(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer öffentlich gegen eine der im Abs. 1 bezeichneten Gruppen hetzt oder sie in einer die Menschenwürde verletzenden Weise beschimpft oder verächtlich zu machen sucht."

Bei einer ehrenrührigen, gemäß *§ 115 StGB. (Beleidigung)* mit Strafe bedrohten Handlung hat der öffentliche Ankläger „mit Ermächtigung des Verletzten" das Vergehen entsprechend *§ 117 StGB. (Berechtigung zur Anklage)* zu ahnden,

„wenn sich die Tat gegen den Verletzten wegen seiner Zugehörigkeit zu einer der im § 283 Abs. 1 bezeichneten Gruppen richtet und entweder in einer Mißhandlung oder Bedrohung mit einer Mißhandlung oder einer die Menschenwürde verletzenden Beschimpfung oder Verspottung besteht." (§ 117 Abs. 3 StGB.)

- *Bundesgesetz vom 5. April 1960, mit dem bestimmte Abzeichen verboten wurden (Abzeichengesetz 1960 i. d. F. des BGBl. Nr. 117/1980):*

§ 1 (1) „Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich verbotenen Organisation dürfen öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden."

Dieses Verbot gilt auch für bloß ähnliche beziehungsweise offenkundig zu Ersatzzwecken bestimmte Abzeichen, Uniformen und Uniformteile sowie Orden und Ehrenzeichen mit derartigen Emblemen (§ 1 Abs. 2 und 3).

§ 2 führt dazu präzisierend aus:

„Die Verbote des § 1 finden, wenn nicht das Ideengut einer verbotenen Organisation gutgeheißen oder propagiert wird, keine Anwendung auf Druckwerke, bildliche Darstellungen, Aufführungen von Bühnen- oder Filmwerken sowie Ausstellungen, bei denen Ausstellungsstücke, die unter § 1 fallen, keinen wesentlichen Bestandteil der Ausstellung darstellen (Abs. 1)"

oder, „wenn sich die Ausstellung und deren Zweckbestimmung eindeutig gegen das Ideengut der betreffenden verbotenen Organisationen richten" (Abs. 2).

Die mit dem Verbot in § 1 definierte Verwaltungsübertretung wird „mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 S oder mit Arrest bis zu einem Monat" bestraft. „Überwiegen erschwerende Umstände, so können Geld- und Arreststrafen auch nebeneinander verhängt werden" (§ 3 Abs. 1).

Im Zusammenhang mit dem Abzeichengesetz ist gleichzeitig auch auf das *Bundesgesetz vom 21. Dezember 1945, BGBl. Nr. 15/1946*, „womit ein Verbot des Tragens von Uniformen der deutschen Wehrmacht erlassen wird" (Uniform-Verbotsgesetz) zu verweisen.

- *Art. IX Abs. 1 Z. 7 EGVG 1950:*

Die Einführungsgesetze zum Verwaltungsverfassungsgesetz (EGVG) belegen die Verwaltungsübertretung der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts „im Sinne des Verbotsgesetzes, StGBl. Nr. 13/1945 i. d. F. des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. Nr. 25/1947 (...) mit einer Geldstrafe bis zu 30.000 S" und mit dem „Verfall der Gegenstände, mit denen die strafbare Handlung begangen wurde".

* Wir danken Dr. Peter Heindl vom Bundesministerium für Inneres für die freundliche Unterstützung.

WOLFGANG NEUGEBAUER

Zur strafrechtlichen Verfolgung von rechtsextremen Publikationen

Der vielzitierte Ausspruch von Bundeskanzler Vranitzky über Österreich als „Antithese zum Nationalsozialismus" hat zumindest insofern Relevanz, als die am 27. April 1945 wiedererstandene Republik Österreich ihre Verfassungsordnung grundlegend in Richtung Antifaschismus verändert hatte. Mit dem am 8. Mai 1945 beschlossenen Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP wurden nicht nur alle bestehenden NS-Organisationen aufgelöst, sondern auch jede Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn verboten und unter schwere Strafen gestellt. In den Staatsvertrag 1955 wurden weitere antifaschistische Bestimmungen aufgenommen, die durch das Verfassungsgesetz vom 4. März 1964 gleichfalls Verfassungsrang erhielten.[1]

Die antifaschistische Verfassungsordnung Österreichs wurde lange Zeit von Politikern und Juristen nicht ernst genommen; selbst sozialdemokratische Politiker erklärten als Innen- oder Justizminister, daß diese Verfassungsbestimmungen, etwa hinsichtlich des Verbots neonazistischer Parteien, nicht unmittelbar anwendbar seien oder nicht angewendet werden sollen. Fragwürdige politische Überlegungen - wie zum Beispiel Verbote und Verfolgungen würden „Märtyrer" schaffen oder die angebliche Attraktivität illegaler politischer Tätigkeit für Jugendliche - wurden in der Praxis höher gestellt als die Verfassung.[2]

Es ist das Verdienst des von Antifaschisten angerufenen Verfassungsgerichtshofs (VfGH), mit unmißverständlicher Klarheit und Konsequenz dem Antifaschismus in der österreichischen Rechtspraxis zum Durchbruch verholfen zu haben. Im sogenannten ANR-Erkenntnis des VfGH vom 29. November 1985 - es ging um die Zulassung der neonazistischen Gruppe „Aktion Neue Rechte" (ANR) bei den ÖH-Wahlen 1979 und 1981 - wurde festgestellt, daß das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung „unmittelbar anwendbares Verfassungsrecht", ja „umfassende Maßgabe jeglichen staatlichen Verhaltens" und „allgemeine Generalklausel" der österreichischen Rechtsordnung ist, die für alle Behörden und Gerichte der Republik Österreich verbindlich ist.[3] Aufgrund dieses VfGH-Erkenntnisses war es in der Folge möglich, neonazistischen Parteien wie der NDP Norbert Burgers die Rechts- und Existenzgrundlage zu entziehen, beziehungsweise die Kandidatur solcher Gruppen bei Wahlen zu verhindern.[4]

Ebenso klar und eindeutig war und ist die Rechtssprechung der österreichischen Höchstgerichte hinsichtlich nationalsozialistischer Wiederbetätigung von Einzelpersonen beziehungsweise Medien. Dazu gehört, wie der Oberste Gerichtshof (OGH) mehrfach ausgesprochen hat, „jede einseitige propagandistisch vorteilhafte Darstellung nationalsozialistischer Maßnahmen und Zielsetzungen in Druckwerken". Insbesondere die in rechtsextremen Medien immer offener zum Ausdruck gebrachte Leugnung, Verharmlosung oder Beschönigung der Verbrechen des NS-Regimes, zum Beispiel die Bestreitung der Vergasung von Juden in KZ, werden objektiv als Verbrechen der NS-Wiederbetätigung qualifiziert. In einem solchen grundlegenden Erkenntnis des OGH, bezogen auf eine Veröffentlichung des französischen Holocaust-Leugners Robert Faurisson in der neonazistischen *Deutschen National-Zeitung*, wird auch festgestellt, daß die in Art. 17, Abs. 1, Staatsgrundgesetz geschützte Freiheit der Wissenschaft und Lehre nicht von neonazistischen Publikationen in Anspruch genommen werden kann, „weil dieser Schutz vornehmlich der akademischen Wissenschaftspflege" gilt.[5]

Darüber hinaus vertreten die Höchstgerichte, ebenso aber das Bundesministerium für Justiz, die Auffassung von der „Gerichtsnotorität" der NS-Verbrechen.[6] Das heißt, in einschlägigen Verfahren vor Gerichten ist es nicht notwendig oder zulässig, die Verbrechen des NS-Regimes, beispielsweise an Juden in den Vernichtungslagern, zu beweisen; diese werden von vornherein als wissenschaftlich erwiesen und gerichtlich bekannt qualifiziert - ein Standpunkt, der ohne jeden Zweifel dem Stand der internationalen zeitgeschichtlichen Forschung entspricht. In Konsequenz daraus sind bislang sämtliche Anträge von Neonazi-Verteidigern, „Sachverständige" aus dem Kreis der „Revisionisten", also neonazistischen Propagandisten à la Robert Faurisson oder David Irving, als Zeugen heranzuziehen, abgelehnt worden.

Dieser eindeutigen Verfassungs- und Gesetzeslage und den darauf aufbauenden höchstgerichtlichen Entscheidungen entspricht jedoch keineswegs die Praxis der Gerichte auf der unteren Ebene beziehungsweise der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Behörden.

---

[1] Siehe dazu ausführlich: Georg Zanger: *Neofaschismus vor österreichischen Gerichten*. In: Nikolaus Dimmel/Alfred Noll: *Verfassung. Juristisch-politische und sozialwissenschaftliche Beiträge anläßlich des 70-Jahr-Jubiläums des Bundes-Verfassungsgesetzes*. Wien 1990, 249 ff.

[2] Mit solchen Argumenten wurde ich in einschlägigen Diskussionen in den siebziger Jahren immer wieder konfrontiert.

[3] Erkenntnis des VfGH vom 29. November 1985, G 175/84-34; siehe dazu ausführlich: Zanger, *Neofaschischmus*, 370 ff.

[4] Erst jüngst wurde im Erkenntnis des VfGH vom 28. Februar 1991, W I-11/90-9, die Nichtzulassung der neonazistischen "Liste Nein zur Ausländerflut" zur Nationalratswahl 1990 durch die Kreiswahlbehörde Wien für Rechtens erklärt.

[5] Erkenntnis des OGH vom 6. März 1980, 10 Os 14/80. Zitiert nach: *Österreichische Juristen-Zeitung*, 16/1980, 443 f.

[6] Siehe dazu u.a.: Erkenntnis des OGH vom 18. Oktober 1990, 12 Os 57/90-10; Beantwortung der Anfrage der Abg. Srb und Freunde durch den Bundesminister für Justiz Dr. Foregger, 20. November 1989, II-9083 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode.

Die für die Strafverfolgung von neonazistischen Aktivitäten zuständigen Staatsanwaltschaften und Behörden werden in der Regel erst dann tätig, wenn von dritter Seite Anzeigen erstattet und Proteste in der Öffentlichkeit laut werden. Nur selten dagegen ist ein offensives Vorgehen der Behörden selbst festzustellen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), aber auch andere Organisationen wie die Israelitische Kultusgemeinde oder die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände erstatten immer wieder wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz Anzeigen, die aber nur in einem Bruchteil der Fälle tatsächlich zu behördlichem Einschreiten führen. Diese Anzeigen sind in der nachstehenden Statistik des Innenministeriums (vgl. Tab. 1) jedoch nicht enthalten, sodaß das Verhältnis zwischen erstatteten Anzeigen und durchgeführten Strafverfahren als noch weitaus ungünstiger zu bemessen ist.

Besonders deutlich läßt sich diese laxe Haltung am behördlichen Vorgehen im Falle der letzten Österreich-Tournee des britischen Pseudohistorikers und Hitlerapologeten David Irving aufzeigen. Obwohl Irving der Staatspolizei bereits von früheren Aktivitäten in Österreich bekannt war, konnte sein erster Vortrag am 5. November 1989 in Leoben trotz offenkundiger Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz über die Bühne gehen; erst nach mehreren Anzeigen des DÖW und nach massiven Protesten in Wien wurde eine weitere Irving-Veranstaltung polizeilich untersagt, die dann freilich andernorts in Anwesenheit von Pressevertretern und in unverständlicher Abwesenheit von Staatspolizisten doch abgehalten wurde. Als schließlich aufgrund dieses Vorfalles vom Landesgericht für Strafsachen Wien ein Haftbefehl gegen Irving verhängt wurde, schritt die Staatspolizei bei einem neuerlichen Vortragsversuch in Salzburg so ein, daß sich Irving der Verhaftung durch Absetzen in das benachbarte Freilassing entziehen konnte.[7]

Obwohl ich aus meiner Kenntnis der Situation der österreichischen Staatspolizei beziehungsweise den Sicherheitsbehörden also gewiß nicht Übereifer und rigoroses Vorgehen bei der Bekämpfung des Neonazismus unterstellen kann, wurde doch - wie nachstehende Statistik zeigt - eine beachtliche Zahl von Anzeigen an die Staatsanwaltschaften erstattet. Die deutliche Zunahme der Anzeigen von 1984 bis 1988 hängt meines Erachtens mit den innenpolitischen Verhältnissen in Österreich zusammen, die - in diesem Ausmaß erstmals seit 1945 - durch breite und kontroversielle zeitgeschichtliche Diskussionen (Fall Reder-Frischenschlager, Kandidatur Peter, Waldheim-Wahlkampf, Watch-List-Entscheidung und Historikerkommission) geprägt waren und ihren Höhepunkt im Gedenkjahr 1938/88 erreicht hatten. Danach ließ das öffentliche Interesse für diese Fragen wieder deutlich nach. Dabei schlägt sich allerdings die erneute Eskalation der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen rund um die jüngsten Äußerungen Jörg Haiders noch nicht in den Statistiken nieder.

[7] *profil*, 13.11.1989, 86.

In noch höherem Maße kommt die Untätigkeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte rechtsextremen Publizisten zugute. So laufen Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen den Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift *Halt*, Gerd Honsik, schon seit 1985; jede Ausgabe von *Halt* wird aufs neue (im nachhinein und daher ergebnislos) beschlagnahmt und angezeigt, sodaß Honsik, gegen den in der Vergangenheit bereits 24 Verfahren allein beim Landesgericht Wien eingeleitet worden sind, derzeit mit drei Verfahren nach dem NS-Verbotsgesetz, mit einem nach dem Verhetzungsparagraphen des Strafgesetzbuches (§ 283 StGB) und mit vier wegen beider Delikte belastet ist.[8] Auch die vom Landesgericht Wien verfügte Einziehung seines Buches *Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer* wurde von Honsik mißachtet und das Buch über ein Postfach in Györ/Ungarn weiter verbreitet, ohne daß dies sichtbare rechtliche Konsequenzen zur Folge gehabt hätte.[9]

Wie aus den nachstehenden Statistiken hervorgeht, wird der Großteil der erstatteten Anzeigen von den Staatsanwaltschaften zurückgelegt und nur wenige, meist besonders krasse Fälle gedeihen bis zur Anklage respektive zum Prozeß. Diese Zurückhaltung hängt vermutlich hauptsächlich mit den Erfahrungen der Staatsanwälte bei den Prozessen zusammen. Selbst in jenen Fällen, in denen der Tatbestand objektiv unter das NS-Verbotsgesetz zu subsumieren ist, wie etwa Leugnung des Holocaust, und bei denen die Angeklagten eindeutig der neonazistischen Szene zuzurechnen sind, also auch die subjektive Tatseite gegeben ist, wurden von Geschworenengerichten Freisprüche gefällt. Namentlich wären hier Ing. Friedrich Rainer, Sohn des hingerichteten Kärntner NS-Gauleiters, und Walter Ochensberger, neben Gerd Honsik der bekannteste und radikalste Neonazi Österreichs, anzuführen. Wenn nicht einmal ein Walter Ochensberger gerichtlich als Neonazi qualifiziert wird, müßte man folgerichtig zur Erkenntnis kommen, daß es in Österreich überhaupt keinen Neonazismus gibt.

Diese Freisprüche durch die Geschworenen, die auf die Kritik der Berufsrichter und insbesondere der Öffentlichkeit stießen, haben zweifellos mehrere Ursachen, die hier nur angedeutet werden können und im Grunde einer wissenschaftlichen Erforschung noch bedürfen: Zum einen widerspiegelt der Bewußtseinsstand der Laienrichter

[8] Diese Umstände wären nicht so bekannt, wären sie nicht durch zahlreiche parlamentarische Anfragen der Grün-Alternativen und der SPÖ aufgehellt worden. Zuletzt: Beantwortung der Anfrage der Abg. Mag. Stoisits und Freunde durch den Bundesminister für Justiz Dr. Michalek, 10. Juli 1991. II-293849 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode.

[9] Auf diesen skandalösen Zustand habe ich bei der letztjährigen Tagung "Justiz und NS-Wiederbetätigung" hingewiesen; eine Stellungnahme seitens der anwesenden und angesprochenen Vertreter des Bundesministeriums für Justiz erfolgte nicht. Siehe dazu: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u. a. (Hrsg.): *Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung* (Protokoll der gleichnamigen Tagung vom 15. Mai 1990 in Wien). Wien 1991, 37 ff.
Honsik hat inzwischen eine weitere, im wesentlichen unveränderte Auflage dieses beschlagnahmten Buches herausgebracht, in der bereits "37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer" auftreten.

das allgemeine politische Klima der Nachkriegszeit, das durch politischen Opportunismus gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten gekennzeichnet war, in dem die Verfolgung von NS-Verbrechen nur widerwillig und halbherzig erfolgte und von „Trauerarbeit", antifaschistischer Bewußtseinsbildung und zeitgeschichtlicher Aufklärung keine Spur war; zum anderen erscheinen offenbar den Geschworenen die Strafandrohungen des Verbotsgesetzes - 5 bis 10 Jahre, unter Umständen 20 Jahre schwerer Kerker - dem Delikt der Verbreitung eines Flugblattes mit unerwünschtem politischen Inhalt nicht angemessen. Freilich hängt der Wahrspruch der Geschworenen in einem nicht geringem Maße auch von der Betreuung durch die Berufsrichter ab, wie zum Beispiel der mit Schuldsprüchen endende ANR-Prozeß am Wiener Landesgericht oder die Verurteilung von Herbert Schweiger durch das LG Graz bewiesen haben.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, daß die vom Bundesministerium für Justiz bekanntgegebene Bilanz - sechs Schuldsprüche von acht Personen nach dem Verbotsgesetz im Zeitraum 1988-1991 angesichts hunderter Anzeigen - der österreichischen Justiz kein gutes Zeugnis ausstellt.

Die am Freispruch von Walter Ochensberger besonders deutlich gewordene Ineffizienz der österreichischen Justiz veranlaßte das DÖW, die Israelitische Kultusgemeinde Wien und die von Erika Weinzierl und Anton Pelinka repräsentierte „Gesellschaft für politische Aufklärung" im Mai 1990 zur Durchführung einer Tagung, bei der in Anwesenheit von Vertretern von Ministerien, Institutionen, Parteien und Organisationen eine kritische Bestandsaufnahme erfolgte und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Rechtssituation erarbeitet wurden. Rechtsanwalt Heinrich Keller regte dabei die Schaffung eines neuen Tatbestandes, Leugnung der NS-Verbrechen im Verhetzungsparagraphen des Strafgesetzbuches an.[10]

Von dieser juristischen Diskussion wenig beeindruckt, verschärften die österreichischen Neonazis, allen voran *Halt*-Herausgeber Gerd Honsik, ihre Propaganda weiter. Das in *Halt* Nr. 57, Jänner/Feber 1991, veröffentlichte „Mauthausen-Gaskammer-Rätsel-Poster", das in kaum zu überbietendem Zynismus die Gaskammer im KZ Mauthausen in Frage stellte, machte eine weitere Tolerierung und Verharmlosung der Neonazi-Propaganda nicht mehr möglich. SPÖ-Klubobmann Dr. Willi Fuhrmann griff den Keller-Vorschlag auf und brachte im Nationalrat einen SPÖ-Initiativantrag auf Novellierung von § 283 StGB ein, der nun zur Diskussion steht.

Dieser neue § 283a StGB hätte folgenden Wortlaut:

(1) Wer öffentlich das System des Nationalsozialismus, insbesondere aber die Verbrechen des Nationalsozialismus, leugnet oder zu rechtfertigen sucht, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

(2) Der Tatbestand des Abs. 1 ist jedenfalls erfüllt, wenn jemand die Tatsache leugnet, daß in Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes Millionen von Menschen, insbesondere Juden, im Sinne eines Völkermordes planmäßig vernichtet wurden.[11]

Während ÖVP-Klubobmann Heinrich Neisser, Justizminister Nikolaus Michalek und Bundeskanzler Franz Vranitzky sowie die Grünalternative Parlamentsfraktion der Schaffung eines solchen neuen Tatbestandes eher positiv gegenüberstehen, lehnt ÖVP-Justizsprecher Michael Graff den SPÖ-Antrag ab und schlägt statt dessen eine Herabsetzung der Mindeststrafen des Verbotsgesetzes vor, was wiederum - wegen der falschen Signalwirkung in der Öffentlichkeit und im Ausland - für die SPÖ nicht in Frage kommt.

Obwohl also die dringende Notwendigkeit zielführender Maßnahmen bei den demokratischen Kräften in Österreich grundsätzlich außer Streit steht, ist derzeit nicht abzusehen, ob tatsächlich etwas geschehen wird. Bis dahin können Österreichs Rechtsextremisten beruhigt weiter ihre Propaganda zum besten geben.

Anhang

zusammengestellt von Fritz Hausjell

Die nachstehende Auflistung basiert auf Angaben des österreichischen Bundesministeriums für Inneres[12]. Sie zeigt die Entwicklung der angezeigten Delikte in den letzten sieben Jahren. Die zur Anzeige gebrachte NS-Wiederbetätigung sowie ähnliche Delikte (Verhetzung), die in Medien begangen wurden, sind darin enthalten, aber leider nicht extra ausgewiesen.

Aussagefähig ist in dieser Aufstellung primär die Zahl der Anzeigen; die Angaben über die Einstellungen von Anzeigen und über die Verurteilungen sind hingegen nicht vollständig, da seit der Erstellung der jeweiligen Jahresstatistik (die in der Regel im darauffolgenden Halbjahr geschah) noch viele Anzeigen in der einen oder anderen Weise erledigt wurden.

Um das geringe Ausmaß der Verurteilungen deutlich zu machen, wird außerdem noch eine Aufstellung des Bundesministeriums für Justiz über die gerichtliche Verfolgung von NS-Wiederbetätigung und ähnlicher Delikte in den letzten drei Jahren angefügt.

Eine Zusammenstellung des Bundesministeriums für Justiz[13] zeigt, daß es im Zeitraum 1. April 1988 bis 25. April 1991 an österreichischen Gerichten zu folgenden Anklagen, Freisprüchen und Schuldsprüchen wegen NS-Wiederbetätigung (nach § 3g Verbotsgesetz) und ähnlicher Delikte (Verhetzung, nach § 283 Abs. 2 Strafgesetzbuch) gekommen ist:

6 rechtskräftige Schuldsprüche (gegen insgesamt 8 Personen) wegen Verbrechens nach dem Verbotsgesetz;

[10] *DÖW, Justiz*, 7 ff.

[11] Ebd. 43 f.

[12] Schriftliche Mitteilung des Bundesministeriums für Inneres an Dr. Fritz Hausjell per Fax vom 5. Juni 1991.

[13] Bundesministerium für Justiz, Information betreffend Strafverfolgung wegen § 3g VerbotsG und § 283 StGB, 25. April 1991, Zahl JMZ 1046/91-IV 3/91, Dok. Nr. 2419h (Fax von Dr. Gerhard Litzka an Dr. Fritz Hausjell vom 4. Juni 1991).

Tabelle 1:
Anzeigen gegen Personen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung und ähnlicher Delikte in Österreich 1984-1990

Jahr	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1984-90
§ 3 Verbotsgesetz								
Anzeigen	24	99	93	129	168	100	72	**676**
Einstellungen	21	32	44	78	78	24	16	
Verurteilungen	-	-	-	1	-	3	1	
noch anhängig bzw. unbekannter Ausgang	3	67	49	41	90	73	55	
§ 283 StGB:								
Anzeigen	2	3	42	39	49	17	8	**160**
Einstellungen	2	-	31	22	8	3	3	
Verurteilungen	-	-	4	-	2	4	-	
noch anhängig bzw. unbekannter Ausgang	-	3	7	17	39	10	5	
Abzeichengesetz:								
Anzeigen	90	35	18	38	28	27	29	**265**
Einstellungen	15	6	1	25	1	3	1	
Verurteilungen	22	15	11	11	13	15	10	
noch anhängig bzw. unbekannter Ausgang	53	14	6	2	14	9	18	
Art. IX Abs. 1 Z.7 EGVG:								
Anzeigen	-	-	20	72	79	35	52	**258**
Einstellungen	-	-	3	4	20	7	5	
Verurteilungen	-	-	3	11	10	7	6	
noch anhängig bzw. unbekannter Ausgang	-	-	14	57	49	21	41	
Anzeigen insgesamt	**116**	**137**	**173**	**269**	**324**	**179**	**161**	**1359**

1 rechtskräftiger Freispruch von der Anklage wegen des Verbrechens nach dem Verbotsgesetz;

2 offene Anklagen; Hauptverhandlung noch nicht anberaumt;

1 Anklage wegen Verbrechens nach dem Verbotsgesetz wird gerade ausgearbeitet;

13 rechtskräftige Verurteilungen wegen des Vergehens der Verhetzung nach § 283 Abs. 2 StGB;

2 weitere Verurteilungen, die noch nicht rechtskräftig sind;

3 rechtskräftige Freisprüche wegen § 283 StGB;

2 Freisprüche, die noch nicht rechtskräftig sind;

2 Erledigungen anderer Art (§ 9 JGG - vorläufige Einstellung durch das Gericht; § 227 [aus dem Grunde des § 34/2] StPO);

2 offene Strafanträge wegen § 283 Abs. 2 StGB; weitere Vorverfahren sind anhängig.

Hinsichtlich der Zeitschriften *Sieg* und *Halt* sind immer wieder Beschlagnahmen bzw. Einziehungen erfolgt.

Die Problematik der gerichtlichen Verfolgung von Neonazismus wird - vor allem in bezug auf die Bestimmungen des § 3g Verbotsgesetz - recht deutlich, wenn man zu dieser Bilanz die Zahl der angezeigten Fälle in Relation setzt: In den Jahren 1988-90 war es nach § 3g Verbotsgesetz zu insgesamt 340 Anzeigen und nach § 283 StGB zu insgesamt 74 Anzeigen gekommen.[14]

[14] Vgl. die entsprechenden Zahlen in Tabelle 1.

MICHAELA LINDINGER

unter Mitarbeit von Wolfgang Monschein
und Bernd Beutl

„Des Teufels Wochenblatt"[1]

Neonazismus in der österreichischen Nachkriegspresse am Beispiel von *Oststeirischer Wochenpost / Alpenländischer Heimatruf* (29. Mai 1947 - 2. Oktober 1948)

Willibald I. Holzer bezeichnet den Forschungsstand zu Erscheinungsformen des historischen, insbesondere aber des modernen Rechtsextremismus „immer noch" als „äußerst ungenügend".[2] Da es sich beim Gegenstand der vorliegenden Untersuchung um eine kurzlebige Zeitschrift handelt, die sehr knapp nach Kriegsende, nämlich in den Jahren 1947 und 1948 erschienen ist, scheint uns hier der Begriff neonazistisch zutreffender zu sein als der eher allgemein gefaßte Ausdruck rechtsextremistisch. Die *Oststeirische Wochenpost* beziehungsweise der *Alpenländische Heimatruf* propagierten in ziemlich unverhüllter Form publizistisch die Ziele des Nationalsozialismus. Die hinter dem *Alpenländischen Heimatruf* stehende Organisation, die „Verfassungstreue Vereinigung für Österreich", kann zu jenen Nachkriegsgruppierungen gezählt werden, die in bezug auf den Nationalsozialismus einen „ausgeprägten Imitationscharakter" besaßen und ihre „offensichtliche Nähe zu den Faschismen weder verbergen konnten noch wollten."[3]

Methodische Vorgangsweise

Da der *Alpenländische Heimatruf* eine relativ kurze Erscheinungsdauer aufwies[4], wurden alle Ausgaben dieser Grazer Wochenzeitschrift durchgesehen.[5] Gleichzeitig wurden anhand des Impressums und der gezeichneten Artikel die Namen der bei diesem Blatt tätig gewesenen Journalistinnen und Journalisten eruiert und für die wichtigsten von ihnen biographische Daten gesammelt. Informationen zu den verantwortlichen Gründern und MitarbeiterInnen lieferten vor allem die Erinnerungen des Journalisten Fritz Stüber[6] sowie die Diplomarbeit von Uwe Mauch über den leitenden Redakteur des *Alpenländischen Heimatrufs*, Manfred Jasser.[7]

Die inhaltlich und quantitativ bestimmenden Journalisten des Blattes waren Dr. M. Jasser[8] und Dr. F.

---

[1] *Arbeiter-Zeitung*, 25.9.1948, 5.

[2] Willibald I. Holzer: *Zur wissenschaftlichen Propädeutik des politischen Begriffs Rechtsextremismus*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*. Wien 1981, 15.

[3] Ebd., 19.

[4] Vom 29. Mai 1947 bis zum 1. August 1947 unter dem Titel *Oststeirische Wochenpost*, dann vom 9. August 1947 bis zum 2. Oktober 1948 unter *Alpenländischer Heimatruf*.

[5] ÖNB (Österreichische Nationalbibliothek): Sign.: 745.820 E per.

[6] Fritz Stüber: *Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich*. Graz/Stuttgart 1974.

[7] Uwe Mauch: *Der nationalsozialistische Journalist Dr. Manfred Jasser. Eine biographische Studie zu Nazifierung und Entnazifizierung des österreichischen Pressejournalismus im „Ständestaat", im „Dritten Reich" und in der Zweiten Republik*. Dipl., Wien 1990.

[8] Dr. Manfred Jasser (Ps.: Klausner): Journalist. Geb. August 1909, Graz, lebt in Ladendorf, NÖ. - Studium an der Universität Graz (deutsche und romanische Philologie), Dissertation über die *Geschichte des Alt-Wiener Zauberstücks*, Promotion 1933. Juni 1931 Beitritt „Kampfbund für deutsche Kultur"; Mitglied der NSDAP. Versorgte während des Austrofaschismus führende Funktionäre und Persönlichkeiten des reichsdeutschen NS-Kulturbetriebes mit detaillierten Informationen über die Situation in Österreich; bekannter und einflußreicher Journalist der österreichischen NS-Szene, Mitarbeiter zahlreicher deutscher Zeitungen, darunter Will Vespers *Neue Literatur*.
Ab 1938 Hauptschriftleiter *Grazer Tagespost*, ab 1940 Kulturchef *Neues Wiener Tagblatt*.
Nach 1945 unter Berufsverbot, trotzdem schon ab 1947 wieder journalistisch tätig. 1947/48 Leitartikler *Alpenländischer Heimatruf* (Graz) unter Pseudonym „Klausner". 1948/49 Chefredakteur *Freie Stimmen* (Linz), 1949/50 Mitarbeiter *Der Alpenruf* (Graz), 1951 beim Kraulandblatt *Wiener Wochen-Journal*. 1949 außerdem einer der Vertreter belasteter Nationalsozialisten in Oberweis. 1952 Presseberater einer Wiener Großbank, bald darauf Chefredakteur des ÖVP-eigenen „Österreichischen Wirtschaftsverlages". In den 50er- und 60er Jahren Feuilletons für *Süd-Ost-Tagespost*. Seit 1974 in Pension.
Vgl. Mauch, *Jasser*, 22, 106, 107, 122, 123, 212, 265, 275, 276, 277; Sebastian Meissl u.a. (Hrsg.): *Verdrängte Schuld - Verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955*. Wien 1986, 82.

[9] Dr. Fritz Stüber: Schriftsteller, Journalist, Geb. 18. März 1903, Wien, gest. 31. Juli 1978. - Besuchte Volksschule, Gymnasium, Universität Wien, 1929 Dr. jur.; anschließend Gerichtspraxis. 1930 -1938 im Staatsdienst (Finanzbeamter), zuletzt Regierungsrat. Als Student und Beamter Feuilletons in verschiedenen Zeitungen und Veröffentlichung von Gedichtbänden. NSDAP-Mitglied seit 1932, erzwungener Austritt 1933 da Staatsbeamter, 1934-38 Mitglied VF (= Vaterländische Front), ab 1938 wieder NSDAP. Nach 1945 daher nicht als Illegaler registrierungspflichtig.
1938 bis 1945 Kulturredakteur *Neues Wiener Tagblatt (NWT)*. Zahlreiche nationalsozialistische Bücher, u.a. *Einkehr in Wien*.
Nach 1945 mit dem Gesamtwerk auf der „Liste der gesperrten Autoren und Bücher". Mehrmals wegen Kriegshetze in Untersuchungshaft und vor dem Volksgericht (Grund: Artikelserie *Wehrhaftes Wien* im *NWT* 1944/45), aber immer freigesprochen. 1947 Geschäftsführer der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich". 1947/48 Wiener Redakteur des *Alpenländischen Heimatrufs* (Kulturberichte). Ab 1949 stv. Obmann des VdU (= Verband der Unabhängigen)-Wien, Chefredakteur *Der Unabhängige* (Wien). Abgeordneter zum Nationalrat des VdU (1949-1953), nach Ausschluß aus VdU (seine Ansichten waren dem VdU-Obmann Kraus zu neonazistisch) von 1953 bis 1956 „wilder" Abgeordneter.
1950 hatte Stüber im Parlament geäußert, „die KZ-Abgeordneten" seien „die wahre Pest, die ausgerottet gehört". Er wurde wenige Monate später von der Anklage, „die Einwohner des Staates zu Feindseligkeiten und Parteiungen gegeneinander aufgehetzt zu haben" (§ 302 Strafgesetz), freigesprochen.
Stüber gründete nach Ausschluß aus dem VdU den Neonazi-Klub FSÖ (= Freiheitliche Sammlung Österreichs), der später in DNAP (= Demokratische Nationale Arbeiter-Partei) umbenannt wurde. In den 50er-Jahren Einreiseverbot in die BRD. Stimmte 1955 als einziger Abgeordneter nicht für den Staatsvertrag, da gegen das Anschlußverbot. Redigierte die neonazistischen Zeitschriften Freie Stimmen Österreichs und Der

Stüber[9]. Somit sind ihre Beiträge auch für die anschliessend versuchte quantitative und qualitative Inhaltsanalyse die wichtigsten Quellen. Nimmt man als sicher an, daß die mit „Klausner" gezeichneten Artikel Jasser selbst verfaßt hat[10], so entfallen auf ihn 27, auf Stüber 24 namentlich gezeichnete Artikel. Die sieben mit „K." gezeichneten Leitartikel des Jahres 1947, die höchstwahrscheinlich auch Jasser verfaßt hat, da er von Anfang an bei der *Oststeirischen Wochenpost* mit dabei war[11], sind hier nicht mitgerechnet. Der erste „Klausner"-Leitartikel erschien am 10. Jänner 1948 im *Alpenländischen Heimatruf*.[12]

Um einen Überblick über die Inhalte der *Oststeirischen Wochenpost* beziehungsweise des *Alpenländischen Heimatrufs* zu erhalten, wurden zehn Kategorien aufgestellt, denen dann die jeweilig passenden Artikel zugeordnet werden konnten. Anhand der Inhalte dieser Artikel wurden folgende Kategorien gebildet:

Kategorie 1: Gleichsetzung der Regierungssysteme der Zweiten Republik und des Nationalsozialismus (11 Beiträge).

Kategorie 2: Über Deutschland und die Deutschen wird ausschließlich positiv berichtet. Die Verbrechen der Deutschen während der NS-Zeit werden unterschlagen. Die Verbrecher sind die Alliierten, die Deutschland angeblich nicht mit der notwendigen Gerechtigkeit behandeln (5 Beiträge).

Kategorie 3: Kulturelle „Abendländerei": Artikel gegen moderne Kunst; gegenständliche, „alte" Kunst beziehungsweise NS-Kunst wird als ausschließliches Vorbild hingestellt (16 Beiträge).

Kategorie 4: Gleichsetzung der Regimes „Ständestaat" und Nationalsozialismus (4 Beiträge).

Kategorie 5: Kritik an den Entnazifizierungsgesetzen (13 Beiträge).

Kategorie 6: Herabwürdigung von WiderstandskämpferInnen, Juden, ExilantInnen und DPs (= Displaced Persons). Oft bei gleichzeitiger Aufwertung der Volksdeutschen und Unterschlagung ihrer Vergangenheit. Rassismus/Antisemitismus (22 Beiträge).

Kategorie 7: Kritik an den alliierten Besatzungsmächten, ihrem Auftreten, ihrer angeblichen Bevormundung der österreichischen Regierung und an ihrer Kultur, die von den Machern des *Alpenländischen Heimatruf* als „Unkultur" bezeichnet wird (6 Beiträge).

Kategorie 8: Unfähigkeit der österreichischen Demokratie, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen. Oft verbunden mit Kritik an der österreichischen Nation, die von den JournalistInnen des *Heimatruf* als nicht existent abgelehnt wird (9 Beiträge).

Kategorie 9: Verharmlosung des Faschismus: Berichte, in denen die Zustände in den iberischen Diktaturen Spanien und Portugal als vorbildliche Staatsführung dargestellt werden und offen zur Nachahmung in Österreich aufgerufen wird. Positive Berichte über das gewesene Ustascha-Regime in Kroatien (11 Beiträge).

Kategorie 10: Verherrlichung des Soldatentums und des Deutschtums. Mit dieser Verherrlichung geht fast immer Kriegspropaganda im Zug des Kalten Krieges einher (10 Beiträge).

Wie schon anhand der quantitativen Auswertung deutlich wird, ging es den JournalistInnen des *Alpenländischen Heimatrufs* innenpolitisch hauptsächlich um die Revidierung der Entnazifizierungsgesetze. Dieser Kampf war auch die Ursache dafür, daß der *Alpenländische Heimatruf* bei den LeserInnen - hauptsächlich „ehemalige" NationalsozialistInnen - sehr erfolgreich war. Außerdem traf man damit zusätzlich die Regierung, die die Gesetze beschlossen hatte, und konnte die Alliierten massiv kritisieren, weil sie der österreichischen Regierung die Gesetze mehr oder weniger aufgezwungen hatten. Das eine war für diese Art von Journalismus ohne das andere absolut unvorstellbar.

Wir möchten es nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Schreibweise des *Alpenländischen Heimatrufs* uns des öfteren aus der Fassung gebracht hat. Wir meinen allerdings, daß eine Wertung des Inhalts dieser Zeitschrift und eine persönliche Meinung dazu auch bei einer wissenschaftlichen Untersuchung ihre Berechtigung haben.

Im folgenden soll der neonazistische Inhalt des *Heimatrufs* anhand ausgewählter, den Kategorien 1, 3, 4, 5 und 10 zuzurechnender Artikel dargestellt werden. Vorher jedoch kurz zur Geschichte der *Oststeirischen Wochenpost* und des *Alpenländischen Heimatrufs*.

Chronologischer Abriß

Im Juni 1947 kam der ehemalige hohe Wehrmachtsoffizier und 1947 als Verleger tätige Franz Klautzer[13] nach Bad Gleichenberg, um seinen Freund, den ehemaligen NS-Journalisten Dr. Manfred Jasser, zur Mitarbeit an einer von ihm neugegründeten Zeitschrift zu bewegen. Klautzer hatte bereits mit dem Grazer Buchverleger Leopold Stocker[14], dem ehemaligen Herausgeber vieler na-

---

Kampfruf. Nach Auflösung der DNAP Hauptschriftleiter *Eckartbote*. Mitglied zahlreicher rechtsextremer Vereine. Bis 1960 Obmann des parlamentarischen Rechnungshofausschusses. Seit 1961 stellvertretender Chefredakteur *Echo* (Wien; Verlag G.A.J. Neumann). Bis zu seinem Tod Integrationsfigur der österreichischen Rechtsextremistenszene.
Vgl. Michael Stickler: *Die Mitglieder des österreichischen Nationalrates 1918-1968*. Wien 1968, 22; Dokumentationsarchiv, *Rechtsextremismus*, 182 und 200; *Wer ist wer in Österreich? Das österreichische Who is Who*. Wien 1953, 221; *Die Prominenz der Republik Österreich im Bild*. Zürich 1962, o.S.; Stüber, *Abgeordneter*, 19, 48, 83, 102 ff., 129 ff., 163, 244 ff., 254, 259, 272 ff., 277, 293 ff.; Viktor Reimann: *Die dritte Kraft in Österreich*. Wien 1980, 201 ff.

[10] Vgl. Mauch, *Jasser*, 257.

[11] Stüber, *Abgeordneter*, 20.

[12] „Klausner": *Über das Zeitunglesen*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 10.1.1948, 1f.

[13] Franz Klautzer: Offizier, Verleger, Geb. 5. Oktober 1910, Gradenberg; weitere Lebensdaten unbekannt. - Besuchte Volksschule, Bürgerschule, Handelsschule und Realgymnasium. Erlernter Beruf: Offizier. Hohe militärische Stellung während des Zweiten Weltkrieges. 1947 Mitbegründer der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich". Gründer und anfangs auch verantwortlicher Redakteur des *Alpenländischen Heimatruf*. Ab 1949 Landesobmann-Stellvertreter des VdU-Steiermark. Bundesvorstandsmitglied des VdU. Abgeordneter zum Nationalrat (VdU) 8. November 1949 - 18. März 1953.
Vgl. Stickler, *Mitglieder*, 106; Reimann, *Dritte Kraft*, 55; Stüber, *Abgeordneter*, 30 und 188; Durchsicht *Alpenländischer Heimatruf*.

[14] Leopold Stocker: Landwirtschaftslehrer, Verleger, Geb. 20. Oktober 1886, Brand (Bezirk Zwettl), gest. 25. Dezember 1950, Graz. - Besuchte Volksschule, Untergymnasium, landwirtschaftliche Mittelschule und landwirtschaftliche Fakultät der Universitäten Leipzig und Jena, Diplomlandwirt. Mitglied der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes; Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung 4. März 1919 - 9. November 1920. Ab 1934 Mitherausgeber (neben Franz Burri) der NS-Korrespondenz *IPA* (erschien in Luzern). Gründer des heute noch existierenden Stocker-Verlages (Graz - Stuttgart), der deutschnationale und nationalsozialistische Literatur herausbrachte und -bringt. 1947 Gründungsmitglied der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich". Wurde 1948 in Zusammenhang mit der Neonazi-Verschwörung um Theodor Soucek verhaftet. Entlassen im Frühsommer 1949.

tionalsozialistischer Hetzbücher, die *Oststeirische Wochenpost* gekauft und wollte die erworbene Regionalzeitung in den *Alpenländischen Heimatruf* umwandeln. Dieser sollte dann in der gesamten Steiermark erscheinen und hatte als Zielgruppe die „ehemaligen" Nationalsozialisten.[15]

Es war geplant, den *Alpenländischen Heimatruf* als Organ einer Gruppierung herauszugeben, die sich konstituiert hatte, „um den Führungsstab der künftigen (Vierten, Anm. d.Verf.) Partei zu sammeln."[16] Die Hintermänner dieser „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich", die alles tat, außer sich zur demokratischen österreichischen Verfassung zu bekennen, waren der 1945 außer Dienst gestellte ehemalige Universitätsprofessor Dr. Ernst Schönbauer[17] und der bereits erwähnte Leopold Stocker, dessen Grazer Verlag bis heute „seine Geschäfte mit dem Verkauf von deutschnationalem Gedankengut treibt".[18] Schriftführer der Gruppe wurde Dr. Fritz Stüber, ebenfalls ehemaliger NS-Journalist und -Dichter.

Mit der *Oststeirischen Wochenpost* gab es für Klautzer und die anderen von Anfang an Probleme. Das Blatt konnte nicht, wie vom Herausgeber beabsichtigt, in Fürstenfeld gedruckt werden, sondern mußte in Graz erscheinen. Und zwar deswegen, weil man sich in Fürstenfeld ausgerechnet eine Druckerei ausgesucht hatte, deren Inhaber ein Nationalsozialist gewesen und dem daher die Druckereikonzession entzogen worden war. Dies war der *Oststeirischen Wochenpost* völlig unbegreiflich.

Es ist aber nicht ganz verständlich, warum (...) dem Betrieb und den in ihm Beschäftigten dieser wichtige Auftrag entzogen werden mußte. Jedenfalls sind wir nun gezwungen, unsere „Oststeirische Wochenpost" in Graz drucken zu lassen.[19]

Zwei Monate später verwies das Blatt dennoch auf einen „erfreulichen Erfolg"[20] und kündigte an, daß die *Oststeirische Wochenpost* nun in *Alpenländischer Heimatruf* umbenannt, eine den „Charakter einer bloßen Lokalzeitung weit überschreitende Bedeutung" haben werde und der „pressemäßigen Betreuung aller österreichischen Alpenländer dienen" solle.[21]

Am 9. August 1947 erschien die erste Ausgabe des *Alpenländischen Heimatrufs*, „Unabhängiges Wochenblatt für verfassungstreue Heimatpolitik und fortschrittliche Wirtschaft". Auf der Titelseite wurde der Grundsatz des Blattes verkündet: „Niemandem zu Leide, aber allen zur Freude. Mit Herz und Hand / Fürs teure Vaterland!"[22]

Der *Alpenländische Heimatruf* wurde ab Jänner 1948 dreimal wegen neonazistischer Berichterstattung[23] beschlagnahmt[24] und im Oktober 1948 endgültig verboten. Der Anlaß für die Einstellung der Nazigazette war der „Klausner"-Leitartikel *Des Teufels Wochenblatt*[25]. Der zweite an diesem 2. Oktober 1948 zensurierte Artikel, *Fesseln der Wirtschaft* (S. 5), griff wüst die Verstaatlichung in Österreich an und forderte in den letzten Sätzen, das Konzept der Volksgemeinschaft wieder einzuführen.

Die „Verfassungstreue Vereinigung für Österreich" war bereits am 22. September 1948 von Innenminister Helmer (SPÖ) - auch viel zu spät - aufgelöst worden. Er hatte sich 1947 sogar für die Zulassung der „Verfassungstreuen Vereinigung" eingesetzt, da er hoffte, aus ihr werde sich eine vierte Partei entwickeln, die das bürgerliche Lager spalten und die SPÖ zur stärksten Partei in Österreich machen werde. 1948 hatte er unter dem Druck der Alliierten seine Meinung vorläufig ändern müssen:

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir, daß die Feinde der Demokratie sehr oft die demokratischen Institutionen mißbrauchten, um mit den Mitteln der Demokratie diese selbst zu zerstören. Einen solchen Mißbrauch werden wir nicht zulassen: Es war notwendig, gegen die „Verfassungstreue Vereinigung für Österreich" vorzugehen, weil sich in ihr Elemente einzunisten versuchten, deren verfassungsfeindliche Gesinnung bekannt ist.[26]

Ein Teil dieser „Elemente" der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich" zog nur 14 Monate später als Abgeordnete des VdU ins demokratische österreichische Parlament ein (Klautzer, Schönbauer, Stüber).[27]

Vgl. Stickler, *Mitglieder*, 217; Hanns Schopper: *Presse im Kampf. Geschichte der Presse während der Kampfjahre der NSDAP in Österreich (1933-1938)*. Brünn 1940, 151; Stüber, *Abgeordneter*, 16 und 29; Murray G. Hall.: *Österreichische Verlagsgeschichte 1918-1938*. 2 Bde., Graz/Wien/Köln 1985, hier: Bd. 2, 403.

[15] Mauch, *Jasser*, 265.

[16] Stüber, *Abgeordneter*, 16.

[17] Schönbauer war ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutsch-Nationalen Vereinigung für Österreich und des Deutschen Bauernbundes für Niederösterreich. Weiters Abgeordneter zum Nationalrat der Großdeutschen Partei 1919-1920, der Bauernpartei 1920-1923, des Landbundes 1924-1930. Vgl. Stickler, *Mitglieder*, 197.

[18] Hall, *Verlagsgeschichte*, Bd. 2, 403. Siehe auch Stüber, *Abgeordneter*, 16.

[19] N.N.: *Unsere Zeitung darf nicht in Fürstenfeld gedruckt werden*. In: *Oststeirische Wochenpost*, 29.5.1947, 3.

[20] N.N.: *Die „Wochenpost" in neuem Gewande*. In: *Oststeirische Wochenpost*, 18.7.1947, 2.

[21] Ebd.

[22] *Zum Geleit*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 9.8.1947, 1.

[23] Verstoß gegen die „Decision of the Allied Council Concerning the Democratic Press in Austria", vom 1. Oktober 1945, Artikel I.a: „Sie (die Presse, Anm.d.Verf.) soll demokratische Grundsätze aufrechterhalten sowie den entschlossenen Kampf gegen die nationalsozialistischen, großdeutschen und militaristischen Ideologien und Lehren in allen ihren Formen und Gesichtspunkten im politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben führen." Zitiert nach: Fritz Hausjell: *Zensurmaßnahmen gegen neonazistische, großdeutsche und militärische Propaganda in österreichischen Printmedien im Zeitraum 1945-1955*. Ms., 6. - Mittlerweile veröffentlicht in: Erika Weinzierl/Rudolf G. Ardelt: *Justiz und Zeitgeschichte IX. Zensur von Joseph II. bis heute*. Wien 1991.

[24] 24.1.1948: „Klausner": *Lebt Hitler oder ist er tot?* - 15.5.1948: „Klausner": *Zwischen Schwarz und Rot*. - 17.7.1948: Karl Hartleb: *Mit offenem Visier*; „Klausner": *Aug' um Auge*.

[25] „Klausner": *Des Teufels Wochenblatt*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 2.10.1948, 11.

[26] Oskar Helmer, zitiert nach: Reimann, *Dritte Kraft*, 58.

[27] Vgl. Stickler, *Mitglieder*.

„Was man in den Zeitungen 1945 und 1946 noch nicht lesen konnte und doch so gern lesen wollte."[28]

Im folgenden sollen Artikel zu den Kategorien „Gleichsetzung der Regierungssysteme der Zweiten Republik und des Nationalsozialismus" (= Kat. 1), „Kulturelle Abendländerei" (= Kat. 2), „Gleichsetzung der Regimes 'Ständestaat' und Nationalsozialismus" (= Kat. 4), „Kritik an den Entnazifizierungsgesetzen" (= Kat. 5) und „Verherrlichung des Soldatentums" (= Kat. 10) qualitativ analysiert werden. Der Zusammenhang zwischen der Vergangenheit der VerfasserInnen und den Inhalten ihrer Beiträge im *Heimatruf* sollte dabei immer mitgedacht werden - nicht als Entschuldigung, sondern als Erklärung.

„Kriegsweihnachten" 1947[29]

Das Grundmuster der Argumentation, daß sich die Regierungssysteme des Nationalsozialismus und der Zweiten Republik für die davon Betroffenen, die „OstmärkerInnen" beziehungsweise ÖsterreicherInnen, durch nichts voneinander unterscheiden, wiederholt sich in jedem Artikel zu diesem Thema. Der Verfasser, fast immer „Klausner", also Dr. Manfred Jasser, ist der Meinung, daß ohnehin schon fast jeder Österreicher irgendwann einmal im Gefängnis gewesen sei, wobei den grundlosesten Verfolgungen die Nationalsozialisten in der Zweiten Republik ausgesetzt wären. Auf die Ursachen der Verfolgungen in den verschiedenen Systemen wird nie eingegangen. So ist das Kriegsende, „jene furchtbaren Ostertage des Jahres 1945"30, für den Alpenländischen *Heimatruf* keineswegs als Befreiung zu verstehen, im Gegenteil, es sei seither noch ärger geworden:

> Noch immer sind Kriegsweihnachten, die neunten Kriegsweihnachten in ununterbrochener Reihe. Mag es im Alltag noch hingehen, daß der Stuhl leer bleibt, auf dem der Vater, der Mann (...) saßen, ehe sie dem Feind ihr Leben ließen - am Weihnachtsabend überfällt uns der Verlust mit niederschmetternder Gewalt (...). Doch die Toten sind tapfer gewesen und treu - seien wir es auch.[31]

Hier klingt auch Verherrlichung des „deutschen Soldatengeistes" mit und es ergeht (drohend) die Aufforderung an die LeserInnen, die großteils „ehemalige" NationalsozialistInnen waren, nicht hinter den Soldaten zurückzustehen und weiterhin „treu" zusammenzuhalten.

Am 1. Jänner ließ „K." ebenfalls eine Tirade gegen die neue Republik vom Stapel, bezichtigte sie der gleichen Greuel, die der Nationalsozialismus verübt hatte, schlimmer: Der Nationalsozialismus und der Krieg werden der demokratischen Republik und dem Frieden vorgezogen:

---

[28] Milo Dor/Reinhard Federmann: *NS-Parnaß in Österreich*. Ms., 17.

[29] „Klausner": *Botschaft des Friedens*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 25.12.1947, 1f.

[30] „Klausner": *Zeit der frohen Hoffnung*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 27.3.1948, 1f.

[31] „Klausner": *Botschaft des Friedens*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 25.12.1947, 1f.

KREATIVITÄT
AUS DER KRISE

Konzepte zur gesellschaftlichen Kommunikation in der ersten Republik

Festschrift für Marianne Lunzer-Lindhausen

Herausgegeben von Wolfgang Duchkowitsch, Hannes Haas und Klaus Lojka

1991, 264 Seiten, div. Abb., brosch., öS 295,–, **Hörerpreis öS 195,–**

LITERAS UNIVERSITÄTSVERLAG
A-1090 Wien, Berggasse 4, Tel. 31 56 59-0, Fax 0222/34 36 85-21

Schweigen wir von den Greueln des Krieges. Die Greuel des Friedens sind schlimmer (...). Der Krieg bringt auch die kühne Männertugend an den Tag, Frauenstolz und Frauenliebe schreiten triumphierend durch die Welt und immer sind die besten dort, wo die Gefahr am bedrohlichsten, die Not am verzweifeltsten ist. Nicht so in der Zeit des halben Friedens, die dem Kriege folgt. Da gilt die Tapferkeit nichts mehr und die Feiglinge kommen zum Ruhm. Der Krieger wird vom Pöbel gehetzt und gehöhnt (...). Was der Anständige, der Wahrhaftige, der saubere Mensch in solchen Zeiten leidet, ist nicht zu sagen.[32]

Wie schwierig eine Inhaltsanalyse derartiger Artikel sein kann, kommt hier deutlich zum Ausdruck. Mit der Verhöhnung der Republik gehen auch Kriegsverherrlichung, Herabwürdigung von Deserteuren, ExilantInnen und WiderständlerInnen („Feiglinge kommen zum Ruhm") sowie Exkulpierung des „Dritten Reiches" („was der [im „Dritten Reich", Anm.d.Verf.] Anständige leidet ... ist nicht zu sagen") einher.

Daß dieser Beitrag klar den alliierten Richtlinien über die demokratische Presse in Österreich widerspricht, ist wohl kaum zu übersehen. Trotzdem schritt niemand gegen den *Heimatruf* ein. Zuviel war dem Alliierten Rat erst ein „Klausner"-Leitartikel, in dem man folgendes lesen konnte:

Der erste Eindruck, den diese Staatsform (die Republik, Anm.d.Verf.) auf den einfachen Menschen machte, war etwa folgender: Wer bis jetzt im KZ war, kommt heraus und wer bis jetzt heraußen war, kommt hinein. Wer bis jetzt eine Stelle gehabt hat, verliert sie und wer bis jetzt keine gehabt hat, bekommt sie (...). Auch wenn einer bestimmt kein Nazi war, kannst Du ihm immer noch vorhalten, sein Name scheine auf einer mühevoll angefertigten Liste des „Reichsverbandes deutscher Kaninchenzüchter, e.V." auf, womit seine Illegalität einwandfrei bewiesen sei (...). War da Hitler nicht besser als die Tausend Zwergdiktatoren, die ihn heute imitieren? (...) Hitler ist tot. Wir haben uns vor ihm nicht gefürchtet - warum sollten uns die kümmerlichen Diadochen schrekken?[33]

Jasser griff hier die österreichische Regierung und die Alliierten direkt als „kümmerliche Diadochen" an und das war vielleicht das ausschlaggebende Moment für eine Beschlagnahme.[34] Wegen neonazistischer, militärischer oder großdeutscher Propaganda hätte man den *Alpenländischen Heimatruf* jede Woche beschlagnahmen können. Meist geschah aber nichts. Die Beschlagnahme im Jänner 1948 tat der Zeitung auch nicht weh, sondern sie wurde sogar noch ermutigt.

Nun sind wir wegen des Aufsehens nicht ungehalten (...), weil wir im Hinblick auf das uns zur Verfügung stehende Papier schon jetzt nicht mehr in der Lage sind, den uns aus dem ganzen Bundesgebiet zugehenden Bestellungen auch nur annähernd nachzukommen.[35]

Die Tatsache, daß 1948 in Österreich neben ÖVP, SPÖ und KPÖ keine vierte Partei für die „ehemaligen" Nationalsozialisten zugelassen war, nahm „Klausner" im April 1948 zum Anlaß, diesen Zustand mit dem Parteienverbot zur Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen: „Wir haben uns politische Prozesse vor 1938, in der NS-Zeit und jetzt neuerdings angehört. Es ist immer das gleiche".[36]

Mit „jetzt neuerdings" meinte „Klausner" den Prozeß gegen die Neonazi-Gruppe um den Grazer Eisenwarenhändler Theodor Soucek, die er als „Saccharin-Putschisten" verharmloste und für die er um Verständnis warb:

Setzt man dazu die schreiende Ungerechtigkeit vieler Gesetze und ihrer praktischen Anwendung und den Abgrund von Haß, der sich in vielen Menschen im Gefolge höchst überflüssiger Quälereien eingenistet hat - dann muß man sich beinahe wundern, daß wir bisher nicht mehr als die Soucek, Rößner und Co. aufzuweisen haben.[37]

Auch die heimkehrenden Soldaten, als deren Beschützer der *Alpenländische Heimatruf* sich präsentierte, wurden herangezogen, um die seit 1945 angeblich unveränderte Situation zu „beweisen":

Als wir endlich heimkehren konnten, mußten wir freilich feststellen, daß alles beim alten geblieben war. Was seinerzeit unfähig gewesen, dem Ansturm des Nationalsozialismus standzuhalten, was von ihm hinweggefegt, vor ihm in die Emigration geflüchtet war, das saß nun wieder obenauf.[38]

Die Verhöhnung derjenigen, die „nun wieder obenauf saßen", folgte im nächsten Absatz: „Man möchte glauben, diejenigen haben das autoritäre System nur kritisiert, weil sie nicht zu seinen Nutznießern zählen durften."[39]

Den Gipfel und gleichzeitig die Quintessenz der oben zitierten Frechheiten veröffentlichte der *Alpenländische Heimatruf* am 26. Juni 1948 wieder in Form eines „Klausner"-Leitartikels:

Wen die kommunistische Presse bespeit, der ist ein Ehrenmann, ganz gleich, ob er nun Dollfuß für einen großen Mann hielt oder nicht, ob er den öffentlichen Schulen den Vorzug gibt oder den Privatschulen, ob er in Wöllersdorf, in Dachau oder in Glasenbach interniert war.[40]

Für den unbelehrbaren NS-Journalisten und kalten Krieger Jasser waren das austrofaschistische Anhaltelager Wöllersdorf, das nationalsozialistische KZ Dachau und das US-Lager für gewesene NS-Größen in Glasenbach ein und dasselbe. Solange nur deren ehemalige Insassen von den KP-Medien kritisiert wurden.

Kulturelle Abendländerei - Vorbild NS-Kunst

Mein Führer, Du! In allem, was ich denken
Und gläubig schau'n und mutig schaffen darf,
Steht ernst Dein Bild und weiß mich gut zu lenken
Und hält mein Schwert und meine Sinne scharf.
Mit Deinem Willen wundersam verwoben
Ist stets die Treue unser Wappenzier.
Ich will aufs neue Deinem Bild geloben:
Mein Führer, Du! Befiehl! Ich folge Dir![41]

---

[32] „K": *Neujahrsrede 1948*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 1.1.1948, 1.

[33] „Klausner": *Lebt Hitler oder ist er tot?* In: *Alpenländischer Heimatruf*, 24.1.1948, 1f.

[34] Mauch, *Jasser*, 267.

[35] N.N.: *Offener Brief an die Bundesparteileitung der ÖVP. Eine Stellungnahme des „Heimatruf" zum „Fall Heimatruf"*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 7.2.1948, 1.

[36] „Klausner": *Illegalität*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 24.4.1948, 1f.

[37] Ebd.

[38] N.N.: *Heimkehrer fordern politische Erneuerung*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 15.5.1948, 4.

[39] Ebd.

[40] „Klausner": *Der Feind steht links*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 26.6.1948, 1f.

[41] Stüber, zitiert nach: Reimann, *Dritte Kraft*, 203.

Das stand zwar nicht im *Alpenländischen Heimatruf*, doch hatte es Dr. Fritz Stüber nicht ganz zehn Jahre vor der Gründung der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich", nämlich im März 1938, für seinen „Führer" geschrieben. Stüber war der Kulturredakteur des *Heimatruf* und mit Jasser gut bekannt. Er hatte während der NS-Herrschaft mit ihm ein Redaktionszimmer beim *Neuen Wiener Tagblatt* geteilt.[42]

Stübers erster Artikel in der *Oststeirischen Wochenpost* erschien im Oktober 1947. Er engagierte sich gegen die österreichische Bundeshymne und für die alte Kaiserhymne, deren Melodie ihm aus den Zeiten des „Dritten Reiches" noch so wohlvertraut in den Ohren klang, daß es ihm allem Anschein nach sehr schwer fiel, sich von ihr zu trennen. Viel Gefallen fand er auch am Text des „Priester-Dichters" (Stüber) Ottokar Kernstock: „Deutsche Arbeit, ernst und ehrlich / Deutsche Liebe, zart und weich / Vaterland wie bist du herrlich / Gott mit Dir, mein Österreich!"[43] Kernstock hatte schon im Ersten Weltkrieg ständig für den Krieg gehetzt und war auch im März 1938 rasch mit einem Gedicht zur Stelle: „Das Hakenkreuz im weißen Feld auf feuerrotem Grund hat uns mit stolzem Mut beseelt (...)."[44]

Stüber dazu 1974:

> Das Verlangen nach Wiedereinführung der Haydn-Kernstock-Hymne richtete (...) sich gegen die offizielle Entdeutschungspolitik der Staatsführung. So wurde es auch verstanden.[45]

Was für Stüber Kunst, vor allem aber „Scheinkunst" bedeutete, tat er in einem Artikel zur Österreichischen Kunstausstellung 1947 in Wien kund:

> Aber als „Pferde" oder „Menschen" oder „Stilleben mit Blumen" haben diese Verirrungen nur pathologischen Charakter. Kulturelle Aufgeschlossenheit bedeutet keineswegs kritiklose Aufnahme von Scheinwerten, die nur durch die gegenwärtige Kulturneurose erklärbar sind.[46]

Fritz Stüber war bei weitem nicht der einzige, der sich in den einschlägigen Blättern der ausgehenden 40er-Jahre um die Erhaltung der „deutsch-abendländischen Kulturwerte" sorgte. Fast noch krasser äußerte sich Karl Peter Holzinger im *Alpenländischen Heimatruf*, wenn er meinte, daß die deutschen Juden noch immer eine „romantische Liebe für die verlorene alte Heimat" verspürten.

> Es ist hier nicht die Absicht, die Frage zu stellen, inwieweit sie (die Juden, Anm.d.Verf.) selbst vielleicht noch Schuld tragen daran, daß alles so kam, wie es gekommen ist (...). Mahler, Liebermann, Mendelssohn waren große Künstler und große Menschen. Sie und viele andere Juden in einen Topf zu werfen mit Glücksrittern und üblen Geschäftemachern (...) war ein verhängnisvoller Unsinn.[47]

Die nationalsozialistische Einteilung in „gute" und „böse" Juden übernehmend und noch dazu das Opfer-Täter-Verhältnis umkehrend kommt Holzinger schließlich zu dem, was er eigentlich mitteilen will, nämlich, daß die nationalsozialistischen Schreiber beziehungsweise Schnitzer Josef Weinheber, Hans Kloepfer und Suitbert Lobisser in Österreich angeblich übergangen werden:

> Daß die Landsleute von ihnen schweigen, als ob sie sich ihrer schämen müßten, ja, die Verbreitung ihrer Kunst verbieten, ist von der gleichen Gesinnung, die Mendelssohn verbot.[48]

Das illegale NSDAP-Mitglied Weinheber habe 1945 „nicht aus Schuld"[49] Selbstmord begangen, sondern weil er „vom Untergang alles Edlen überzeugt"[50] gewesen wäre.

Jüdische Künstler zu verbieten, zu verbrennen, zu ermorden ist also dasselbe, wie jene Verfasser von politischer Tendenzliteratur, die dem Nationalsozialismus an die Macht halfen und ihm bei der Zerstörung jüdischer und anderer unliebsamer kultureller Werte zur Hand gingen, zu vergessen (ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt nicht vergessen wurden). Außerdem wird ungestraft behauptet, 1945 wäre „alles Edle untergegangen."

Die Behörden unternahmen nichts, um Äußerungen dieser Art zu verbieten oder rechtzeitig zu zensurieren.

Stüber sah sich ebenfalls berufen, auf „vergessene" Schriftsteller

> aufmerksam zu machen. Z.B. auf Ernst Scheibelreiter, der niemals ein Hehl daraus gemacht hat, auf welcher Seite er steht. Volk und Vaterland sind ihm keine dekorativen Begriffe (...), sondern Herzensangelegenheiten. Wollte Gott, es gäbe solche Dichter wie Scheibelreiter mehr. Ihr Wort tut uns gerade heute besonders not.[51]

Scheibelreiter war einer der Beiträger des *Bekenntnisbuches österreichischer Dichter*, in dem er sich gemeinsam mit anderen Literaten wie eben zum Beispiel Hans Kloepfer oder Josef Weinheber zu „Anschluß", Nationalsozialismus und Adolf Hitler bekannte. Als ihn 1949 seine Vergangenheit einholte und Edwin Rollett ihn als „nationalsozialistischen Autor" bezeichnete, redete er sich heraus: „Ich habe unter jedem Regime Preise erhalten."[52]

Die spätere *Kleine Zeitung*-Journalistin Thea Brandl gratulierte im Februar 1948 via *Alpenländischer Heimatruf* einem weiteren literarischen Protagonisten des NS-Regimes, Rudolf Hans Bartsch, zum 75. Geburtstag. In ihrem Artikel bedankte sie sich „für die schönen Stunden", die Bartsch „ihr geschenkt hatte".[53]

---

[42] Mauch, *Jasser*, 210.

[43] Fritz Stüber: *Bleiben wir doch bei der Haydn-Hymne!* In: *Alpenländischer Heimatruf*, 11.10.1947, 3.

[44] Zitiert nach Erich Fried: *Nicht verdrängen - nicht gewöhnen. Texte zum Thema Österreich*. Wien 1987, 78 f.

[45] Stüber, *Abgeordneter*, 22.

[46] Fritz Stüber: *Scheinkunst und echte Kunst*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 18.10.1947, 8.

[47] Karl Peter Holzinger: *Kunst und Politik. Weinheber, Kloepfer, Lobisser - Ihr Werk steht über der Zeit*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 15.11.1947, 4.

[48] Ebd.

[49] Ebd.

[50] Ebd.

[51] Fritz Stüber: *Ernst Scheibelreiter*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 29.11.1947, 4.

[52] N.N.: *Rollett kontra Scheibelreiter*. In: *Der Abend*, 21.4.1949, 6.

[53] Thea Brandl: *Rudolf Hans Bartsch*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 14.2.1948, 4.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Der *Alpenländische Heimatruf* agitierte in allen seinen Kulturartikeln eindeutig gegen die Moderne und für den Antimodernismus in bildender Kunst und Literatur. Ein besonderes Anliegen war der Zeitschrift das In-Erinnerung-Rufen von NS-Literaten der ersten und zweiten Reihe.[54] Ihr Werk wurde als „bleibend", zeitlos und unpolitisch hingestellt, während gleichzeitig zeitgenössische Künstler als „neurotisch" oder „pathologisch" gebrandmarkt und ihre Werke als „Scheinwerte" abgetan wurden.

„Alle paar Jahre ein Umbruch."[55] Gleichsetzung der Regimes „Ständestaat" und Nationalsozialismus

Meist erfolgte die Gleichsetzung von „Ständestaat" und NS-Herrschaft in einem Atemzug mit der weiteren Gleichsetzung von Austrofaschismus - Nationalsozialismus - Zweiter Republik. Trotzdem rechtfertigen die hier besprochenen Artikel das Aufstellen einer eigenen Kategorie, da es auf den ersten Blick verwundert, daß die Jahre 1933/34 bis 1938 mit der Zeit des Nationalsozialismus gleichgesetzt werden, war doch die NSDAP ab 1933 verboten. In Wirklichkeit diente die Linie von 1933 bis nach 1945 nur dazu, eine Volksgemeinschaftsideologie aufbauen zu können, die als Merkmal jeder rechtsextremen Ideologie gewertet werden muß. Im *Alpenländischen Heimatruf* funktionierte das so: Jeder, egal welcher Partei er 1947/48 angehörte, oder auch wenn er als „ehemaliger" Nationalsozialist noch keiner angehörte, war in den letzten 15 Jahren irgendwann einmal verfolgt worden. Damit waren alle gleich, alle hatten Erfahrungen mit dem KZ und/oder Gefängnissen. Daher mußte das „ganze Volk" daran interessiert sein, daß alle Staatsbürger die vollen Rechte genießen und daß ein „innerer Friede" zustandekommt. Denn nur dann würde dem „äußeren Feind", dem „Bolschewismus", effizient begegnet werden können. Der „Parteiendiktatur" nach 1945 wurde der Schwarze Peter zugesteckt:

> Unsere jungen Männer drängen sich zum Studium der Medizin und Technik in der Hoffnung auf einen Beruf, der sie vom Staat möglichst unabhängig macht und in dem sie nicht gezwungen werden können, sich an eine Partei zu binden, um auf diese Weise dem Schicksal auszuweichen, das die in den Jahren 1918, 1934, 1938 und 1945 „Gesäuberten" betroffen hat.[56]

Für Jasser, den Journalisten, den „es nie erwischt hat", stellten sich die Zäsuren 1934/38/45 folgendermassen dar:

> Alle paar Jahre findet bekanntlich in Österreich ein Umbruch statt und die jeweiligen neuen Machthaber haben nichts Eiligeres zu tun, als sich auf die Journalisten zu stürzen: Wer die „Säuberung" von 1934 überstand, den erwischte es 1938 und wer auch das überlebte, der wurde 1945 zum Straßenarbeiter oder Dienstmann degradiert.[57]

Und wenn Jasser auf die Illegalität von Nationalsozialisten und linken Demokraten zwischen 1934 und 1938 einging, war dies wiederum eine Verhöhnung der KämpferInnen für Demokratie und ein freies Österreich und Wasser auf den Mühlen der registrierungspflichtigen Illegalen:

> Aber wenn heute ein SA-Mann aus dem Jahre 1934 von einem Richter, der auf seine eigene Illegalität als Sozialdemokrat stolz ist, wegen „Illegalität" verurteilt wird, dann ist das ein schlechter Witz. An solchen Beispielen enthüllt sich die abgrundtiefe Verlogenheit unserer innenpolitischen Haltung.[58]

... und das abgrundtiefe Unverständnis des „ehemaligen" (?) NS-Journalisten Dr. Manfred Jasser.

„Raubbau an geistiger Kraft".[59] Kritik an den Entnazifizierungsgesetzen

Der publizistische Kampf des *Alpenländischen Heimatrufs* gegen das Verbotsgesetz von 1945 und das Nationalsozialistengesetz von 1947 machte den eigentlichen Erfolg dieses steirischen Wochenblattes aus. Es gab keine Ausgabe, in der nicht über die angeblichen Härten und Ungerechtigkeiten, denen die von den Gesetzen Betroffenen ausgesetzt wären, lamentiert wurde. Alles das bei völliger Ausklammerung der Leiden der NS-Opfer, die bestenfalls in Zusammenhang mit der eigenen Schuld, die sie an den erlittenen Verfolgungen hätten, eine Erwähnung wert waren.

Im Kampf gegen die Entnazifizierungsgesetze assistierte der *Oststeirischen Wochenpost* manchmal auch die ÖVP. So meinte etwa der außenpolitische Sprecher der Regierung, Dr. Karl Gruber, bei einer Rede in Graz: „Ich lehne es ausdrücklich ab, einen solchen Zustand, in dem uns die Großmächte schon seit zwei Jahren ohne jedes Recht hiezu belassen, weiterhin als Befreiung anzuerkennen." Diese für sie „günstige" Gelegenheit ließ sich die *Oststeirische Wochenpost* nicht entgehen und druckte sofort diesen Teil der Rede Grubers ab. Auf diese Weise ließ sich argumentieren, daß selbst die Regierung mit den Zuständen in Österreich nicht wirklich zufrieden sei. Und da sogar ein Regierungsvertreter Zweifel an der Befreiung hege, könne doch ein Blatt wie die *Oststeirische Wochenpost* nicht neonazistisch sein. Der Artikelschreiber, der zuerst Gruber zitierte, führte aus, daß „im Mai 1945 eine Spaltung vollzogen wurde, jene verhängnisvolle Zweiteilung in solche Österreicher, die den Krieg verloren und in solche, die ihn gewonnen haben" (wobei

[54] Dieses In-Erinnerung-Rufen war umso unnötiger, als spätestens ab 1948 diese Art von Literatur schon wieder die Oberhand über junge und/oder ExilliteratInnen gewonnen hatte. - Vgl. Karl Müller: *Zäsuren ohne Folgen. Das lange Leben der literarischen Antimoderne Österreichs seit den 30er-Jahren*. Salzburg 1990.

[55] „Klausner": *Über das Zeitunglesen*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 10.1.1948, 1f.

[56] „K.": *Diktatur der Nebochanten*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 18.10.1947, 1 f.

[57] „Klausner": *Über das Zeitunglesen*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 10.1.1948, 1f.

[58] „Klausner": *Illegalität*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 24.4. 1948, 1f.

[59] Rudolf Stanhartinger: *Unsere Schule in Not*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 3.7.1948, 5.

im Verständnis der untersuchten Zeitschrift die erstgenannten die Soldaten der deutschen Wehrmacht und die letzteren die WiderständlerInnen sind).[60]

Eine Woche später freute sich das Blatt für einen „alt gewordenen Mann", dessen „ungesund mattgraue Haut von Falten durchzogen ist", über seinen Freispruch. Der ehemalige austrofaschistische Außenminister Guido Schmidt war des Hochverrats angeklagt und - freigesprochen worden. Trotzdem fand Verfasser „K." noch Grund zum Jammern: „Vorläufig sitzen nur die Verlierer auf der Anklagebank, vorläufig gelten die Menschenrechte und die Grundgesetze der Rechtsfindung nur für die Sieger und die Stärkeren."[61]

Man spielte auch wieder auf die unterschiedliche Behandlung von Sozialdemokraten und Kommunisten und Nationalsozialisten nach 1945 an, die für die *Wochenpost*-Journalisten doch alle auf dieselbe Weise zwischen 1933/34 und 1938 illegal gewesen seien. Was in den sieben Jahren nach 1938 geschehen war, wurde bei diesem Fragenkomplex unterschlagen, sonst aber lobend erwähnt.

Das Verbotsgesetz 1945 rehabilitierte alle anderen Illegalen von 1933 bis 1945, machte aber die illegalen Nationalsozialisten von Gesetzes wegen zu Personen, die sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht hatten.[62]

Der *Alpenländische Heimatruf* gab vor, der einzige und wahre Vertreter der Interessen des nicht näher definierten „Volkes" zu sein, und dieses „Volk" sei immer schon gegen die NS-Gesetze gewesen:

Das österreichische Nazigesetz hat sich nie besonderer Sympathien erfreut (...). Dem Volke, das mögen sich die kompetenten Stellen doch endlich sagen lassen, schwebt eine ganz andere, höchst einfache Lösung vor. (...) man möge herausfinden, wer sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat.[63]

Was ein Verbrechen, dessen sich ein „ehemaliger" Nationalsozialist schuldig gemacht hat, nun genau ist, verschwieg das Blatt. Es lenkte vom Ausgangsgedanken der Entnazifizierungsgesetze, nämlich diejenigen, die das nationalsozialistische Terrorregime mitgetragen hatten, kollektiv zu bestrafen, ab.

Die Minderbelastetenamnestie vom Frühjahr 1948 wurde vom *Heimatruf* erwartungsgemäß zwar anerkannt, aber gleichzeitig als zu unvollständig und als immer noch mit Härten verbunden scharf kritisiert. Die „Hypothek NS-Gesetz von 1945" bezeichnete die Zeitung im März 1948 als „Wechselbalg", gegen den „die Anklagen nicht einen Tag lang ausgesetzt haben." Sie sprach von einer „verhängnisvollen Aufspaltung in Privilegierte (im Verständnis des *Heimatrufs* WiderstandskämpferInnen, ExilantInnen etc., Anm.d.Verf.), 'Normalverbraucher der Demokratie' (Minderbelastete, Anm.d.Verf.) und Rechtlose (Belastete, Anm. d.Verf.)".[64]

Die größten Gemeinheiten gegenüber EmigrantInnen gingen, auch was die Artikel zur Minderbelastetenamnestie betraf, vor allem auf „Klausners" Konto. Am Beginn des Artikels *Amnestie* beklagte er, daß die Registrierung trotz Amnestierung aufrecht blieb, „damit die Registrierungsbeamten, Angestellten, Stenotypistinnen und Aspiranten" nicht ihren Arbeitsplatz verlieren und weiterhin „ihre anderen Mitbürger 'in Listen verzeichnen'" können.

Ebensowenig besteht ein Anlaß für die ehemaligen Ziegelträger, Hutschenschleuderer, Straßenkehrer und Hilfskellner, welche auf Grund ihrer politischen Verdienste seit dem Zusammenbruch die Stellen von entlassenen Akademikern und geprüften Fachkräften eingenommen haben, sich vor der Rückkehr in ihre alten Berufe zu fürchten. Es ist im Amnestiegesetz Vorsorge getroffen, daß Entlassene nicht wieder eingestellt werden brauchen, und darum werden jene Finanzkommissare, welche mit dem Besen oder mit der Haarschneidemaschine ausgezeichnet umzugehen verstehen, aber von der Steuer keine Ahnung haben, auch weiterhin Finanzkommissare bleiben, und jene Englischlehrerinnen an unseren Haupt- und Mittelschulen, die vielleicht sehr gut Strümpfe stricken und Nockerl kochen, aber unzweifelhaft nicht Englisch können, werden auch weiterhin unsere Kinder in der englischen Sprache unterrichten. (...) Von den „Belasteten" wollen wir gar nicht reden. Es ist ihr Unglück, daß sie zu wenige sind und daher als Wählermasse bei den Parteien und deren zugehörigen alliierten Freunden keine Beachtung finden. Außerdem kommt man sofort in schlechten Geruch, wenn man sich ihrer annimmt.[65]

Dieser Artikel stellt eine „reine Verhöhung derjenigen dar, die nicht Profiteure des März 1938 waren, wie z.B. Jasser, und derjenigen, die sich nicht mit dem 'Dritten Reich' arrangiert hatten."[66]

Den Verlust der Nazi-LehrerInnen wollte auch der *Heimatruf*-Mitarbeiter Dr. Rudolf Stanhartinger nicht so einfach hinnehmen: „Eine gute Schule ist eine Frage der guten Lehrer", dozierte er, und die seien ja trotz „20- bis 30-jähriger Erfahrung der Schularbeit" seit 1945 „verloren! Können wir uns einen solchen Raubbau an geistiger Kraft wirklich leisten?"[67]

Die Ausgabe 29 des *Alpenländischen Heimatrufs* vom 17. Juli 1948 wurde vom Landesgericht für Strafsachen Graz beschlagnahmt. Das Blatt erschien mit weißen Flecken anstelle des zensurierten Artikels. Der Verfasser war ausnahmsweise nicht der berüchtigte „Klausner", sondern eines der Vorstandsmitglieder der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich", Karl Hartleb[68].

---

[60] „M.": *Ist Freiheit nur ein leeres Wort?* In: *Oststeirische Wochenpost*, 13.6.1947, 1f.

[61] „K.": *Nachwort zu einem Prozeß*. In: *Oststeirische Wochenpost*, 20.6.1947, 2.

[62] N.N.: *Illegale und Belastete*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 9.8.1947, 2.

[63] „bri.": *Das umstrittene Gesetz*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 25.10.1947, 2.

[64] *N. N.: Amnestie der Minderbelasteten*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 13.3.1948, 2.

[65] „Klausner": *Amnestie*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 8.5. 1948, 1f.

[66] Mauch, *Jasser*, 285.

[67] Rudolf Stanhartinger: *Unsere Schule in Not*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 3.7.1948, 5.

[68] Karl Hartleb: Wirtschaftsbesitzer, Sägemüller, Landwirt, Politiker. Geb. 23. Oktober 1886, St. Georgen bei Neumarkt, gest. 28. August 1965, Friesach. Besuchte Volksschule. Bauernvertreter, Obmann des Landbundes, Vizekanzler und Innenminister im Kabinett Seipel V (1927-1929). Als Innenminister führend beteiligt am Arbeitermord vom 15. Juli 1927.
Obmann des landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Neumarkt/Stmk.

Der ehemalige Landbund-Abgeordnete und Vizekanzler Hartleb hatte unter dem Titel *Mit offenem Visier*[69] auf der Titelseite unter anderem folgendes von sich gegeben:

Im Lager Wolfsberg (britisches Anhaltelager für hohe NS-Funktionäre, Anm.d.Verf.) hatte ich nun Gelegenheit, im Laufe der Zeit viele Tausende (Nationalsozialisten, Anm.d.Verf.) kennenzulernen und da ich im Rahmen der regen Vortragstätigkeit auch selbst einige Male gesprochen habe, durch die Beobachtung dieser Menschen eine Überzeugung zu gewinnen, die mir niemand mehr nehmen kann. Diese Überzeugung lautet: Diese Menschen kann man für eine wahre Demokratie gewinnen, weil sie innerlich gar keine Faschisten sind. (...) Die Gefahr des Faschismus bei den ehemaligen Nationalsozialisten zu suchen, ist meiner Ansicht nach irrig.[70]

Wie sich Hartleb und seine Anhänger „eine wahre Demokratie" vorstellen und was „äußerliche Faschisten" von solchen, die „innerlich gar keine sind", unterscheidet, wurden den LeserInnen allerdings unterschlagen.

Typisch ist, daß mit keinem Wort die Verbrechen der Nationalsozialisten erwähnt werden, und wenn doch, so haben diese immer nur einige wenige begangen. Die Masse war schuldlos.

„Niemand braucht zu fürchten, daß wir unserem alten Grundsatz, positive Arbeit für Österreich zu leisten, untreu geworden sind",[71] schrieb Hartleb. Ein solcher Satz aus der Feder eines „ehemaligen" Nationalsozialisten klingt wie eine schwere Drohung. Hartleb läßt auch anklingen, in welchem System seiner Meinung nach „Recht Recht und Unrecht Unrecht ist", nämlich anscheinend im nationalsozialistischen: „Man kann unserer aufrichtigen Mitarbeit sicher sein, wenn es sich darum dreht, aus unserem Heimatland wieder einen Staat zu machen, in dem Recht *Recht* und Unrecht *Unrecht* ist (...)."[72]

Am Ende des Artikels gibt Hartleb vor, für das „ganze Volk" zu sprechen und verleumdet abermals die demokratische Staatsform:

Unser ganzes Volk würde heute am liebsten nur arbeiten und sich von jeder Politik fernhalten. Es begreift aber, daß es nur dann wirklich in Ruhe arbeiten kann, wenn die Luft von der dumpfen Schwüle befreit ist, die heute so erstickend wirkt. Ich glaube nicht, daß diese Reinigung der Atmosphäre ohne Kampf möglich sein wird (...).[73]

Bei wem der *Alpenländische Heimatruf* die Gefahr des Faschismus zu finden glaubte, hatte er schon am 15. Mai 1948 in der Ausgabe 20 mitgeteilt, und zwar im Artikel *Programme und Methoden*, in dem den Parlamentsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ „Nazimethoden" vorgeworfen worden waren. Die Nr. 20 war ebenfalls beschlagnahmt worden. Eine Woche, nachdem man durch das „offene Visier" Hartlebs Absichten eindeutig hatte feststellen können, verteidigte Jasser in seinem Leitartikel den „Bauern aus der Steiermark", Hartleb, der auch „eine Zeitlang Innenminister unter dem großen Demokraten Ignaz Seipel war."[74] Weiters verkündete er:

Tritt ein ehemaliger Nazi einer der bestehenden Parteien bei, dann steht seiner Anerkennung als „ehrlicher und wertvoller Mensch" natürlich nichts im Wege. Alle andern müssen sich freilich (...) als Neonazi oder Paläonazi beschimpfen lassen.[75]

Auf den Grund der Beschlagnahme, nämlich daß der Artikel *Mit offenem Visier* „zur Gänze den Tatbestand nach § 3d VG begründet"[76], ging die Zeitschrift mit keinem Wort ein. Gegen Hartleb wurde ein Verfahren eingeleitet, aber er ging mit einiger Sicherheit ohne Strafe aus: Im November 1949 saß er nämlich schon als VdU-Abgeordneter im Nationalrat.

Kurz vor der endgültigen Einstellung des *Alpenländischen Heimatrufs* stellte ein Mitarbeiter den unzulässigen Vergleich zwischen dem kommunistisch regierten Prag und dem vom Nationalsozialismus befreiten Wien an. Der Verfasser des kurzen Artikels erklärte bestimmte Erscheinungsformen der Systeme in der damaligen CSSR und in Österreich für identisch und kritisierte die in Österreich ohnehin in viel zu geringem Ausmaß erfolgte Absetzung von NS-Bürokraten und NS-Wissenschaftern. Anlaß dafür war ihm ein Bericht in der *Wiener Zeitung*, wonach in Prag Departementleiter als Portiere und Schneider und Schuster als Departementleiter tätig seien.

Bei uns arbeitet bekanntlich jeder Schuster als Schuster und jeder Ziegelschupfer als Ziegelschupfer und es ist ganz undenkbar, daß ein Professor Hilfsarbeiter wird und ein Häfenbinder Ministerialrat (...). Bei der „Wiener Zeitung" kann offenbar auch ein Hilfsschulabsolvent Redakteur werden. Anders kann man sich den Abdruck dieser „Prager Begebenheit" ausgerechnet in Österreich nicht erklären.[77]

Im April 1936 wegen illegaler Betätigung für die NSDAP verhaftet. Empfing von der NSDAP größere Geldbeträge. Allein im Jahr 1937 stellte Hartleb fünf Ansuchen um Ausreise nach Deutschland. Mitglied der NSDAP. Inhaber einer höheren Funktion beim steirischen „Reichsnährstand", der NS-Bauernorganisation (Genaueres dzt. nicht bekannt). Nach 1945 als belasteter Nationalsozialist im Lager Wolfsberg interniert. Ab 1947 aktiv im Vorstand der „Verfassungstreuen Vereinigung für Österreich" als Erster Obmann-Stv. Mitarbeiter des *Alpenländischen Heimatrufs* und der *Neuen Front*. VdU-Abgeordneter zum Nationalrat 8. November 1949 - 18. März 1953 und 18. März 1953 - 8. Juni 1956. Dritter Präsident des Nationalrates 1953 - 1956.
Vgl. Stickler, *Mitglieder*, 78; *Neue Front*, 15.4.1949, 3; *Arbeiter-Zeitung*, 23.9.1948, 1; *Politisches Handbuch der Republik Österreich* (Zusammengestellt und bearbeitet von Wolfgang Oberleitner). *Wien 1960, 46; Herbert Kraus: Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917-1987.* Wien/München 1988, 51 f.; Stüber, *Abgeordneter*, 23 f.; Interview der Verfasserin mit Dr. Viktor Reimann, 25. April 1991; *Österreichische Zeitung*, 21.9.1948, 1; Archiv der Republik: Bestand BKA Inneres, ZEST-Kartei, Schachtel Nr. 17, Karteiblatt betreffend Karl Hartleb.

[69] Karl Hartleb: *Mit offenem Visier*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 17.7.1948, f. Siehe Faksimile im Anhang.

[70] Ebd.

[71] Ebd.

[72] Ebd. - Hervorhebung durch Hartleb.

[73] Ebd.

[74] „Klausner": *Wir sind nicht so pessimistisch*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 24.7.1948, 1f.

[75] Ebd.

[76] § 3d Verbotsgesetz: „Wer öffentlich oder vor mehreren Leuten in Druckwerken, verbreiteten Schriften oder bildlichen Darstellungen zu einer der nach § 1 oder § 3 verbotenen Handlungen auffordert, aneifert oder zu verleiten sucht, insbesondere zu diesem Zweck die Ziele der NSDAP, ihre Einrichtungen oder Maßnahmen verherrlicht oder anpreist, wird, sofern sich darin nicht ein schwerer verpönter Verbrechen darstellt, mit schwerem Kerker von 10 bis zu 20 Jahren und mit dem Verfall des gesamten Vermögens bestraft." - Zitiert nach: Mauch, *Jasser*, 256.

[77] N.N.: *Wien und Prag*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 25.9.1948, 2.

Die Aggressionen der *Heimatruf*-SchreiberInnen galten in erster Linie der österreichischen Regierung und den Alliierten, die „schuld" seien an dem „Elend" der etwa 500.000 registrierten NationalsozialistInnen nach 1945. Dieses „Elend" hätten die Entnazifizierungsgesetze hervorgerufen. Sie hätten den „Pöbel" (nämlich die NS-Verfolgten) „obenauf gesetzt" und die „anständigen Leute" (Frontsoldaten, „Mitläufer", NationalsozialistInnen) ihrer gesellschaftlichen Positionen beraubt.[78]

Mehrere bestimmende Faktoren des Neonazismus sind in dieser Argumentation enthalten: Kritik an der Demokratie (eine Demokratie ist nach Meinung des *Alpenländischen Heimatrufs* erst dann vorhanden, wenn die „ehemaligen" NationalsozialistInnen nicht mehr unter die „rechtswidrige, rückwirkende Ausnahmegesetzgebung" fallen), Verharmlosung des „Dritten Reiches" (dessen Verbrechen entweder gering geschätzt oder für die ausschließlich der Dämon Hitler beziehungsweise dessen nächste Umgebung verantwortlich gemacht werden; der Nationalsozialismus an sich sei ja eine gute Sache gewesen), folgerichtig Exkulpierung der „Ehemaligen" bei gleichzeitiger Herabwürdigung der NS-Opfer. Werden Verfolgungen zur Zeit der NS-Herrschaft einmal erwähnt, dann nur in Zusammenhang mit den für den *Heimatruf* gleichwertigen oder schlimmeren Unannehmlichkeiten der Registrierungspflichtigen nach Kriegsende. Sie werden mitleidheischend als „unschuldig politsch Verfolgte der Zweiten Republik" präsentiert.

Daß eine derartige Schreibweise in weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung Anklang fand, nimmt nicht wunder. Rechnet man die Familienangehörigen der Registrierten mit, war ein Viertel der ÖsterreicherInnen von den Entnazifizierungsgesetzen betroffen. Der *Alpenländische Heimatruf* schürte noch zusätzlich die Aggressivität und schreckte nicht davor zurück, sich zu allem Überfluß als Vertreter der „echten wahren Demokratie" darzustellen.

Als im Jahr 1949 der VdU zu den Nationalratswahlen zugelassen wurde und die Neonazi-Blätter wie Pilze aus dem Boden schossen, meinte der Chefredakteur des *Abend*, Bruno Frei, daß nirgends so viel von Demokratie geredet werde, wie in der Nazi-Presse (gemeint war die VdU-Presse, Anm. d.Verf.).[79] Und einige der VdU-Leute im Parlament und in den Medien dürften Goebbels' Einstellung zur parlamentarischen Demokratie geteilt haben:

> Wenn wir (Nationalsozialisten, Anm.d.Verf.) in das Parlament einzogen, so nicht um des Parlamentarismus willen, sondern um uns in unserem Kampfe gegen den Parlamentarismus der Waffen zu bedienen, die uns der Parlamentarismus zur Verfügung stellte.[80]

Verherrlichung des Soldatentums und des Deutschtums

Der Militarismus ist eine bestimmende Komponente aller konservativen Ideologien. Daß zur Zeit der NS-Herrschaft der „soldatische Mensch" - das konnte ein Mann, aber auch eine Frau sein - eine zentrale Stelle als Idealtypus des „Deutschen" einnahm, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Nach 1945, als die Kriegsverbrechen der jahrelang von der deutschen Propaganda zu Über-Helden stilisierten Wehrmachtssoldaten bekannt gemacht wurden, herrschte einige wenige Monate Schweigen um die „Heimkehrer". Doch die Zeiten änderten sich sehr schnell in Österreich. Je näher die Wahl von 1949 heranrückte, desto mehr sorgten sich alle politischen Parteien mit eigenen Organisationen um die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen.[81] Spätestens ab 1948 standen sie gemeinsam mit den „ehemaligen" NationalsozialistInnen im Mittelpunkt des Interesses. Es wurden sogenannte HHBs (= Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen) eingerichtet, die mit der Zeit oft zu nationalsozialistischen Traditionspflegevereinen verkommen waren, sofern sie nicht ohnehin von Anfang an als solche geplant gewesen waren. Parolen wie „Wir sind Deutsche", „Alles, was nicht Frontsoldat war, ist Gesindel", „Der österreichische Freiheitskampf war nur Gestank, 1945 ist die Straße, die Gosse und die Jauche drangekommen"[82] waren an der Tagesordnung. Einer solchen Stimmung mußte freilich erst der Boden bereitet werden. Der *Alpenländische Heimatruf* hatte sich hier besonders hervorgetan.

Es ging der Zeitung bereits 1947 darum, die angeblich zur politischen Lethargie verurteilten heimgekehrten Soldaten zur Mitarbeit am „Wiederaufbau" aufzurufen.

> Mancher fragte sich, ob er diesem Reich noch dienen könne, aber über allen Erwägungen stand der Eid, den jeder einzelne geleistet hatte und der dem charakterlich hochwertigen Manne als unantastbar galt (...). Wir Frontsoldaten vergessen nichts, (...) wir haben unsere persönliche Anständigkeit mit in die Heimat gebracht. Er (der Frontsoldat, Anm. d.Verf.) wartet, bis Menschen seiner Art wieder sprechen werden (...). Er verneint den Kosmopliten, er bejaht aus tiefster Überzeugung sein Volkstum (...). Für Dauerkonferenzen ist er allerdings nicht zu haben, taktische Gespräche haßt er! (...) Er wäre auch zu handeln bereit gewesen, wenn man nicht seinen Charakter, seine Anständigkeit, ja seine staatserhaltende Gesinnung verspottet, verhöhnt, beschimpft und verdächtigt hätte. Letzteres hat dazu geführt, daß er sich bis heute beharrlich geweigert hat, sich politisch zu betätigen. Man kann trotz allem beruhigt sein, der Frontkämpfer ist da und bereit.[83]

Dieser Beitrag gibt nicht nur darüber Auskunft, wie sich der *Heimatruf*-Mitarbeiter „B." die ehemaligen Wehrmachtssoldaten vorstellt, sondern er enthält auch alle Vorurteile gegen jene Bevölkerungsgruppen, denen

---

[78] N.N.: *Heimkehrer fordern politische Erneuerung*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 15.5.1948, 4.

[79] Bruno Frei: *Wo die Demokratie ihre Grenzen hat*. In: *Der Abend*, 4.12.1949, 7.

[80] *Rede des Reichsministers Dr. Goebbels vom 4.10.1933*. In: *Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933*. (Erläutert von H. Schmidt-Locnhardt / P. Gast). Berlin 1938, 10.

[81] Vgl. Evelyne Mahdavi: *Die „Junge Front", Dialektik von Sprache und Macht*. Phil. Diss., Wien 1989.

[82] *Neuer Weg*, Nr. 20/21, November 1949. Zitiert nach: John Bunzl/Bernd Marin: *Antisemitismus in Österreich*. Innsbruck 1983 (= Sozialhistorische und soziologische Studien, Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3), 67.

[83] „B.": *Frontsoldaten und Politik. Heimkehrer sind die besten Garanten für Frieden und Demokratie*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 25.10.1947, 1.

die Verachtung des *Alpenländischen Heimatrufs* von Anfang an gegolten hat und die bereits in mehreren der oben zitierten Artikel zum Ausdruck gekommen ist. Das Gegensatzpaar Heimkehrer - Emigrant wird hier mit bestimmten, der neonazistischen Ideologie zuzurechnenden Attributen ausgestattet. Soldaten sind demgemäß „charakterlich hochwertig", anständig, volksnah, geduldig, friedliebend; EmigrantInnen, Deserteure und andere sind Eidbrecher, Kosmopoliten (soll heißen: „vaterlandslose Gesellen"), verschlagene Taktiker und außerdem weit weg gewesen, als „das Vaterland sich verteidigen mußte". Das wird zwar hier nicht ausdrücklich gesagt, muß aber zwischen den Zeilen mitgelesen werden. Auf welches Land und auf welches System die deutschen Soldaten ihren Eid geleistet, aus welchen Gründen einige ihn gebrochen haben und wer nun wirklich auf der Seite eines freien Österreichs gestanden hat, wird verschleiert, verdrängt, unterschlagen.

Im Mai 1948 wurde der *Alpenländische Heimatruf* unter anderem wegen eines Artikels über Heimkehrer beschlagnahmt. Das Blatt hatte behauptet, daß die heimkehrenden Soldaten feststellen mußten, daß sich seit ihrer Einberufung in der Heimat nichts geändert hat. In frecher Weise drehte man das Opfer-Täter-Verhältnis um: „Die 'Belasteten' sind nicht die schuldigen Nationalsozialisten, sondern die jetzigen Regierungsmitglieder. Von diesen Menschen ist nichts Neues, nichts Positives mehr zu erwarten", denn sie hätten die ÖsterreicherInnen erst dem Nationalsozialismus durch ihre politische Unfähigkeit in die Arme getrieben. Dafür, daß eine „neue politische Bewegung" entstehe, „dafür werden nicht zuletzt auch die Heimkehrer Sorge tragen."[84]

Damit hatte der *Alpenländische Heimatruf* recht. Die vierte Partei, der VdU, deren Formierung den RedakteurInnen so am Herzen lag, leistete sich als Heimkehrer-Integrationsfigur einen Generalsekretär, der Träger der höchsten NS-Wehrmachtsauszeichnung[85] war, sich in stolzer Trauer Oberst a.D. nennen und in verschiedenen Tiraden gegen „Widerstandskämpfer und ähnliche dunkle Zeiterscheinungen" hetzen konnte.[86]

Vorläufig gab es diese Partei allerdings noch nicht.

Der *Alpenländische Heimatruf* setzte sich auch mit der Möglichkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion auseinander.

> Bei einem eventuellen Krieg gibt es für Europa nur eine Rettung: das ist, den Widerstand des einzigen Volkes zu organisieren, das die militärischen und geistigen Kräfte besitzt, der Sowjetunion entgegenzutreten: des deutschen Volkes. (...) An der Idee ist so viel richtig, daß ein erstarktes Deutschland durch seine bloße Existenz imstande wäre, den russischen Bären zu hypnotisieren, daß er die erhobene Pranke wieder fallen läßt.[87]

Eine derartige Diktion ist nicht mehr weit entfernt von der Paläonaziapologetik eines Erich Kern (d.i. Erich Kernmayr), der in seinem Roman *Der große Rausch* denselben Gedanken so formulierte:

> Der Welt haben wir die Sowjetunion, ihre Ziele und ihre Gefahr für alle offen gezeigt. Jetzt, im Zusammenbruch, in der schmachvollsten Niederlage aller Zeiten, haben wir Deutsche, auf dem Boden liegend und zertreten, den Herren in London und Washington, Paris und Nanking den größten Trumpf unseres Daseins hineingespielt: das enträtselte Sowjetrußland. (...) Jetzt müssen die Großen der Welt entscheiden. Und wir haben sie dazu gezwungen.[88]

Kern und Jasser standen einander um nichts nach. Sie schlugen eine Brücke über die KZ-Greuel und die deutschen Kriegsverbrecher während des Zweiten Weltkrieges; unter dem Deckmantel des Antikommunismus war zur Zeit des Kalten Krieges fast alles möglich.

Zur Verherrlichung des Deutschtums muß auch die Ablehnung des Fremden in jeder Hinsicht, zum Beispiel die Ablehnung des Gebrauchs von Fremdwörtern in der deutschen Sprache gezählt werden. Der „Pflege" der deutschen Sprache, die ausgerechnet viele *Heimatruf*-SchreiberInnen und VdU-JournalistInnen nur sehr mangelhaft beherrschten[89], wurde breiter Raum gewidmet. Man schlug vor, doch nicht die „scheußliche Kanzleisprache unserer Jugend von Amts wegen" einzuimpfen, nicht statt Anregung das Wort Initiative zu benutzen und nicht statt Rundfunkgeräte Radioapparate zu sagen. Ausserdem: „'Kollaborateur' bedeutet doch nichts anderes als das um vieles klarere und einfachere 'Mitarbeiter', 'Mithelfer'". Das „gesunde Volksempfinden", als dessen erster Vertreter sich der *Alpenländische Heimatruf* selbst verstand, „schmäht immer das Fremdwort und findet aus eigenem treffende Ausdrücke. Der 'gute' Österreicher hat beileibe keinen Briefwechsel, sondern eine 'Correspondenz' zu führen."[90]

Daß nach alledem die „Konstruktion österreichische Nation" von den Kreisen um den *Alpenländischen Heimatruf* nicht begrüßt wurde, kommt nicht gerade überraschend:

> Menschen, die fest mit ihrer Heimat verbunden und typische Vertreter ihres Volkes sind, werden leichter eine Brücke der Verständigung schlagen können als heimatlose, wurzellose Kosmopoliten, die überall und nirgends „daheim" sind (...). Aber: des Österreichers Vaterland deckt sich nicht mit den Grenzen, die ihm grämliche Friedensmacher in St. Germain gesetzt haben. Man müht sich offiziell und halboffiziell ab, nach dem Muster der tschechischen, polnischen oder ungarischen Nation nun auch die „österreichische Nation" zu erschaffen und dem Österreicher dieses ihm so gar nicht liegende kleinstaatlich-kleinstädtische „Nationalbewußtsein" einzuhämmern (...). Im März 1938 war es wieder so weit: Der Österreicher, mag er sich als einzelner zum Natio-

[84] N.N.: *Heimkehrer fordern politische Erneuerung*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 15.5.1948, 4.

[85] Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten

[86] *Die Neue Front*, 29.6.1950.

[87] „Klausner": *Dilemma der Sieger*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 29.5.1948, 1 f.

[88] Zitiert nach: *Tagebuch*, 5.1.1950, 3.

[89] Vgl. z.B. das Parteiprogramm des VdU in der Zeitschrift *Alpenruf* 1949: „Im stolzen Bewußtsein unserer österreichischen Kultur und Tradition bekennen wir uns mit demselben Stolz zur deutschen Muttersprache, die unsere Mütter gelehrt, unsere großen Dichter wie Goethe und Grillparzer gepflegt und auch unsere Bundesverfassung als Staatssprache festgelegt haben." - Zitiert nach: Wolfgang Benndorf: *Goethe-Besudelungen*. In: *Neue Zeit* (Graz), 14.9.1949, 2.

[90] „Austriacus": *Ein österreichisches Wörterbuch. Fremdwörtelnde Kanzleisprache als Vorbild*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 3.7.1948, 5.

nalsozialismus gestellt haben wie immer, gehörte wieder einmal einem großen Reich an (...). Der Heimkehrer hat im Krieg europäisch denken gelernt, hat gleichsam eine größere Heimat gewonnen und wartet, daß sie ihm erschlossen werde. (...) Ihm kann man nicht erzählen, daß das „Österreichische Nationalgefühl" der Weisheit letzter Schluß sei.[91]

Den auch heute noch vernehmbaren neonazistischen Urlauten von der Waffen-SS als erster Vertreterin des gesamteuropäischen Gedankens[92] griff Manfred Jasser bereits vor. Die Kriegsheimkehrer warten bereits darauf, daß ihnen die Gebiete, aus denen sie vor wenigen Jahren hinausbefördert worden sind, doch noch „erschlossen" werden, so Jasser.

Wir können uns schwer vorstellen, daß das tatsächlich der Wunsch des überwiegenden Teils der ehemaligen Wehrmachtssoldaten war. Daß es der Traum unverbesserlicher nationalsozialistischer Agitatoren vom Schlag eines Jasser war und daß die Kriegshetzer diesen Traum sehr gerne von anderen in die Realität umgesetzt gesehen hätten, solange sie selbst ihre Redaktionstische nicht verlassen hätten müssen, ist dagegen sehr wohl nachvollziehbar.

Noch deutlicher als „Klausner" artikulierte sein Journalistenkollege Kern solch größenwahnsinnige Ideen. Er meinte 1950: „Raum ist nämlich vorhanden. Nur etwas schlecht verteilt."[93]

Verbot des *Alpenländischen Heimatrufs*

Fast eineinhalb Jahre lang konnte der *Heimatruf* - obwohl von der Journalistengewerkschaft eindeutig als „neonazistisches Presseerzeugnis"[94] bezeichnet - in ganz Österreich erscheinen. Mehrere Zeitungen der demokratischen Parteien und der amerikanische *Wiener Kurier* interessierten sich zwar zeitweise für die Vergangenheit des maßgeblichen Redakteurs Dr. Manfred Jasser und publizierten auch Artikel über ihn[95], trotzdem geschah bis zum Oktober 1948, von den drei Beschlagnahmungen abgesehen, nichts. Erst der Artikel *Des Teufels Wochenblatt* brachte das endgültige Aus. „Klausner" hatte in seinem Leitartikel behauptet, daß es

der verhängnisvollste Fehler des NS-Systems war, keine Kritik geduldet zu haben. Darin lag zweifellos die Quelle allen Übels (...). Als ob es eine Schande wäre, Fehler zu machen und Irrtümer zu begehen, solange man gewillt ist, aus ihnen zu lernen.[96]

Doch diese eklatante Verharmlosung des nationalsozialistischen Terrorregimes genügte Jasser nicht. Er versuchte, „alle inneren Kräfte, die zum Widerstand gegen eine 'Volksdemokratisierung' Österreichs entschlossen sind"[97], zu mobilisieren und damit den NS-Volksgemeinschaftsgedanken (wieder) wachzurufen beziehungsweise wachzuhalten.

Die Zeitschrift wurde zunächst beschlagnahmt und wenig später von den Alliierten verboten. Dem österreichischen Bundeskanzler Figl schickte man einen Brief.

Unter diesen Umständen hat das Exekutivkomitee im Namen des Alliierten Rates beschlossen, seine Machtbefugnis im Sinne der Entschliessung des Alliierten Rates vom 1. Oktober 1945 auszuüben, und die Veröffentlichung und Verbreitung des „Alpenländischen Heimatrufes" als neo-nazistische Zeitung und als das Organ des „Verbandes der Verfassungstreuen", der selbst am 22. September 1948 als faschistische Organisation durch die österreichischen Behörden aufgelöst wurde, mit sofortiger Wirksamkeit zu verbieten.[98]

In der Folge verhaftete die Grazer Staatspolizei den Verleger Franz Klautzer und den verantwortlichen Redakteur Wilhelm Messner wegen des Verbrechens nach § 3 des Verbots- und § 300 des Strafgesetzes. Weitere Verfahren wurden gegen den Grazer Verleger Leopold Stocker, den Wiener Journalisten Fritz Stüber, den Grazer Journalisten Waldefried Oitzinger und gegen Karl Hartleb eingeleitet.[99]

Manfred Jasser flüchtete nach Oberösterreich, betätigte sich sofort wieder als Journalist und redigierte die Linzer VP-nahe Zeitschrift *Freie Stimmen*, die ab Dezember 1948 wegen neonazistischen Inhalts mehrere Male mit mehrmonatigem Erscheinungsverbot belegt wurde.[100]

Klautzer und mehrere andere Journalisten des eingestellten *Alpenländischen Heimatrufs* reaktivierten das Blatt ab Februar 1949 unter dem Titel *Der Alpenruf* und ließen sich willig vor den VdU-Karren spannen.

Stüber blieb in Wien. Er wurde Chefredakteur der VdU-Wochenzeitung *Der Unabhängige*.[101]

---

[91] „Klausner": *Zu neuen Ufern*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 19.6.1948, 1f.

[92] Solches Gedankengut vertritt z.B. die Organisation „Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes". Vgl. dazu: Dokumentationsarchiv, *Rechtsextremismus*, 183 f.

[93] Erich Kern: *Das harte Leben. Auszüge aus einem Tagebuch 1947 bis 1950*. Wels 1950, 155.

[94] N.N.: *Journalistengewerkschaft untersagt Mitarbeit beim „Alpenländischen Heimatruf"*. In: *Die Wahrheit*, 28.9.1948, 2.

[95] Z.B.: *Bekannter Journalist als Nazi verhaftet*. In: *Wiener Kurier*, 15.7.1948; Dr. L.B. (d.i. Dr. Lothar Burghardt): *Die graue Eminenz des „Alpenländischen Heimatrufs"*. In: *Die Wahrheit*, 2.10.1948, 3.

[96] „Klausner": *Des Teufels Wochenblatt*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 2.10.1948, 1f.

[97] Ebd.

[98] Gazette 35, Oktober 1948, 22; zitiert nach Elfriede Sieder: *Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945 und 1955 unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur*. Phil. Diss., Wien 1983, 308.

[99] Mauch, *Jasser*, 267.

[100] Hausjell, *Zensurmaßnahmen*, Ms., 16.

[101] Stüber, *Abgeordneter*, 112.

Anhang

Dokumentation des Artikels von Karl Hartleb: *Mit offenem Visier*. In: *Alpenländischer Heimatruf*, 17. Juli 1948, 1 f.

V. b. b.

Alpenländischer Heimatruf

Unabhängiges Wochenblatt für verfassungstreue Heimatpolitik und fortschrittliche Wirtschaft

Einzelpreis 55 g
Erscheint jeden Samstag
Redaktion und Verwaltung: GRAZ, BISCHOFPLATZ 1 Fernruf 03-98
Anzeigenverwaltung: GRAZ, STEMPFERGASSE 4
Wiener Redaktion und Stadtbüro: WIEN, I., GRÜNANGERGASSE 1 Tel. R 23-1-61
Bezugspreise: Halbjährlich . . . S 14.30 Vierteljährlich . . S 7.15

Nr. 29 Graz, Samstag, 17. Juli 1948 2. Jahrgang

Mit offenem Visier

„Um Rechte, die in der Verfassung gewährleistet sind, wollen wir nicht betteln"

Von Karl Hartleb, Vizekanzler a. D.

Die Grazer „Neue Zeit" brachte am 6. Juli einen Leitartikel von Wolfgang Benndorf, betitelt: „Heraus mit der vierten Partei!" Wenn ich zu ihm Stellung nehme, so sind hiefür verschiedene Gründe maßgebend, die ich meinen Ausführungen voranstellen will.

Der Artikel wendet sich unter anderem an die Menschen, die die Absicht haben, in Österreich eine neue Partei aufzurichten, sowie an die Kreise um den „Heimatruf". Zu beiden bekenne ich mich offen.

Der Hauptsache nach dreht sich aber jener Aufsatz, wie so viele andere, die wir in den letzten Jahren lesen konnten, um die gewesenen Nationalsozialisten. Zu diesen gehöre auch ich. Mich hat niemand gezwungen, dieser Partei beizutreten. Warum ich es doch getan habe, obwohl mir durchaus nicht alles an ihr gefallen hat, das zu erörtern ist nun freilich nicht der Sinn dieser Ausführungen.

Vorher habe ich lange Jahre im Rahmen des „Landbundes" öffentlich gearbeitet und niemand kann behaupten, daß ich oder der „Landbund" als solcher uns undemokratisch verhalten hätten. Trotzdem oder gerade deshalb wurde er 1934 aufgelöst. In der NSDAP habe ich keine große Rolle gespielt, was aber nicht hinderte, daß ich 1945 als einer der ersten in Internierungshaft gesetzt wurde. Ich habe dann die Zeit bis Ende Juli 1946 im Lager Wolfsberg zugebracht, was mir damals bestimmt kein Vergnügen bereitet hat. Wenn ich mir die Sache aber heute überlege, dann freue ich mich geradezu darüber, daß ich solange eingesperrt war und diese Freude hat ihren guten Grund:

Ich habe vor meiner Internierung nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von ehemaligen Nationalsozialisten aus meiner näheren, ländlichen Umgebung persönlich gekannt. Im Lager Wolfsberg hatte ich nun Gelegenheit, im Laufe der Zeit viele Tausende kennenzulernen, und da ich im Rahmen der regen Vortragstätigkeit auch selbst einigemale gesprochen habe, durch die Beobachtung dieser Menschen eine Überzeugung zu gewinnen, die mir niemand mehr nehmen kann. Diese Überzeugung lautet: „Diese Menschen kann man für eine wahre Demokratie gewinnen, weil sie innerlich gar keine Faschisten sind; wobei die Regel von den einzelnen Ausnahmen natürlich gilt."

Schon im Lager habe ich beim Zeitunglesen und bei fallweisen Reden, die wir im Radio hören durften, immer wieder gestaunt, wie entsetzlich wenig Verständnis alle, aber auch schon fast alle in Betracht kommenden Kreise für diese staatspolitisch wohl wichtigste Aufgabe, die ehemaligen Nationalsozialisten für die Demokratie zu gewinnen, aufzubringen vermögen.

Und in den fast zwei Jahren, in denen ich nun auch wieder die „Freiheit" genießen darf, hat sich dieses Staunen nur noch vermehrt. Mir selbst aber ist es vollkommen klar, daß es möglich ist und wie es möglich ist. Ich glaube daran und das ist die Hauptsache. Dieser Glaube ist der Grund, wenn ich mich überhaupt noch mit dem Gedanken befasse, noch einmal öffentlich mitzuarbeiten. Daß dies nicht im Rahmen der ÖVP und auch nicht im Rahmen der SPÖ geschehen kann — von der KPÖ ganz zu schweigen — werden meine alten Bekannten aus beiden Lagern wohl meiner Grundeinstellung zugutehalten.

Ich stehe also dort, wo die auch von Wolfgang Benndorf geforderte neue Partei angestrebt wird. Dieser Kreis besteht beileibe nicht nur aus ehemaligen Nationalsozialisten, sondern aus zumindest ebensovielen anderen politisch Obdachlosen oder mit den Verhältnissen unzufriedenen Menschen. Die meisten von ihnen, vor allem aber wir ehemaligen Nationalsozialisten, sind in den letzten Jahren nur Zuhörer und Leser gewesen und was wir über die wichtigsten Dinge im Staate, besonders aber über uns selbst oftmals gehört und gelesen haben, hat nicht nur unser Entsetzen über soviel Haß und Ungerechtigkeit hervorgerufen, sondern war nur zu oft geeignet, uns den Glauben an die Möglichkeit einer gedeihlichen, demokratischen Arbeit überhaupt zu rauben. Aber, mag man es wahr haben wollen oder nicht, in den meisten von uns lebt trotz all dem Furchtbaren, das auch wir erlebt haben, Gott sei Dank noch so viel Idealismus, daß wir bereit sind, zu arbeiten, wenn man uns die Möglichkeit hiezu gibt.

Bis in die letzten Tage hat man sich nicht entschließen können, uns dies auf legaler Basis zu erlauben. Ich will vorläufig nicht annehmen, daß man uns damit auf eine illegale Fährte drängen wollte. Es darf sich aber wirklich niemand wundern, wenn viele

Abb. 1

Menschen abseits stehen, da ihnen weder die eine, noch die andere der bestehenden Parteien zusagt und sie sich im Bewußtsein an die verschiedenen Kautschukparagraphen der NS-Gesetze selbst dann noch scheuen werden, sich irgendwie zu betätigen, wenn ihnen eine ihnen zusagende legale Möglichkeit geboten wird.

Wenn nun — vorläufig im Rahmen eines genehmigten Vereines, der keine Kontrolle seiner Tätigkeit scheut — eine organisatorische Arbeit in Bälde aufgenommen werden soll*, an der auch wir teilnehmen wollen, anstatt heute schon eine Partei anzumelden, so deshalb, weil wir bei niemandem um die Bewilligung betteln wollen, von unseren in der Verfassung gewährleisteten Rechten Gebrauch machen zu dürfen. Mag diese neue Partei formell auch noch nicht bestehen, ideell ist sie da, ob sie von dem einen oder anderen auch noch so gehaßt oder gefürchtet wird. Den Spöttern, die sich mit ihren schwachen Witzen damit trösten, daß sich schon mehr als 20 „Vierte Parteien" gemeldet hätten, sei gesagt: Nicht die Partei ist „die Vierte", welche sich als vierte anmeldet, sondern die, die bei den nächsten Wahlen einen durchschlagenden Erfolg erzielt und unter allen neuen Parteien mit den meisten Mandaten in die Vertretungskörper einzieht.

Niemand braucht zu fürchten, daß wir unserem alten Grundsatz, positive Arbeit für Österreich zu leisten, untreu geworden sind oder eine Politik von Abenteurern betreiben wollen. Wir freuen uns darauf, den anderen Parteien zu zeigen, wie wir uns eine wahre Demokratie vorstellen. Wir glauben daran, daß es uns gelingen wird, die Jugend und die Heimkehrer zur freudigen Mitarbeit zu bewegen. Freilich wird es nicht ohne Kampf gehen und wir sind uns im klaren, daß es manchmal heiße Auseinandersetzungen geben wird, aber unsere Machtmittel werden nicht Parteiarmeen, sondern geistige Mittel sein. Denn gerade auf diesem Gebiete fürchten wir uns am wenigsten. Man kann unserer aufrichtigen Mitarbeit sicher sein, wenn es sich darum dreht, aus unserem Heimatland wieder einen Staat zu machen, in dem Recht Recht und Unrecht Unrecht ist. Es ist nicht meine Absicht, im Rahmen dieser Ausführungen ein Parteiprogramm zu entwickeln. Was ich heute erreichen wollte, ist, dem Zustande ein Ende zu machen, daß die einen immer reden und schreiben und die anderen immer schweigen.

Was Herr Benndorf zu „Klausner" sagt, wird, davon bin ich überzeugt, Herr „Klausner" selbst beantworten. Ich glaube gerne, daß Herr Benndorf mit seinem Artikel redliche Absichten verfolgte. Was mich dabei stört, ist, daß er — übrigens nicht er allein — die ehemaligen Nazi falsch und daher ungerecht beurteilt. Sie sind nicht die Hasser und Fanatiker, als die sie immer wieder hingestellt werden. Der überwiegende Großteil von ihnen sind Menschen, die an eine Idee geglaubt und schwerste Enttäuschungen erlebt haben, die dafür vielfach Existenz, ehrlich erworbenes Gut und was wohl das Schlimmste ist, den Glauben an Recht und Gerechtigkeit verloren, weil man sie auf Grund rückwirkender Strafgesetze bestraft, obwohl sie keine persönliche Schuld auf sich geladen haben. Was solche Menschen denken und fühlen, wenn es leider immer wieder vorkommt, daß sie sich mit der Pauschalbezeichnung „Nazischweine" bezeichnet hören, ist einfach nicht zu sagen.

Die Gefahr des Faschismus bei den ehemaligen Nazi zu suchen, ist meiner Ansicht nach irrig.

(Schluß auf Seite 2)

*) Der Verfasser dieses Artikels bezieht sich hier auf die eben erst in Wien konstituierte „Verfassungstreue Vereinigung für Österreich", deren Vorstandsmitglied er selbst ist

(Schluß von Seite 1)

Was nun die Drohungen gegen den „Heimatruf" und seine Mitarbeiter betrifft, haben sie ihren Grund vielfach gar nicht in der Besorgnis um die Demokratie, sondern in der um die eigenen Wählerstimmen. Daher lieber gar nicht mehr drohen, auch dann nicht, wenn der Grund des Ärgers darin liegt, daß die Zahl der „Heimatruf"-Leser und -Bezieher „besorgniserregend" ansteigt.

Ich halte es, Herr Benndorf, offen gesagt, auch für nicht richtig, wenn man, wie Sie es tun, versucht, einen „Klausner" dadurch zu widerlegen, daß man anstatt nach Gegenargumenten, nach Indizien, die sich allenfalls aus der Vergangenheit aufstöbern ließen, sucht. Wenn es ein Kampf mit geistigen Mitteln sein soll, dann gibt es meiner Meinung nach nur „Gegenargumente". Auch komplizierte neue Wortprägungen können solche Argumente nicht ersetzen. Es ist eben nicht nur „Denazifizierung" ein häßliches Wort, „Neonazismus, „Paläonazis" oder „nordische Chuzpe" sind ebenfalls nicht schöner.

Niemand soll glauben, daß wir Menschen, die zur Nazizeit wirkliche Schuld auf sich geladen und Verbrechen begangen haben, freisprechen wollen. Wir sprechen sie nicht frei, obwohl vor und nach ihnen ähnliche Verbrechen begangen worden sind. Ob sich die geplante neue Partei durchsetzen wird, das entscheiden nicht die Zeitungsschreiber, nicht die anderen Parteien oder etwa die Regierung, diese Entscheidung liegt nur bei der höchsten Instanz, dem Volke selbst.

Wir werden dafür sorgen, daß in unsere Reihen nur Männer mit reinen Händen aufgenommen werden, daß alle Geschäftemacher, Korruptionisten und Abenteurer ausgeschaltet bleiben. Man kann uns daher die Auswahl unserer künftigen Mitarbeiter beruhigt selbst überlassen. Unser ganzes Volk würde heute am liebsten nur arbeiten und sich von jeder Politik fernhalten. Es begreift aber, daß es nur dann wirklich in Ruhe arbeiten kann, wenn die Luft von der dumpfen Schwüle befreit ist, die heute so erstickend wirkt. Ich glaube nicht, daß diese Reinigung der Atmosphäre ohne Kampf möglich sein wird. Aber wir sind entschlossen, die notwendigen Auseinandersetzungen mit ehrlichen demokratischen Mitteln und mit offenem Visier zu führen.

Daß wir uns dabei die Achtung der vernünftigen, anständigen Menschen auch in den anderen Lagern erwerben können, bezweifle ich nicht.

Abb. 1

FRIEDRICH RANDL

Alte oder neue Sprache?

Eine Analyse der Sprachmuster österreichischer rechtsextremer Periodika (1980-1991)

Die Untersuchung der Frage, ob sich nationalsozialistische Sprachmuster in Publikationen der Neuen Rechten erhalten haben, ist vor allem deshalb interessant, weil es bisher praktisch keine derartigen Studien für Österreich gibt.

Ein Teilergebnis vorliegender Untersuchung sei bereits vorweggenommen: Es gibt solche Reste; ob sie bewußt eingesetzt werden, oder einfach Kontinuitäten darstellen, ist nicht leicht zu beantworten. Diese Frage steht aber gar nicht im Mittelpunkt der Analyse. Man kann davon ausgehen, daß Schreiber, die sich redundant nationalsozialistischer Muster bedienen, ein sehr retrospektives Weltbild besitzen.

Auf eine Wertung der Inhalte der untersuchten Artikel wurde - soweit dies möglich war - verzichtet. Meine persönliche Betroffenheit beim Lesen der analysierten Texte jedoch hat eine völlig klinische Betrachtung ohnehin verhindert.

Sprache im Nationalsozialismus

Die Sprache des Nationalsozialismus zeichnet sich laut Seidel und Seidel-Slotty durch zwei Hauptmerkmale aus: Erstens ist sie stark rhetorisch bestimmt. Das bedeutet, daß sie ihre Wirkung vor allem in der (politischen) Rede entfaltet. Niedergeschrieben verliert sie ihre Wirkung, weil die (meistens) vorhandenen Widersprüche und Verdrehungen, Floskeln und Bilder einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Die Möglichkeit einer derartigen Reflexion ist für einen Zuhöhrer kaum gegeben, wohl aber für den Leser.

Zweitens weisen die Texte eine deutlich spürbare, einhämmernd propagandistische Struktur auf: Sie sind auf Massenwirkung berechnet.[1]

In seiner Dissertation aus dem Jahre 1935 charakterisierte Manfred Pechau die Merkmale der NS-Sprache:

> Aus den vorstehenden Zeilen wird bereits ersichtlich, daß wir es bei dem Nationalsozialismus mit einer revolutionären Kampfbewegung zu tun haben, und wir können daraus entnehmen, daß dieser Kampf sich in der Sprache widerspiegeln wird. Es geht um die Masse des Volkes, und um diese zu gewinnen, mußte man sich notwendig der modernen Propagandamittel bedienen. Diese Notwendigkeit wird uns allenthalben begegnen, und die schnell verständlichen, kurzen prägnanten Formen, die charakterisierenden und typisierenden Ausdrücke, unterstützt durch einen beißenden Spott, der schier unerschöpflich durch alle Reden und Schriften der Partei fließt, sind wohlberechnet in ihrer Wirkung.[2]

Aber auch die Problematik dieses neuen "Stils" wurde von Pechau bereits vorhergesehen:

> Man glaubte in jenen erzwungenen Formen, die oft eine mehrfache Wirkung bezweckten, die Gewißheit eines nachhaltigen Eindrucks auf Leser und Hörer zu besitzen. (...) Die Gefahr aber eines solchen erzwungenen Stils liegt in seiner Oberflächlichkeit. Wohl ist es richtig, daß der Präger solcher Gewaltformen von dem Willen der Wirkung auf die Masse getragen wird; doch die Verwässerung des Ausdrucks folgt der Bildung auf dem Fuße. (...) Ein solches Wort wird seines tieferen Sinnes, wenn es einen solchen überhaupt jemals gehabt hat, gänzlich entkleidet, wird zur Phrase des Tages.[3]

Seidel und Seidel-Slotty ihrerseits unterscheiden die einzelnen Merkmale der NS-Sprache nach Stil, Grammatik und Wortwahl.

Oftmals auftretende stilistische Muster sind demnach:

- Häufung des Ausdrucks: Wörter werden gehäuft, sowohl synonymisch als auch durch einfache Aneinanderreihung; Tautologien sind nicht selten. Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß kaum jemals eine Präzisierung erreicht wird.
- Metaphern: gefühlsbetonte Bilder, die die rhetorische Tendenz noch unterstreichen.
- Pathos: leidenschaftliche Überhöhung von Metaphern, wobei die Aussage nicht mehr wörtlich zu nehmen ist.
- Schwulst: eng verwandt mit Pathos. Die Steigerung der Aussage wird oft mit "ideologischen" Wörtern angestrebt.
- Knappheit des Ausdrucks: fast im Widerspruch zu den oben genannten Tendenzen findet man in manchen Texten komprimierte Aussagen, die ebenfalls der Steigerung dienen.
- Verschwommenheit des Ausdrucks: unexakte Aussagen, hinkende Vergleiche, unechte Beweise. Tritt sehr häufig auf und wird durch den rhetorischen Grundzug noch begünstigt.[4]

Im grammatikalischen Bereich finden sich in der NS-Sprache kaum Veränderungen, wohl auch bedingt durch den relativ kurzen Bestand des "Dritten Reiches".

Allerdings führte der Druck, die neue Ideologie mit entsprechendem Vokabular zu umgeben, zu zahlreichen Wortbildungen. Hier sind zwei verschiedene Arten der Bildung zu unterscheiden: mit Hilfe von Prä- oder Suffixen (z.B. -tum, -heit, -schaft) oder Wortzusammensetzungen.[5]

Besonders leicht erkennt man nationalsozialistische Texte an der Wortwahl. Auffällig ist, daß ein Großteil der

[1] Eugen Seidel/Ingeborg Seidel-Slotty: *Sprachwandel im Dritten Reich. Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse*. Halle/Saale 1961, 1.

[2] Manfred Pechau: *Nationalsozialismus und deutsche Sprache*. Phil. Diss., Greifswald 1935, 10.

[3] Ebd., 95.

[4] Seidel/Seidel-Slotty, *Sprachwandel*, 1 ff.

[5] Ebd., 18 ff.

verwendeten Wörter aus einigen wenigen, großen Themenkreisen stammte:

- Militärwesen;
- "Dynamik": Ausdrücke der Bewegtheit, oft mit gewalttätiger Konnotation;
- "Blut und Boden": Begriffe wie Volk, Rasse, Raum etc.;
- "Einheit": Betonung der (Volks-) Gemeinschaft, Ablehnung des Individualismus;
- ideologische Termini und
- Fremdwörter: vor allem aus dem militärischen Bereich, aber auch Modewörter. Im allgemeinen wurde durch Fremdwörter Verächtliches bezeichnet, während die entsprechenden deutschen Ausdrücke eine positive Wertung bedeuteten.[6]

Die Auswahl der Wörter aus diesen Themenkreisen diente vor allem einem Ziel: der Verbreitung und propagandistischen Durchsetzung von Volksgemeinschaftsideologie, Nationalismus, Rassismus, Irrationalismus, Puritanismus, Kulturpessimismus, Militarismus und Antisemitismus.[7]

Untersuchungsaufbau

Bei der Auswahl rechtsextremer Medien für diese Analyse konnte auf die Bestände des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zurückgegriffen werden.

Die einzelnen Artikel, die inhaltsanalytisch untersucht wurden, sollten Meinungskommentare aus aktuellen Periodika sein, das heißt, nicht älter als zehn Jahre. Wichtig war auch, daß verschiedene Themenkreise abgehandelt wurden, um die Gefahr einer Verzerrung möglichst zu vermeiden.

Die Suche nach solchen Meinungskommentaren erwies sich als überraschend leicht; die untersuchten Medien bestehen zu einem guten Teil aus Kommentaren. Die Themenkreise selbst sind stark beschränkt: Berichte von Prozessen gegen Mitglieder der jeweiligen Organisationen, "Richtigstellungen" zur "deutschen" Geschichte und immer wieder - die "Auschwitz-Lüge".

Letzlich wurden folgende Medien ausgewählt: *Sieg*, *Klartext*[8], *Halt* und die *Huttenbriefe*[9].

Bei der Analyse selbst ging es nicht darum, den rechtsextremen Charakter der Medien nachzuweisen - dieser ist manifest. Es sollte vielmehr untersucht werden, ob die bestimmenden Elemente der nationalsozialistischen Sprache auch im heutigen rechtsextremen Schrifttum dominieren, oder ob sich neue Strukturen herausgebildet haben.

Die Kategorien für die Analyse können leicht aus den Ausführungen von Seidel und Seidel-Slotty abgeleitet werden; im Überblick seien noch einmal die drei Gruppen zusammengefaßt:

Stilistische Kategorien

Kategorie	Indikator
Häufung des Ausdrucks	gehäufte Ausdrücke (nicht nur Synonyme), Tautologien, auffällige Wiederholungen
Metaphern	ausdruckssteigernde Bilder
Pathos/Schwulst	übersteigerte Ausdrücke
Knappheit des Ausdrucks	Verkürzungen, stark ausdruckssteigernd
Einhämmern	einhämmernder Grundtenor ja/nein (dichotom)
Verschwommenheit des Ausdrucks	unpräzise Ausdrücke, Widersprüche, Klischees

Grammatikalische Kategorien

Kategorie	Indikator
Wortbildung mit Prä-, Suffixen	ungewöhnliche Wortbildungen mit Prä-, Suffixen
Wortbildung durch Zusammensetzungen	unübliche Wortzusammensetzungen, steigernd

Kategorien der Wortwahl

Kategorie	Indikator
Militärwesen	alle Begriffe aus der Militärsprache, alle Begriffe mit ähnlich gewaltsamen Konnotationen
Dynamik	Wörter mit dynamischer und mit gewaltsam-dynamischer Bedeutung, die nicht unter "Militärwesen" fallen
Blut und Boden	alle Wörter, die direkt mit „Blut/Boden" zu tun haben; alles, was in den Rahmen Volk-Land-Raum/Gesundheit/ Rasse/Mythos/Religion gehört (auch Ländernamen)
Gemeinschaft	alle Wörter, die eine positive (Volksgemeinschaft) oder negative Abgrenzung enthalten; Namen von Gruppierungen, Parteien, Organisationen etc.
Fremdwörter	unübliche oder wertend eingesetzte Fremdwörter

Aufgrund des kleinen Umfanges der Untersuchungseinheiten ist ein Vergleich der Ergebnisse zu den einzelnen Zeitschriften nicht möglich. Für eine erste Abschätzung der Tendenz können die Zahlen allerdings als Grundlage dienen.

[6] Ebd., 41 ff.

[7] Vgl. dazu die Definition des Rechtsextremismus bei: Herbert Schnetzinger: *Dimensionen rechtsradikaler Ideologie in Österreich nach dem 2. Weltkrieg*. Dipl., Linz 1978, 2; Brigitte Galanda: *Ideologie*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*. Wien 1981, 51-136; die Definitionen gelten auch für die NS-Zeit.

[8] DÖW-Nr.: RE 69/8/1.

[9] DÖW-Nr.: RE 31/14/1.

Die ausgewählten Artikel

Aus den untersuchten Publikationen wurden je zwei Kommentare der Analyse unterzogen. Die einzelnen Artikel sind: *Apartheid*[10], *Jetzt fliegen die Fetzen*[11], *Was ist Demokratie?*[12], *Die Wahrheit wird siegen*[13], *Sollen meine Bücher brennen?*[14], *Der Judas von Rinn*[15], *Die Lage der deutschen Kultur*[16] und *Gedanken zur Wintersonnenwende*[17].

In *Apartheid* verteidigt der Autor die Rassentrennung, *Jetzt fliegen die Fetzen* ist eine äußerst aggressive Kampfansage an "Asylbetrüger". Norbert Burger rechnet 1980 in *Was ist Demokratie?* mit der damaligen Regierung Kreisky ab, in *Die Wahrheit wird siegen* versucht er, deutsche Kriegsverbrechen durch den Hinweis auf Verbrechen der Alliierten und der Kommunisten zu relativieren. *Sollen meine Bücher brennen?* von Gerd Honsik ist ein typischer Prozeßbericht, während derselbe Autor in *Der Judas von Rinn* gegen Bischof Stecher, Abtreibung, Freimaurerei, Ausländer und Israel polemisiert. Lisbeth Grolitsch schließlich schreibt in *Die Lage der deutschen Kultur* und *Gedanken zur Wintersonnenwende* gegen Sexualität und Popmusik und für Volksgemeinschaft und Rassenhygiene.

Einige Zitate, die unter die Kategorie "Verschwommenheit" fallen, sollen die Autoren etwas näher vorstellen:

So heißt es etwa in *Apartheid*: "(...) weil der Streit um das Kap mit unserem Freiheitskampf sehr viel gemeinsam hat"; und "Die Buren (...) stehen in ihrem Kampf (...) so allein, wie die Deutschen es in den zwei Weltkriegen erleben mußten": Offen bleibt, welcher "Freiheitskampf" gemeint ist, wie überhaupt das ganze hier skizzierte Geschichtsbild arg in allen Fugen kracht.

In *Jetzt fliegen die Fetzen* beschwört der Autor Entsetzen über seine Leser herauf, mit dem apokalyptischen Satz: "Die Feinde befinden sich im eigenen Land." Eigentlich müßte er ja froh sein, daß sie sich nicht in seinem Land aufhalten; oder meint er gar: "Wir haben Feinde im eigenen Land"?

Burger hingegen treibt in *Was ist Demokratie?* politische Bildung:

> Die Tatsache, daß in unserer Heimat die Demokratie als Staatsform jeweils dann eingeführt wurde, wenn sich das Volk in allergrößter Not befand, nämlich 1918 und 1945, und die Tatsache, daß die sich daran anschließende politische Praxis höchst unerfreuliche Blüten getrieben hat, war nicht geeignet, einen Begeisterungssturm in der Bevölkerung auszulösen.

Ein Grund für die mangelnde Begeisterung mag vielleicht gewesen sein, daß sich - ganz im Gegensatz zu vorher - nach 1945 eine "Diktatur der Systemparteien bis hinein in die letzten Bereiche des menschlichen Lebens" etablierte.

Auch Honsiks Feindbilder sind klar definiert und emotional überhöht, etwa in *Sollen meine Bücher brennen?*: In dem Satz "Die alliierte Kollaboration rotschwarzer Prägung wittert ihr Morgenrot" werden gar Regierung und Alliierte in einen Topf geworfen. In früheren Zeiten beschränkte sich der Witterungssinn noch auf Morgen*luft*.

Im selben Artikel definiert Honsik *echte* Demokratien über den Umweg der Gewaltanwendung: Gerichtliche Voruntersuchungen seien "ein psychologisches Druckmittel, auf das Scheindemokratien, wie die unsere, die ja Folter (...) auszuüben zu schwach sind, nicht verzichten können!"

Und schließlich erfahren wir aus seiner Feder noch die größte Unbill, die einem widerfahren kann: "Denn nichts ist schlimmer, als gegen seinen Willen heutzutage von einem österreichischen Gericht als Nationalsozialist klassifiziert zu werden!"

Aber Honsik ist auf allen Gebieten beschlagen. In *Der Judas von Rinn* prangert er die "Glorifizierung der Abtreibung (...) und die Beseitigung traditioneller Privilegien der Frauen und Mütter" durch die Regierung an. Leider verabsäumt er eine nähere Definition dieser "Privilegien".

Die Abschaffung des Kultes des "Anderl von Rinn" und eine damit verbundene Ehrung für Bischof Stecher deutet er hellsichtig als "Engagement des 'Tiroler' Bischofs in der Umvolkungsfrage", und als Höhepunkt bezeichnet er noch Professor Allerhand als "Wiener Repräsentant der atheistischen Weltregierung".

Lisbeth Grolitsch schließlich blickt in *Die Lage der deutschen Kultur* weit zurück:

> Die Menschheitsgeschichte verfügt über mindestens 5000 Jahre alte Erfahrungen, wie der Feind auch ohne militärische Mittel die Lebenskraft eines Volkes lähmen kann.

Sie macht den Lesern Mut, in Voraussicht auf die "Zeit, in der es uns gelingen muß, unser Artbild durchzutragen" - "Jedoch dürfen die Wirkungen fremdartiger und zersetzender Einflüsse nicht unterschätzt werden".

Die *Gedanken zur Wintersonnenwende* letzten Endes überraschten sie offensichtlich zu einem höchst nachdenklichen Zeitpunkt: War der Mensch zuerst durch seinen Erkenntnistrieb "drangvoll zum Individualisten geworden", so mußte er letztlich doch die Volksgemeinschaft als seine seelische Heimat erkennen: "Die Geschlechterreihe führt das Leben von Ewigkeit zu Ewigkeit." Daher erschließen sich die Lebensprozesse eines Volkes "nicht so sehr aus der politischen Geschichte (...)

---

[10] (?) Kemper: *Apartheid. Eine Betrachtung über den Normalfall aus unserer Sicht*. In: *Sieg. AJ Pressedienst*, 8/1988, 15-17.

[11] N. N.: *Jetzt fliegen die Fetzen. Tumulte in der Bürgerschaft*. In: *Sieg*, 12/1990, 19 f.

[12] Norbert Burger: *Was ist Demokratie?* In: *Klartext. Zeitung für NATIONALE Politik*, 12/1980, 1.

[13] Norbert Burger: *Die Wahrheit wird siegen. Götterdämmerung für die Umerzieher*. In: *Klartext. Zeitung für Freiheit und Menschenrechte*, 1/1990, 1f.

[14] Gerd Honsik: *Sollen meine Bücher brennen? Die Gedichtbandprozesse! Die Nebenprozesse! 6 Anklageschriften in 8 Wochen! 5 Jahre Voruntersuchung! Regie: Oberstaatsanwalt Dr. Olscher*. In: *Halt*. Sonderausgabe, Nr. 34, Jänner/Februar 1987, 1.

[15] Gerd Honsik: *Der Judas von Rinn: Sanctus zum Völkermord! Stecher paktiert mit den Logenbrüdern! Ein volksvergessener Bischof verschachert seine Herde!* In: *Halt. Dem deutschen Volke verpflichtet*, Nr. 57, Jänner/Februar 1991, 1 f.

[16] Lisbeth Grolitsch: *Die Lage der deutschen Kultur*. In: *Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht*, 3/1983, 8 f.

[17] Lisbeth Grolitsch: *Gedanken zur Wintersonnenwende*. In: *Huttenbriefe*, 5+6/1987, 1f.

Tabelle 1:

	Sieg		*Klartext*		*Halt*		*Huttenbriefe*	
	8/88	12/90	12/80	1/90	Nr. 34	Nr. 57	3/83	5+6/87
Häufung des Ausdrucks	13	9 [10]	5	6	6	9	5	10
Metaphern	2	3	2	6	4 [5]	5	-	3
Pathos/Schwulst	11 [12]	11	3	7	11	21	10	8
Knappheit des Ausdrucks	-	-	-	-	-	-	-	-
Einhämmern	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Verschwommenheit des Ausdrucks	9	7	5	9	7	13	11	15

wie aus den lebensgesetzlichen Abläufen unserer Volkstumsgeschichte". Und daraus wird die Warnung verständlich: "Wer aber 'den Menschen' als höchstes Ziel aller Politik betrachtet, hat das 19. Jhdt. noch nicht überwunden." Dabei wähnten wir uns schon viel weiter!

Ergebnisse der Analyse

Die Auswertung des Stils der Autoren brachte folgendes Ergebnis, das in Tabelle 1 dargestellt ist (Die Zahlen in eckiger Klammer beinhalten auch die Wörter, die im jeweiligen Text unter Anführungszeichen stehen).

Im stilistischen Bereich kann man durchaus einige Muster der NS-Sprache in diesen Artikeln wiederfinden: Die Autoren hegen eine gewisse Vorliebe für Häufungen und den Einsatz von pathetischen und emotional eingesetzten Wendungen und Phrasen.

Ein Beispiel für "Häufung" aus *Apartheid*: "Kampf um die Herrschaft, (...) kein Krieg im herkömmlichen Sinn, (...) innenpolitischer Kampf, (...) ein Kampf, (...) einen Krieg, einen Verleumdungskrieg, einen Propagandakrieg".

Als Meister des Pathos erweist sich Honsik im *Judas von Rinn*. Einige Beispiele daraus: "Dem Volkstod steht nichts mehr im Wege", "und so für Mord und Raub Partei ergriff", "Schächtung des Abendlandes", "Wortführer der Fünften Kolonne der jüdischen Freimaurerei", "die rassistisch motivierten Begattungsversuche", "der unredliche Makler, (...) für nichts als Rabbinerlob", "ein Logenbruder in Bischofsgestalt".

Bildungen, die unter die Kategorie "Knappheit" gefallen wären, konnten nicht gefunden werden. Das liegt zum einen an der etwas problematischen Definition von Seidel und Seidel-Slotty[18], zum anderen daran, daß die untersuchten Autoren nicht die Raffinesse besitzen, derartige Stilmittel zu verwenden.

Im Gegensatz dazu ergibt sich ganz klar die Fortführung grundsätzlicher Stilmittel der NS-Sprache: "Einhämmern" durch redundante Verwendung von Wörtern und "Bildern" (damit zusammenhängend auch die Verwendung gehäufter Ausdrücke) und die "Verschwommenheit des Ausdrucks".

Die Analyse der grammatikalischen Muster und der Wortwahl ergab jenes, in Tabelle 2 dargestelltes Bild (Die Zahlen in eckiger Klammer beinhalten wiederum Wörter, die im jeweiligen Text unter Anführungszeichen stehen).

Auffällig ist zunächst, daß Wortbildungen, wie sie in der Sprache des Nationalsozialismus so häufig zu finden sind, fast zur Gänze fehlen. Mehrere Gründe sind dafür denkbar. Sehr wahrscheinlich scheint mir, daß sich die Autoren davor scheuen, allzu offensichtlich an die Schreibweise im "Dritten Reich" anzuknüpfen. Denn bei oberflächlicher Lektüre erkennt man zwar die "Herkunft" der Schreiber als stark "rechts", aber erst nach eingehendem Studium erschließt sich die Stärke der Annäherung an die "guten alten Zeiten" in ihrem ganzen Ausmaß.

Als eines der wenigen Beispiele für Wortbildung durch ein Präfix sei das dreimalige Vorkommen von "Umerzieher" in *Die Wahrheit wird siegen* genannt.

Die meisten Wortzusammensetzungen findet man in *Apartheid*, wie etwa "Loslösung", "Felsengestein", "Frontlinienstaaten", "Desinformations-Dauerfeuer" oder "Wagenburgmentalität", um nur einige zu nennen.

Völlig andere Ergebnisse zeitigt die Analyse der Wortwahl. Besonders stark sind die Bereiche "Militär", "Blut und Boden" und "Gemeinschaft" vertreten. Je nach dem Thema eines Artikels variiert die Anzahl der Wörter aus den einzelnen Bereichen: So findet man besonders viele Wörter aus der militärischen Sprache in *Apartheid* und in dem Artikel über sogenannte "Asylbetrüger", während so bodenständige Themen wie das "Anderl von Rinn" oder die "Wintersonnenwende" eher im Blut-und-Boden-Vokabular abgehandelt werden.

Eine Zählung der häufigsten militärischen Ausdrükke in dem Artikel *Apartheid* etwa ergibt, daß insgesamt zehnmal das Wort "Kampf", je fünfmal die Wörter "Auseinandersetzung" und "Krieg", viermal "Weltkrieg", je dreimal "Streit", "Schlacht", "kämpfen" und zweimal das Wort "Front" verwendet werden.

[18] Nach Seidel/Seidel-Slotty äußere sich "Knappheit" so, "daß manchmal an irgendeiner Stelle einer längeren Darlegung voller Steigerungen unvermittelt ein Gedanke sich in nüchterner Sprache ausgedrückt findet, sodaß die dadurch erzeugte gegensätzliche Spannung nur eine besondere Art der Steigerung darstellt." Seidel/Seidel-Slotty, *Sprachwandel*, 13.

Tabelle 2:

	Sieg		*Klartext*		*Halt*		*Huttenbriefe*	
	8/88	12/90	12/80	1/90	Nr. 34	Nr. 57	3/83	5+6/87
Wortbildung mit Prä-,Suffixen	-	-	-	3	-	3	1	-
Wortbildung durch Zusammensetzung	7 [8]	7 [8]	-	5 [7]	5	4	2 [3]	1
Militärwesen	65 [78]	23	21 [22]	39 [50]	18 [20]	40 [41]	27	18
Dynamik	10 [15]	24 [29]	9	5	17	12	13	16
Blut und Boden	30 [34]	33 [43]	26 [27]	14 [19]	14 [17]	115 [119]	37 [42]	70
Gemeinschaft	12	41 [59]	37 [38]	34 [41]	24	90 [94]	11	21
Fremdwörter	13 [15]	5 [6]	6	-	5	16	16 [19]	5

Die griffigsten dynamischen Wörter finden sich in *Jetzt fliegen die Fetzen*, wie schon der Titel ahnen läßt: Neben je zweimal "toben" und "Schärfe" finden sich des weiteren die Worte "Sturm", "schärfen", "losgehen auf", "sich überschlagen", "Tumult", "Wucht", "hereinbrechen", "hemmungslos", "entbrennen", "anrennen auf", "hinausjagen", "treten" und "aufs Kreuz legen".

Die meisten Blut-und-Boden-Wörter enthält wiederum *Judas von Rinn*. Allein vierzehnmal kommt das Wort "Österreich" vor, elfmal das Wort "Volk", sechsmal "Land", fünfmal "volksvergessen", dreimal "Bevölkerung" und je zweimal werden die Worte "Tod", "Ausmerzung", "ausmerzen", "Abtreibung", "Engelmacher", "Israel", "Untergang", "Abendland", "Einwanderung", "fremd", "gotteslästerlich", "Bereicherung", "bereichern" und "Transsylvanien" gebraucht.

Derselbe Artikel dominiert auch unangefochten in der Kategorie "Gemeinschaft": Zehnmal "jüdisch", neunmal "katholisch", sechsmal "Rassist", fünfmal "deutsch", je dreimal "Österreicher", "österreichisch", "Logenbruder", "atheistisch", "Ausländer", "Freimaurerei" sowie je zweimal "heimisch", "Kultusgemeinde", "Asylant", "Freimaurerloge", "tiroler", "antideutsch", "Welscher" und "rassistisch" sind dabei die am häufigsten benutzten Worte.

Wenig aussagekräftig sind die Zahlen über die Verwendung von Fremdwörtern. Jene Fremdwörter, die bereits in den heutigen Sprachschatz aufgenommen sind, wurden weggelassen, gleichzeitig wurden aber all die durchaus gebräuchlichen Fremdwörter aufgenommen, die leicht durch ein deutsches Wort hätten ersetzt werden können. Die Tendenz, Fremdwörter eher in abwertendem Sinn einzusetzen, ist klar gegeben.

In *Die Lage der deutschen Kultur* kann diese Aussage leicht überprüft werden, nicht zuletzt daran, daß einige dieser Wörter unter Anführungszeichen stehen: "morgenthauistisch", "Barbe(!)rei", "manipuliert", "frenetisch", "Massenidol", "Manipulation", "epileptisch", "hysterisch", "Rock", "Pop", "'positiv'", "'ethisch'", "'Gesellschaftskonvention'".

Verglichen mit der eindeutigen Bestätigung, was die Fortführung von Sprachmustern aus nationalsozialistischer Zeit betrifft, blieb die Suche nach neuen Mustern wenig ergiebig.

Die Versuche, mit Elementen des Schriftbildes - wie etwa Fettdruck, gesperrten Wörtern und Herausstreichen einzelner Begriffe - größeren Eindruck auf den Leser zu machen, würde ich unter den Begriff "rhetorische Qualität" einordnen.

Auch der in *Apartheid* und *Gedanken zur Wintersonnenwende* besonders strapazierte "wir"-Stil ist keine neue Erscheinung. Ihm entspricht in der Untersuchung der Wortwahl die Kategorie "Gemeinschaft" (wobei Wörter wie "wir", "unser" etc. nicht als Indikatoren gewertet wurden!).

Als letzte Gemeinsamkeit der meisten ausgewählten Texte kann die Häufung von grammatikalischen und Satzzeichenfehlern angesehen werden. Auch diese bilden natürlich kein neues Muster; sie werfen höchstens ein hartes Licht auf die Verfasser der Artikel.

Zusammenfassend sei noch einmal gesagt: Es findet sich in den untersuchten Artikeln eindeutig die Übernahme der meisten bei Seidel und Seidel-Slotty genannten nationalsozialistischen Sprachmuster wieder; einige Charakteristika fehlen ganz, eigene Muster haben sich - soweit man von dieser kleinen Stichprobe auf die Gesamtheit schließen kann - nicht entwickelt.

Eine Frage bleibt allerdings offen: Wie sieht es mit dem Fortleben nationalsozialistischer Sprachmuster in Medien aus, die nicht bewußt an die Traditionen des "Dritten Reiches" anknüpfen wollen? Etwa in Organen der "Heimatvertriebenen" (z.B. der Sudetendeutschen) oder der Südtiroler, die ja an und für sich keine rechtsextremen Gruppierungen darstellen?

Noch einen Schritt weitergeführt würde die Frage lauten: Wie sehr ist die politische Sprache in Österreich überhaupt von der NS-Herrschaft geprägt?

Denn erst wenn man die Untersuchung auf andere Bereiche der Gesellschaft ausdehnt, kann man wirklich beurteilen, ob rechtsextreme Gruppierungen mit ihrer betonten Übernahme der NS-Sprache alleine dastehen, oder nicht.

EVA KÖßLBACHER

Männliche Dominanz

Beiträge von Frauen und Männern in rechtsextremen Zeitschriften Österreichs am Beispiel von *Eckartboten, Mitteilungen des Freundeskreis der Stiftung Soziales Friedenswerk* und *Aula* (1959-1989)

Denn die Frauen von heute sind zwiespältige Wesen. Sie entwerfen von sich selbst, wie die Umfragen ergeben, ein verzerrtes Bild. Sie geben sich männlich in ihren Ansichten und oft auch in ihrem Verhalten. Gleichzeitig aber sind sie die Frauen geblieben, die sie seit Evas Zeiten waren.

(Jan ten Busch: *Die unverstandenen Frauen*. In: *Eckartbote*, Mai 1969, S.1.)

Die Rolle der Frau im Rechtsextremismus wurde in der Forschung bisher sehr wenig bearbeitet. In Österreich hat lediglich Brigitte Bailer-Galanda[1] zu diesem Thema eine Arbeit veröffentlicht. Aus der BRD liegen zwar mehrere Untesuchungen vor, definitive Aussagen über das geringe Engagement von Frauen und Mädchen innerhalb rechtsextremer Gruppierungen stehen aber nach wie vor aus. Ein Grund ist sicherlich die der Frau seitens der rechtsextremen Ideologie zugeschriebene soziale Funktion:

Wenn Frauen sich nicht aus freien Stücken für die Hausfrauen- und Mutterrolle entscheiden, sondern sich aufgrund unrealisierbarer Berufswünsche zur Übernahme dieser Aufgabe gezwungen sehen, werden sie in ihre traditionelle Rolle gedrängt.[2]

Daß Männer meinen, Frauen sollten auf die Berufstätigkeit verzichten, wenn Kinder unter zehn Jahren im Haushalt leben, darf aber nicht bloß als ein isoliertes Phänomen rechtsextremer Gesinnung betrachtet werden. „Man braucht (...) nicht bis ins rechtsextreme Spektrum zu gehen, um zu sehen, daß hier divergierende Ansprüche aufeinandertreffen."[3]

Birgit Meyer verweist zudem auf einen weiteren Aspekt gängiger Forschung:

Bei den Umfragen zum Rechtsextremismus unter Jugendlichen wird fast immer geschlechtsspezifisch vorgegangen, d.h. es werden überwiegend bis ausschließlich Jungen bzw. männerdominierte Gruppen befragt, um dann die Ergebnisse als die von allen Jugendlichen auszugeben.[4]

Wichtig ist - so Meyer weiter - geschlechtsspezifisch zu differenzieren, da sonst „der Anteil tatsächlich rechtsextremistisch orientierter Mädchen und deren spezifische Denk- und Aktionsmuster aus dem Blick geraten."[5]

Es ist aus mehreren Gründen sinnvoll, den Frauenanteil zu hinterfragen. Zum einen muß die Unattraktivität von rechtem Gedankengut und rechtsextremen Aktionen für Mädchen und Frauen keineswegs für alle Zeit bestehen bleiben.[6] Weiters muß berücksichtigt werden, daß besonders Mädchen oft innere Konflikte erleben. Ihre noch nicht aufgebaute Identität erschwert Entscheidungen in Risikosituationen. In dieser Lebenssituation können simple Lösungsmodelle nach rechtsextremem Strickmuster geschickt und politisch folgenreich einhaken.[7]

Frauen und Rechtsextremismus

Wird die Position der Frau im Rechtsextremismus hinterfragt, muß die Lebenswirklichkeit von Jungen und Mädchen mit der ihnen von rechtsextremer Ideologie zugeschriebenen Rolle in Zusammenhang gesehen werden. Obwohl Mädchen im Rechtsextremismus nicht gleichberechtigt behandelt werden, ihnen politisch und beruflich kein Platz eingeräumt wird, heißt das noch lange nicht, daß sie von vornherein immun gegen diese Geisteshaltung sind. So ist beispielsweise innerhalb der bundesdeutschen Partei der Republikaner, veranlaßt durch die Unattraktivität rechtsextremer Ideologie für Frauen, die Frage zum Diskussionspunkt geworden, inwieweit Perspektiven geändert werden müßten, um auch für Mädchen beziehungsweise Frauen attraktiv zu sein. Frauen ginge es - so argumentieren die Republikaner - um eine humane und lebenswerte Umwelt und nicht um Politik und Fragen des Alltags.

Doch selbst der Versuch die Frau ideologisch einzubinden, ändert nichts daran, daß ihre Freiheit eingeschränkt ist. Sie bleibt, bedingt durch den Männlichkeitskult, immer eine „Restgröße"; denn die Komponente des Sozialdarwinismus stempelt sie von vornherein zur Verliererin, und der Militarismus räumt ihr keinen Platz ein. Nur selektiv bestimmte Frauenrollen wie Mutter, Schwester und Kameradin bieten Identifikationsmöglichkeiten und sollen Frauen helfen, sich unter dem Schutz männlicher Stärke sicher zu fühlen.[8]

Alle diese Tendenzen sind in kapitalistischen und patriarchischen Gesellschaften Bestandteile der Normalität, die mehr oder weniger ausgeprägt und mehr oder weniger sanktioniert das Sozialverhalten mitbestimmt. Frauen und Mädchen wachsen zwischen den damit verbundenen Widersprüchen auf und arrangieren sich im jeweils erforderlichen Ausmaß mit den Bedingungen.[9]

---

[1] Brigitte Bailer-Galanda: *Frauen und Rechtsextremismus*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Jahrbuch 1989*, Wien 1989, 151-161, hier: 151. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Linzer Frauensommeruniversität 1988. Er stellt einen ersten Bearbeitungsversuch der Thematik „Frauen und Rechtsextremismus in Österreich" dar.

[2] Gertrud Siller: *Junge Frauen und Rechtsextremismus - Zum Zusammenhang von weiblichen Lebenserfahrungen und rechtsextremistischem Gedankengut*. In: *Deutsche Jugend*, 1/1991, 23-32, hier: 28.

[3] Cornelia Lohmeier: *Wie immun sind Mädchen gegen Rechtsextremismus?* In: *Deutsche Jugend*, 1/1991, 33-38, hier: 34.

[4] Birgit Meyer: *Mädchen und Rechtsextremismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1991, 601 - 611, hier: 602.

[5] Ebd.

[6] Vgl. Lohmeier, *Wie immun*, 33 f.

[7] Meyer, *Mädchen*, 605 ff.

[8] Lohmeier, *Wie immun*, 36 f.

[9] Ebd., 37.

Kießler und Däubler-Gmelin[10] stellen zwar die Unattraktivität rechter Programmatiken für die Lebensperspektiven der Frau fest, sie glauben aber, daß Entwicklungen, wie zum Beispiel Militärdienst für Frauen, Inhalte rechter Programme sehr wohl modernisieren. Auch kann eine weitere Verschlechterung der ökonomischen Situation die Mutterrolle aufwerten.

Nichtsdestotrotz stellen Frauen im Rechtsextremismus auch noch in den späten 80er Jahren ein untergeordnetes Randgruppenphänomen dar:

Die betonte 'Männlichkeit' rechtsextremer Gruppen und Parteien läßt Phänomene, die auch aus den angestammten Parteien bekannt sind, wie Unterrepräsentanz von Frauen, sehr deutlich werden. Während jedoch die parlamentarischen Parteien zumindest programmatisch für eine - wenn auch manchmal etwas eingeschränkte - Gleichberechtigung der Frauen eintreten, wird die untergeordnete Rolle der Aktivistinnen bzw. die Nicht-Vertretung der Frauen in der rechtsextremen Szene auch noch ideologisch untermauert.[11]

Bailer-Galanda stellt fest, daß sich Frauen im Hintergrund halten. Lediglich Gattinnen von Funktionären rechtsextremer Organisationen agieren unterstützend, indem sie als Leserbriefschreiberinnen an die Öffentlichkeit treten. In den Bereichen Sekretariat, Schriftführung und Verwaltung sind - jedoch nur in deutschnationalen Gruppierungen - Frauen Mitwirkende.[12] Bailer-Galanda verweist darauf, daß in der rechtsextremen Szenerie Österreichs der 70er und 80er Jahre Frauen einen Anteil von etwa vier Prozent hatten.[13] Lediglich Lisbeth Grolitsch, die Leiterin der Deutschen Kulturgemeinschaft Europäischen Geistes (DKEG) befindet sich in einer führenden Position.[13]

Exakte Zahlenangaben darüber, wie hoch der Anteil aktiver Frauen in rechtsextremen, rechtsradikalen und neofaschistischen Publikationen ist, liegen nicht vor. Jedoch zeigen die Feststellungen Brigitte Bailer-Galandas deutlich, daß Frauen in rechtsextremen Gruppierungen unterrepräsentiert sind. Diese erfreuliche Tatsache bedeutet, daß, wenn die Frau, so wie im „Dritten Reich", auf ihre biologische Funktion fixiert wird, weibliche Mitarbeiter zu Alibi Frauen werden. Da hinsichtlich rechtsextremer Publizistik kein emanzipatorischer Anspruch zu erheben ist und seitens rechtsextremer Ideologie ohnehin den Frauen kein Recht auf Selbstverwirklichung zugestanden wird, stellt sich zudem zwangsläufig die Frage, worin Mitarbeiterinnen eigentlich ihre Aufgabe sehen. Erhebt Lisbeth Grolitsch den Anspruch, „sich als nationalsozialistische Dame, als 'Hohe Frau' (...) verhalten zu können"[14], indem sie sich politisch engagiert und dadurch rechtsextremer Logik zuwiderläuft? Oder sind Aktivistinnen als Reservearmee[15] zu sehen?

Diese Überlegungen seien nur kurz angerissen; wie das Selbstbild und das journalistische Berufsbild rechtsextremistischer Frauen tatsächlich aussieht, kann nicht beantwortet werden. Der hier eruierte quantitative Frauenanteil liefert zwar geschlechtsspezifische Aussagen über den publizistischen Teilbereich „rechtsextreme Zeitschriften", kann aber keine Erklärungsmodelle diesbezüglich geben.

Journalistinnen in Österreich - Ein allgemeiner Überblick

Im Tages- und Wochenzeitungsjournalismus waren am Beginn der Zweiten Republik sieben Prozent Frauen als Redakteurinnen beschäftigt; „auf den Chefredationssesseln saßen ausschließlich Männer."[16]

Auch in den darauffolgenden Jahren sind die Arbeitsbedingungen im Journalismus für Frauen schlecht. Die 1965 von Elisabeth Zaunbauer veröffentlichte Dissertation *Die Stellung der Frau in der Wiener Tagespresse in der Zweiten Republik zwischen 1945 und 1960*[17]

erfaßte mittels Fragebogen 32 Journalistinnen (...). Davon waren 21 Frauen bei Tageszeitungen, 11 bei Wochenzeitungen tätig. Von den 21 Tageszeitungsjournalistinnen waren 19 (90,5%) als Vollredakteurinnen und zwei als Volontärinnen beschäftigt; in einer leitenden Position befand sich also keine der Befragten. Allgemeine Zahlen über Journalistinnen scheinen in dieser Arbeit nicht auf.[18]

1975 ergab eine Umfrage in den Redaktionen von 17 Tageszeitungen, daß 27,8% der Journalisten weiblich, 72,2% männlich waren: „Dies entspricht in etwa einem Verhältnis von 1:4."[19]

In der Statistik der Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe (KMfB)/Sektion Journalisten vom März 1981[20] betrug das Verhältnis von Frauen und Männern im Tageszeitungsjournalismus 1:6. Hinsichtlich dessen,

---

[10] K. Kießler/H. Däubler-Gmelin: *Die Rechtsaußenparteien und die Frauen*. In: R. Seelinger (Hrsg.): *Grauzone zwischen Union und der Neuen Rechten*. München 1990.

[11] Bailer-Galanda, *Frauen*, 154.

[12] Ebd.

[13] Ebd. - Der Anteil wurde errechnet auf Basis der „Rechtsextremismus - Kartei" des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Wien. Darin wurden seit dem Anfang der 70er Jahre Namen von ca. 3000 rechtsextremen Personen gesammelt, die als Beiträger von Artikeln in rechtsextremen Publikationen, als Leserbriefschreiber, als Referenten bei einschlägigen Veranstaltungen sowie als Funktionäre von deutschnationalen und rechtsextremen Organisationen in Erscheinung traten.

[14] Magret Lück: *Die Frau im Männerstaat. Die gesellschaftliche Stellung der Frau im Nationalsozialismus. Eine Analyse aus pädagogischer Sicht*. Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1979, 74.

[15] Karin Berger: *Zwischen Eintopf und Fließband. Frauenarbeit und Frauenbild im Faschismus. Österreich 1938-1945*. Wien 1984, 3 ff.

[16] Fritz Hausjell: *Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947)*. 2 Bde., Frankfurt a.M./Bern/NewYork/Paris, 1989, hier: Bd. 1, 311.

[17] Elisabeth Zaunbauer: *Die Stellung der Frau in der Wiener Tagespresse in der Zweiten Republik zwischen 1945 und 1960*. Phil. Diss., Wien 1965.

[18] Daniela Jentzsch/Gaby Schilcher: *Ein Leben ohne Lobby? Journalistinnen in Österreich*. In: Hans Heinz Fabris/Fritz Hausjell (Hrsg.): *Die vierte Macht. Zur Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945*. Wien 1991, 217-240, hier: 222.

[19] Ebd.

[20] Ebd.

		1959	1969	1979	1989	4 Jge.
Männer	Artikel	39,5	40,1	48,8	42,2	42,8
	Gedichte	21,4	20,4	28,6	36,7	26,5
	Artikel + Gedichte	60,9	60,5	77,4	78,9	69,3
Frauen	Artikel	1,4	2,6	1,5	4,1	2,4
	Gedichte	3,7	6,6	13,5	11,0	8,8
	Artikel+Gedichte	5,1	9,1	15,0	15,1	13,1
Zitate fremder Quellen		6,5	16,8	2,4	1,8	7,3
Redaktionelle Beiträge		16,3	6,9	0,79	0,46	5,9
Deutsche Dichter		11,2	6,6	4,3	3,7	6,4
Gesamt n=100%		215	274	252	218	959

Tabelle 1: Inhaltskategorisierung des *Eckartboten*[29]

daß von den insgesamt 327 freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen 20,5% Frauen waren, scheint sich seit 1975 nicht allzu viel an der geschlechtsspezifischen Verteilung im Journalistenmetier verändert zu haben.[21]

Geringes Prestige kennzeichnet auch in den 80er Jahren die Arbeitssituation von Journalistinnen.[22]

Die von Jentzsch/Schilcher 1985 durchgeführte Untersuchung erfaßt zwei Drittel der österreichischen Tageszeitungsjournalistinnen:

In 19 Redaktionen waren 1985 insgesamt 71 Redakteurinnen und 431 Redakteure beschäftigt. Diese Zahlen entsprechen dem Verhältnis von rund 1:6, was dem Zahlenverhältnis der in der Gewerkschaft organisierten Jouranlist/innen entspricht.[23]

Die Studie spricht die berufliche und private Situation von Journalistinnen an und bietet einen Querschnitt beruflicher Qualifikationen im Untersuchungszeitraum 1965 bis 1985.

So betrug der Akademikeranteil im Jahre 1985 bei den Kolleginnen 25,1%, bei den Kollegen 19,2%. Die Differenz zwischen Frauen und Männern mit Hochschulabschluß ist also merklich geringer geworden.[24]

Es läßt sich also festhalten, daß 1945 der Frauenanteil in der österreichischen Tagespresse acht Prozent betrug, 1981 im Tageszeitungsjournalismus 13,9%, in der Wochenpresse 15,5%. 1985 stieg der Anteil weiblicher angestellter Mitarbeiter bei Tageszeitungen und Wochenzeitungen auf 14,4% beziehungsweise 17,5% an.[25] Die von Jentzsch/Schilcher durchgeführte Analyse sagt allerdings nur über kollektivvetraglich angestellte Journalistinnen etwas aus. Freie Mitarbeiterinnen sind nicht prozentual erfaßt.

Betrachtet man die gängige Praxis in der männerdominierten Welt des Journalismus in den einzelnen Ressorts, nämlich „daß in der Regel den Männern die erste Auswahl in jeder Hinsicht zugestanden wird - Frauen sollen sich mit dem Rest zufriedengeben"[26], so müssen rechtsextreme, rechtsradikale und neonazistische Blätter für eine karrieroorientierte Journalistin in zweierlei Hinsicht eine Hürde darstellen: Das weibliche Geschlecht ist in der allgemeinen Publizistik bereits unterrepräsentiert. In rechtsradikalen Organisationen müssen sich Frauen verstärkt engagieren, um überhaupt eine Chance zu haben, sich in dieser Berufssparte etablieren zu können. Dieser emanzipatorische Anspruch widerspricht aber rechtsextremistischen Erwartungshaltungen; denn rechtsextreme Gruppierungen schränken die Frau von vornherein ein,

indem sie (...) den Inhalt der Volksgemeinschaftsideologie in ihre Programme aufnehmen. Die untergeordnete Rolle der Frau in der Volksgemeinschaft wird durch biologische Argumente untermauert und mystifiziert.[27]

Doch nicht bloß die Komponente der Volksgemeinschaftsideologie gibt Hinweise auf die reaktionäre Rollendefinition des Frau-Seins, auch der „sittliche Puritanismus", ein weiterer Aspekt rechtsradikaler Ideologie, läßt Rückschlüsse zu: Das Individuum hat sich innerhalb der patriachalen Familienstruktur unterzuordnen. Jede nicht angepaßte Umgangsform, wie das Recht auf Selbst- und Mitbestimmung, autonome und emanzipatorische Bestrebungen sind verpönt. Die Idealisierung der Mutterschaft dient als Mittel, um in Frauen kein sexuelles Bewußtsein aufkommen zu lassen.[28]

Die strenge familiäre Bindung, die der Frau durch die kleinbürgerliche Familienstruktur zugeschrieben wird, hemmt zwar grundsätzlich berufliche Selbstverwirklichung, scheint aber andererseits für einige Frauen kein Hindernis zu sein, sich dennoch aktiv am journalistischen Vermittlungsprozeß zu beteiligen.

[21] Ebd.

[22] Irene Neverla/Gerda Kanzleitner: *Journalistinnen - Frauen in einem Männerberuf*. Frankfurt a.M./New York 1984.

[23] Jentzsch/Schilcher, *Lobby*, 224.

[24] Ebd., 226.

[25] Ebd., 237.

[26] Ebd., 228.

[27] Herbert Schnetzinger: *Dimensionen rechtsradikaler Ideologie in Österreich nach dem 2. Weltkrieg*. Dipl., Linz 1978, 29 f.

[28] Ebd.

[29] Durchgesehen wurden folgende Rubriken: „Gedenktage", „Wir halten Umschau", „Aus der Freundschaft", „Aus dem Bücherverkauf" bzw. „Wir empfehlen aus der Eckartschriftenreihe", „Aus Briefen, die uns Freude machen", „Briefkasten", „Veranstaltungen", „Vorschau", „Todesfälle", „Geburtstage", „Heiteres" und „Persönliches".

		1959	1969	1979	1989	4 Jge.
Männer	Artikel	23,1	21,4	32,1	29,0	26,8
	Gedichte	5,1	1,8	1,7	4,8	3,3
	Artikel + Gedichte	28,2	23,2	33,8	33,8	30,1
Frauen	Artikel	5,1	3,6	3,6	3,2	3,8
	Gedichte	-	-	1,8	1,6	0,9
	Artikel+Gedichte	5,1	3,6	5,4	4,8	4,7
Zitate fremder Quellen		5,1	16,0	26,8	17,7	17,4
Redaktionelle Beiträge		61,5	53,6	28,6	35,5	43,2
Deutsche Dichter		-	3,6	5,4	8,0	4,7
Gesamt n=100%		39	56	56	62	213

Tabelle 2: Inhaltskategorisierung der *Mitteilungen - Freundeskreis Stiftung soziales Friedenswerk*

Analysekriterien

Anhand der inhaltsanalytisch-quantifizierenden Untersuchungen der Zeitschriften *Eckartbote, Mitteilungen - Freundeskreis der Stiftung Soziales Friedenswerk* und *Aula,* durchgeführt jeweils an den Jahrgängen 1959, 1969, 1979 und 1989, ließen sich Position und Status von Frauen in der rechten Publizistik determinieren.

Bei der Durchsicht der Zeitschriften wurde klar, daß die alleinige Trennung in „männliche" und „weibliche" Beiträge wenig Aussagewert hätte. Eine reine Häufigkeitsanalyse ließe nur eingeschränkte Schlußfolgerungen zu. Deshalb galt die Vermittlerinstanz, das heißt jede Texteinheit auf ihre Quelle hin zu überprüfen, als zusätzliches Kriterium für die Kategorisierung.

Aufgrund der strukturellen Merkmale der Zeitschriften war es nicht notwendig alle Texteinheiten zu codieren.[30]

Die Zuordnung fand nach folgenden Kategorien statt:

Kategorie A: von Männern geschriebene Artikel.

Kategorie A': Von Männern verfaßte Gedichte.

Kategorie B: Von Frauen publizierte Artikel.

Kategorie B': Von Frauen veröffentlichte Gedichte.

Kategorie C: All jene Beiträge, bei denen der Name des Schreibers nicht angeführt wurde und bei denen keine Quellenangabe vorhanden war.

Kategorie D: Fremde Quellen bilden die Grundlage des Artikels. Dazu zählen aus anderen Zeitschriften abgeschriebene Berichte und wiedergegebene Passagen aus Büchern, ebenso jene Artikel, die nicht namentlich gezeichnet sind, jedoch eine Quellenangabe aufweisen.

Kategorie E: Sie steht ausschließlich für von bekannten deutschen Klassikern verfaßte Lyrik.[31]

Bei nicht zu identifizierenden Namenskürzungen (Pseudonyme oder Kürzel) erfolgte keine Zuordnung.

Vom *Eckartboten* und von der *Aula*[32] wurden pro Jahrgang jeweils elf Nummern, von den *Mitteilungen - Freundeskreis Stiftung Soziales Friedenswerk* je vier Hefte quantifiziert.

Fallbeispiele

Die Durchsicht des *Eckartboten* ergab folgendes Bild: Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, nimmt beim *Eckartboten* die Zahl der nicht zu identifizierenden Schreiber, sie wurden der Kategorie „Redaktion" (D) und der Kategorie „Fremde Quellen" (C) zugeordnet, von 1959-1989 beziehungsweise von 1969-1989 ab. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die ihre Identität verbergen, werden weniger. Interessant ist, daß in den Jahrgängen 1959 und 1969 das Geschlecht von wesentlich mehr Schreibern und Schreiberinnen nicht zu identifizieren ist, als in den Jahren 1979 und 1989.

Von Frauen publizierte Artikel sind im *Eckartboten* eine Seltenheit. Gedichte von Frauen werden zwar häufiger veröffentlicht, doch in Relation zu den von Männern verfaßten lyrischen Kleinformen gesetzt, wird der erheblich geringere prozentuale Anteil ersichtlich.

Von Männern publizierte Artikel ergeben im Vergleich mit von Frauen verfaßten in Summe, das heißt alle vier Jahrgänge zusammen, ein Verhältnis von 17:1. Die einzelnen Jahrgänge isoliert betrachtet, läßt erkennen, daß 1959 (28:1) und 1979 (30:1) wesentlich weniger Frauen schrieben. Hingegen ergab der Vergleich zwischen von Frauen und Männern verfaßten Artikeln aus dem Jahre 1969 das Verhältnis 15:1. Im Jahre 1989 waren Frauen am produktivsten (10:1).

[30] Verantsaltungshinweise, Leserbriefe, Buchbesprechungen und Vereinsnachrichten wurden nicht der Kategorie D zugeordnet.

[31] Lediglich in der Dezember Nummer der *Aula* war ein Gedicht von Goethes Mutter und eines von Maria Ebner-Eschenbach abgedruckt. Es erschien nicht sinnvoll deswegen die Kategorie E' einzuführen. Die beiden Gedichte wurden B' zugeordnet.

[32] Von der *Aula* Jahrgang 1989 wurden nur zehn Hefte durchgesehen. Es war nicht möglich rechtzeitig in einer Bibliothek diesen Jahrgang vollständig zu erhalten. Selbst im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes fehlte die Mai-Nummer.

		1959	1969	1979	1989	4 Jge.
Männer	Artikel	63,2	74,6	64,5	53,3	62,0
	Gedichte	-	1,5	-	-	0,3
	Artikel + Gedichte	63,2	76,1	64,5	53,3	62,3
Frauen	Artikel	0,6	0,8	1,6	0,2	0,7
	Gedichte	1,2	-	-	-	0,3
	Artikel+Gedichte	1,8	0,8	1,6	0,2	1,0
Zitate fremder Quellen		3,0	11,5	9,5	15,6	10,6
Redaktionelle Beiträge		15,0	10,0	21,9	31,1	21,5
Deutsche Dichter		16,9	1,5	2,1	-	4,6
Gesamt n=100%		166	130	192	257	745

Tabelle 3: Inhaltskategorisierung der *Aula*

Eigentümer und Herausgeber des *Eckartboten* ist der „Schutzverein österreichische Landmannschaft"[33]. Diese Organisation und der „Freundeskreis - Stiftung Soziales Friedenswerk" gehören neben zahlreichen anderen Gruppierungen den deutschnationalen Kulturverbänden an.

Es handelt sich dabei um relativ harmlose Gruppen, deren Hauptaugenmerk der deutsch-völkischen Kulturarbeit gilt. Diese Organisationen betreiben vor allem Traditionspflege in kulturellen Angelegenheiten.[34]

Von den *Mitteilungen - Freundeskreis Stiftung Soziales Friedenswerk* gibt es fünf Bundesländer-Ausgaben (Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Niederösterreich und Burgenland) und eine Wiener Ausgabe. In dieser Untersuchung wurde die Salzburger Ausgabe kategorisiert.[35]

An dieser rechtsextremen Zeitschrift arbeiteten Frauen in den untersuchten Jahrzehnten kontinuierlich mit. Jedoch sank der Anteil schreibender Frauen. Nachvollziehbar ist das anhand der von Männern und Frauen geschriebenen Artikel. 1959 und 1989 wurden je zwei von Frauen veröffentlicht; doch wurden im 89er-Jahr doppelt so viele von Männern verfaßte Beiträge publiziert als 1959. In Summe beträgt der Anteil schreibender Frauen, wie Tabelle 2 entnommen werden kann, 4,7%. Die von weiblichen und männlichen Autoren publizierten Beiträge stehen im Verhältnis 1:6,4. Auf einen von einer Frau veröffentlichten Artikel kommen sieben von Männern geschriebene. Zwei von 19 Gedichten stammen von Lyrikerinnen.

Die Zeitschrift 'Aula' veröffentlicht Nachrichten und Mitteilungen verschiedener rechtsextremistischer Organisationen. Der Verlag wird getragen von der 'Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs'.[36]

Geschäftsführer des Aula-Verlages ist der NDP-Aktivist[37] Herwig Nachtmann.[38]

Gerade durch die Zeitschrift 'Aula' (...) sind die (Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Akademikerverbände, Anm.d.Verf.), die wohl eher als gemäßigt deutschnational als rechtsextrem anzusehen sind, ständig rechtsextremen Einflüssen ausgesetzt.[39]

Frauen scheinen in Akademikerverbänden nichts verloren zu haben. Wie aus den Kategorien B und B' der Tabelle 3[40] hervorgeht, ist der Anteil weiblicher Schreiberinnen verschwindend gering. Auf 84 Artikel von Männern kommt einer von einer Frau.

Resümee

Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß weibliche, engagierte Mitarbeiterinnen und Frauen in führenden Positionen in rechtsextremen Gruppierungen eine Seltenheit sind. In diesem sozialen Randbereich hat sich die Frau in der Berufssparte der Journalistin noch weniger behauptet als in der allgemeinen Publizistik. Als Schreiberinnen kommen Frauen innerhalb aller vier untersuchten Jahrgänge durchschnittlich auf einen Artikelanteil von 2,3%. In einigen Jahrgängen wurde von Frauen zwar mehr publiziert; so kann im Jahrgang 1969 des *Eckartboten* ein

[33] Vgl. dazu: *Organisationen. Liste der Organisationen. Liste führender Persönlichkeiten.* In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945.* 5. Aufl., Wien 1981, 171-225, hier: 208.

[34] Walter Paulhart: *Die extreme Rechte in Österreich.* Dipl. Wien 1989, 116.

[35] Weggelassen wurden „Verlautbarungen", „Danksagungen" und „Leserbriefe". Die lezte Seite („Verlautbarungen der Landesstelle Salzburg") wurde ebenfalls nicht erfaßt.

[36] Paulhart: *Die extreme Rechte*, 117.

[37] NDP= Nationaldemokratische Partei. Siehe: *Liste führender Organisationen*, 195-198.

[38] *Besondere Aspekte. Studentische und akademische Vorfeldorganisationen.* In: Dokumentationsarchiv, *Rechtsextremismus*, 320. Siehe auch Impressum *Aula* 1989.

[39] *Organisationen. Vorfeldorganisationen.* In: Ebd., 168.

[40] Verbandnachrichten und Nachrichten aus den Kooperationen, abgedruckt unter „Akademisches Leben", „Junges Leben" und „Der Fachstudent", sowie Leserneinungen wurden nicht quantifiziert.

alle 4 Jahrgänge		*Eckartbote*	*Mitteilungen-FSSF*	*Aula*
Männer	Artikel	42,8	26,8	62,0
	Gedichte	26,5	3,3	0,3
	Artikel + Gedichte	69,3	30,1	62,3
Frauen	Artikel	2,4	3,8	0,7
	Gedichte	8,8	0,9	0,3
	Artikel+Gedichte	13,1	4,7	1,0
Zitate fremder Quellen		7,3	17,4	10,6
Redaktionelle Beiträge		5,9	43,2	21,5
Deutsche Dichter		6,4	4,7	4,6
Gesamt n=100%		959	213	745

Tabelle 4

Verhältnis von 1:6[41] festgestellt werden. Doch dieses an die Zahlen der allgemeinen Publizistik herankommende Ergebnis, ist wohl eine Ausnahme (vgl. Tabelle 4).

Fest steht, daß die rechtsextreme Ideologie dem weiblichen Geschlecht eine andere Rolle zuschreibt als die eines selbständigen Frau-Seins. In rechtsextremer Logik wird nicht nur die Gleichberechtigung der Frauen, sondern auch deren Berufstätigkeit strikt abgelehnt. Oberflächlich betrachtet werden diese Forderungen aus Sorge um die funktionierende Familie erhoben. Hinter dieser vordergründigen Sorge steht jedoch ein anderes Motiv: Nur nicht berufstätige Frauen wären bereit, eine große Zahl Kinder zu gebären, und nur so könnte das Aussterben des Deutschen Volkes vermieden werden, die große Angstvorstellung aller Deutschnationalen.[42]

[41] Vgl. Jentzsch/Schilcher: *Lobby*, 224.

[42] Bailer-Galanda: *Frauen*, 157

Hannes Haas/Holger Rust
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT IN ÖSTERREICH
Zustand und Zukunft einer Schlüsseldisziplin
1991, 101 Seiten, zahlr. Tab., brosch., öS 170,–
Hörerpreis öS 135,–
LITERAS UNIVERSITÄTSVERLAG
A-1090 Wien, Berggasse 4
Tel. 0222/31 56 59-0, Fax 0222/34 36 85-21

SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE DOKUMENTATION
~2,5 Mio. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel aus 100 Jahren nach Sachgebieten gesammelt & geordnet leicht und sofort zugänglich
SOWIDOK-Datenbank: 600.000 Literaturhinweise ab 1980 gespeichert, abfragbar über die Informationsvermittlungsstellen der Nationalbibliothek, der Bibliotheken der WU-Wien und der Universitäten Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck

SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE STUDIENBIBLIOTHEK
260.000 Bücher und über 1100 Fachzeitschriften und Tageszeitungen warten auf Sie!
Autorenkatalog
Schlagwortkatalog
EDV-Recherchen
Mikro-Lesegeräte
Münz-Kopierer

Aktuelle Information zu den Sachgebieten:
Wirtschaft - Politik - Gesellschaft
Sozialpolitik - Arbeitswelt - Arbeiterbewegung
Bildung - Kultur - Geschichte
Umweltprobleme - Konsumentenschutz - Recht

Sozialwissenschaftliche Dokumentation der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel. 501 65/2393
Mo-Fr 8-16 Uhr

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel. 501 65/2452 Auskunft
2352 Lesesaal
Mo-Fr 13-19.30 Uhr
Sa 9-12 Uhr

HEIDEMARIE UHL

Zur Rekonstruktion der Vergangenheit im Gedenkjahr 1938/88

Eine Analyse der österreichischen Medienberichterstattung zum „Anschluß"-Gedenken*

Das Gedenkjahr 1938/88 war ein Jahr des Erinnerns, aber auch ein Jahr, in dem die Selbstdarstellung des offiziellen Österreich hinsichtlich der NS-Zeit eine Korrektur erfahren sollte, nachdem die „Opfertheorie" im Zuge der Waldheim-Diskussion an Überzeugungskraft verloren hatte. Im folgenden Beitrag geht es darum, diesen Klärungsprozeß im Verhältnis zur Vergangenheit zu durchleuchten, wobei als grundlegendes Quellenmaterial die in den österreichischen Printmedien publizierten Beiträge zum „Anschluß" - Gedenken verwendet wurden. Ausgehend von den Rahmenbedingungen der Vergangenheitsaufarbeitung im Jahre 1988 werden einige charakteristische Erklärungsmodelle in den medialen Darstellungen von „Anschluß" und NS-Herrschaft beschrieben. Abschließend wird die Frage nach den Auswirkungen der von den Printmedien vermittelten Geschichtsinterpretationen auf das österreichische Geschichtsbewußtsein gestellt.

1938/88 - Politisch-historische Bezugspunkte

Der fünfzigste Jahrestag des „Anschlusses" Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich bot Anlaß für eine weite Bereiche des öffentlichen Lebens erfassende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, insbesondere auch mit jenen Bereichen, die in der Selbstdarstellung der Zweiten Republik bislang weitgehend ausgeblendet waren.

Die Intensität und Breite der Vergangenheitsdiskussion im Gedenkjahr 1938/88 ist jedoch nicht allein durch den historischen Bezugspunkt erklärbar. Eine erneute Standortbestimmung im Verhältnis Österreichs zu seiner Vergangenheit war notwendig geworden, nachdem die bis dahin geläufigen Erklärungsmodelle der Zweiten Republik viel von ihrer Gültigkeit eingebüßt hatten.

Worauf es bereits 1985 - mit dem Händedruck zwischen Verteidigungsminister Frischenschlager und dem wegen Kriegsverbrechen verurteilten, vorzeitig aus italienischer Haft entlassenen SS-Major Walter Reder - Hinweise gab, das wurde 1986 im Zuge der Diskussion um Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim endgültig offenkundig: Das offizielle österreichische Geschichtsbild von der NS-Zeit hatte mit den Erinnerungen und dem Bewußtseinsstand vieler Österreicherinnen und Österreicher wenig gemein.

Die Erosion des Geschichtsbildes im Jahr 1986 bestand jedoch nicht allein in der Erkenntnis, daß sich die österreichische Bevölkerung keineswegs in ihrer überwiegenden Mehrzahl als erstes Opfer der nationalsozialistischen Expansionspolitik betrachtete, sondern auch darin, daß sie in einem zumindest anfänglich hohen Maß an Zustimmung den „Anschluß" und die Errichtung der NS-Herrschaft mitgetragen hatte.[1]

Das Kernproblem im Geschichtsbewußtsein vieler Österreicher liegt hierbei nicht primär auf der Ebene der Taten in der Vergangenheit (sofern nicht verbrecherische Tatbestände betroffen sind), als vielmehr in der heutigen Einstellung zu den Jahren des Dritten Reiches.[2] Im Mangel an Distanz zu Teilelementen der NS-Zeit und ihrer Herrschaftspraxis, insbesondere hinsichtlich des Kriegsdienstes in der deutschen Wehrmacht, aber auch im Überdauern antisemitischer Vorurteile, die sich als umgehend reaktivierbar erwiesen, wurde die Bruchlinie im scheinbar konsensualen Geschichtsbewußtsein der Zweiten Republik offenbar - ein Bruch, der von 'unten' ausging und in dem bislang nichtöffentlich tradiertes, „'para-nazistisches Gedankengut'"[3] öffentlich artikuliert wurde; ein Vorgang, den das 'offizielle Österreich' und vor allem auch die engagierten Verfechterinnen und Verfechter politisch-historischer Aufklärung weitgehend paralysiert und desillusioniert beobachten mußten.[4]

So gesehen steht 1988 gewissermaßen in Antithese zu 1986: Das Gedenken an den „Anschluß" bot den Rahmen, in dem das offizielle Österreich auf die Erosion des Geschichtsbewußtseins reagieren konnte und es eröffnete den wichtigen Geschichtsbewußtsein produzierenden Institutionen in Österreich, wie politischen Parteien, Interessensverbänden, katholischer Kirche, den Massenmedien,[5] die Möglichkeit zur Wiedererrichtung eines verbindlichen Standpunktes in Fragen der Vergangenheit.

---

* Dieser Beitrag basiert auf der im Herbst 1991 im Böhlau Verlag erscheinenden Publikation *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität 50 Jahre nach dem „Anschluß"*. Das Buch stellt eine überarbeitete Fassung der von der Verfasserin an der Universität Graz vorgelegten Dissertation dar.

[1] Vgl. Anton Pelinka: *Der verdrängte Bürgerkrieg*. In: Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hrsg.): *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*. Wien 1987, 143-153.

[2] Vgl. Meinrad Ziegler: *Österreichs labile Ordnung im Umgang mit der NS-Vergangenheit*. In: Hans-Peter Meier-Dallach/Ingo Mörth (Hrsg.): *Kultur - Weltbild - Alltagsleben. Beiträge und Vergleiche aus der Schweiz und Österreich*. Erscheint im November 1991; Josef Haslinger: *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*. Darmstadt/Neuwied 1987, 65.

[3] Gerhard Botz: *Anschluß an die Vergangenheit! Überlegungen zum Zusammenhang von Verdrängung der NS-Vergangenheit und aktueller Krise von Zeitgeschichte, Antifaschismus und Demokratiebewußtsein in Österreich*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): *Jahrbuch 1987*. Wien 1987, 23-41, hier: 35.

[4] Vgl. Gerhard Botz: *Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung*. In: Dan Diner (Hrsg.): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*. Frankfurt am Main 1987, 141-152, hier: 141.

[5] Vgl. Botz, *Anschluß*, 25.

Das Gedenken wurde aber nicht allein durch die von offizieller Seite bekundete Absicht bestimmt, sich mit der jüngsten Geschichte „kritisch, sachlich" und mit „absolute(r) Offenheit" - so Außenminister Alois Mock in seinem Ministerratsvortrag vom 28. Juli 1987[6] - auseinanderzusetzen. Diese Intentionen, die vor dem Hintergrund eines Imageeinbruchs im Ausland, aber auch kritischer Stimmen im Inland zu betrachten sind, sahen sich vielmehr auch mit einem solchen Bestrebungen gegenüber abwehrend eingestellten Bevölkerungssegment konfrontiert, das bereits in der Waldheim-Diskussion seine heftige Ablehnung hinsichtlich einer kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit dokumentiert hatte und nun einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gezogen wissen wollte.

Die These von der Notwendigkeit einer Neubestimmung des österreichischen Geschichtsbildes vor dem Hintergrund einer ambivalenten Interessenskonstellation, die sich eben einerseits zwischen dem Anspruch einer offenen Aufarbeitung der verdrängten Geschichte und andererseits der Forderung nach Beendigung der Auseinandersetzung und gesellschaftlicher Versöhnung als Ziel des Gedenkens bewegt, bildet den Ausgangspunkt zur Analyse der Medienberichterstattung anläßlich des „Anschluß"- Gedenkens. Mit einer Untersuchung der medialen Geschichtsdarstellungen sollen die verschwommenen Konturen dieses Prozesses erkennbar gemacht und die hierbei entwickelten Interpretations- und Erklärungsmodelle zur NS-Vergangenheit beschrieben werden.

Methodische Vorgangsweise

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer Mediendokumentation, die Ende Jänner 1988 - die Flut von Medienberichten anläßlich der 50. Wiederkehr der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich war schon abzusehen - am Institut für Geschichte der Universität Graz, Abteilung Zeitgeschichte, initiiert wurde.[7] Hauptbestand dieser Mediensammlung zum Gedenkjahr 1938/88 ist eine Dokumentation der österreichischen Printmedien, die mit dem Ziel angelegt wurde, deren Output für den Zeitraum, in dem die Berichterstattung voraussichtlich ihren Höhepunkt erreichen würde (Ende Jänner bis Ende März/Anfang April; der Endpunkt ergab sich aus dem deutlich nachlassenden Interesse), möglichst umfassend und weitreichend zu dokumentieren.

Mit der Recherche wurde ein Büro für Medienbeobachtung betraut. Das Ergebnis bestätigt die Einschätzung des „Anschluß"-Gedenkens als „Medienereignis"[8]: Zu diesem Themenbereich wurden im Beobachtungszeitraum rund 5000 Beiträge in 330 österreichischen Printmedien publiziert.[9] Damit wurde die österreichische Zeitgeschichte, beziehungsweise eine Periode, deren Verdrängung und Tabuisierung bislang geradezu ein Konstituens des Geschichtsbewußtseins der Zweiten Republik darstellte, kurzfristig zu einem Zentralthema der Medienberichterstattung.

Das Interesse an historischen Themen wurde aber nicht nur durch die Berichterstattung in der überregionalen Tages- und Wochenpresse charakterisiert, auch kleinere Lokalblätter veröffentlichten Artikel, Serien und Sonderbeilagen zum Thema „Anschluß", seiner Vorgeschichte und seinen Folgen. Viele Presseorgane fungierten dabei selbst als „Geschichtsproduzenten" und lieferten eigenständige, oft aufwendige Beiträge. In diesem Zusammenhang zeichnete sich zumeist ein bestimmter Standpunkt, eine „Blattlinie" ab, die an der Wahl der Themenstellung, dem methodischen Vorgehen, den eingeladenen Historikern und schließlich an den inhaltlichen Positionen, vor allem in den Leitartikeln, aber auch in der historischen Darstellung abzulesen war. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde so auch zu einem Akt der Selbstdarstellung eines Presseorgans. Prestige konnte dabei aus dem Bemühen um eine umfassende Geschichtsdarstellung durch die Mitarbeiter der Redaktion (wie sie etwa die *Oberösterreichischen Nachrichten, Kurier, Neue AZ* unternahmen) gewonnen werden, aber auch über einen besonders originellen Zugang, wie in der *Kleinen Zeitung* (Graz), die sich der „Historie von unten" zuwandte. Hingegen ist die Berichterstattung der *Neuen Kronen-Zeitung*, aber auch der *Presse* durch ein pronoeiertes 'Schwimmen gegen den Strom' geprägt. Die Distanz zum März-Gedenken kommt hierbei nicht nur in diesbezüglichen negativen Kommentaren zum Ausdruck, sondern im Fall der *Neuen Kronen-Zeitung* auch in der Titelgestaltung: „Es ist ein gutes Land" verkündet die Titelseite der *Kronen-Zeitung* am 11. März 1988 mit einem Zitat aus Franz Grillparzers *König Ottokars Glück und Ende*. Mit Kritik brauche sich der Österreicher nicht auseinanderzusetzen - er „denkt sich sein Teil und läßt die andern reden!"

Eine ähnliche Grundhaltung signalisierte die *Presse* durch eine Sonderbeilage am 12. März mit dem programmatischen Titel *Österreichs Anschluß an Europas Zukunft*, wo es einleitend unter anderem heißt:

> Österreichs Anschluß und Hitlers Einmarsch vor 50 Jahren sind in diesen Tagen Anlaß zu einem Gedenken, dessen Begleitumstände einmalig sind. Die "Vergangenheitsbewältigung" - natürlich immer an der Person des anderen - kulminiert im Kampf um den Bundespräsidenten. Eine international wie heimisch entfesselte Medienkampagne erregt die Öffentlichkeit und lenkt zugleich von den eigentlichen Tagesfragen und Mißständen ab. So wird die Rechenschaft über die Vergangenheit eher

[6] Zitiert nach: Alfred Stirnemann: *Beobachtungen im Bedenkjahr 1988*. In: Andreas Khol u.a.: *Österreichisches Jahrbuch für Politik '88*. Wien/München/Oldenburg 1989 (= Eine Publikation der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei). 243-287, hier: 248.

[7] Für die finanzielle Förderung dieses Projektes ist der „Steirischen Gesellschaft für Kulturpolitik" Dank abzustatten.

[8] Hans Heinz Fabris: *Zwischen Aufklärung und Verdrängen. „1938-1988" in der Berichterstattung*. In: *Medien Journal*, 4/1988, 172-176, hier: 174.

[9] Die Palette der Presseorgane reicht von Tageszeitungen über regionale Wochenzeitungen und Lokalblätter, Kirchenzeitungen, diverse Magazine, Illustrierte und politische Zeitschriften bis zur Fachpresse, wie Amtsblätter, Zeitungen der Kammern und des Gewerkschaftsbundes, akademische Blätter, um nur einige zu nennen. Die einzelnen Titelzitate wurden mittels elektronischer Datenverarbeitung in einem Datenbanksystem erfaßt.

zur Rechenschaft über die Gegenwart: ein geteiltes Volk im Machtkampf von links und rechts.[10]

Die *Presse*, vor allem aber die *Neue Kronen-Zeitung* weisen zudem eine relativ geringe Anzahl von Beiträgen zu historischen Themen auf, wie das Ergebnis eines ersten, quantitativen Auswertungsschrittes zeigte. Demzufolge lassen sich deutliche Unterschiede im Ausmaß der Berichterstattung und damit große Streuungen in der Bereitschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit erkennen.[11]

Für die Inhaltsanalyse wurde als grundlegendes Sample die Tagespresse ausgewählt, beziehungsweise deren jeweilige „historische" Berichterstattung, das heißt Texte (v.a. Leitartikel, Kommentare, Leserbriefe), die Ereignisse der österreichischen Vergangenheit zum Thema hatten, sowie Beiträge, die sich mit Fragen des heutigen Umgangs mit der Vergangenheit beschäftigten. Berichte über Gedenkfeierlichkeiten wurden nicht einbezogen.[12]

Die von den Tageszeitungen verwendeten historischen Interpretationsmodelle erschienen aufgrund des Informationsanspruches zu aktuellen Themen, der hohen Reichweite und der politischen und regionalen Vielfalt der Tagespresse von besonderer Relevanz und Aussagekraft.

Die Fragestellungen, die der Inhaltsanalyse zugrundegelegt wurden, umfaßten unter anderem folgende Punkte:

- Welche Erklärungsmodelle zur historischen Entwicklung wurden präsentiert - welche Schwerpunkte, welche Leerstellen lassen sich dabei erkennen? Läßt sich ein „Grundkonsens" im Bezug auf die NS-Vergangenheit feststellen oder gibt es unvereinbare Gegensätze in den Auffassungen?
- Welche Geschichtsinterpretationen haben die politischen Parteien entwickelt? Wurde kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte oder die Entwicklung sinnstiftender Traditionen angestrebt?
- Welche Strukturen und grundlegenden Tendenzen lassen sich in der Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit erkennen? War der historische Diskurs eher von Aufklärung oder von Verdrängung geprägt, und mit welchen Argumenten operierte kritische Aufklärung, mit welchen beschönigende Verdrängung?

Erosion der „Opfertheorie"

Im folgenden sollen einige Ergebnisse der Inhaltsanalyse, die im Rahmen dieses Beitrags naturgemäß nicht erschöpfend referiert werden kann, ausführlicher vorgestellt werden. Es handelt sich hierbei um zentrale Motive des historischen Diskurses, denen eine gewisse Relevanz für die Entwicklung des geschichtsbezogenen Denkens in Österreich zugeschrieben werden kann.

Demzufolge geht es hier weniger um eine differenzierte Erörterung der ideologisch begründeten Erklärungsmodelle der parteigebundenen Presseorgane, deren Auflagenstärke ja relativ gering ist.[13] Im Vordergrund steht vielmehr die Geschichtsdarstellung der unabhängigen Blätter, auch und gerade weil sie keiner offensichtlich ideologischen Sichtweise verpflichtet sind.

Die wesentliche interesseleitende Fragestellung der unabhängigen Blätter stand in Zusammenhang mit der aktuellen Kritik an der „Opfertheorie" - sie läßt sich so zusammenfassen: Welche Einstellung hatte die österreichische Bevölkerung des Jahres 1938 zum „Anschluß", und warum nahm ein Teil der Bevölkerung eine zustimmende Haltung ein? Damit kam aber bereits die Tendenz zur Abschwächung beziehungsweise Ablehnung der „Opfertheorie" zum Ausdruck. Diese Einschätzung beherrschte nicht nur die Beurteilung der Märzereignisse im Rahmen von Kommentaren und Leitartikeln, sie bestimmte auch die Leitlinie der medialen Geschichtsdar-

[10] N.N.: *An einem Wendepunkt: 1918 - 1938 - 1988*. In: *Österreichs Anschluß an Europas Zukunft*. Beilage zu: *Die Presse*, 12.3.1988.

[11] Um einen Einblick in die Spannweite des Ausmasses der Berichterstattung zu geben, möchte ich einige Vergleichsdaten aus dem Bereich Tagespresse und politische Magazine anführen. Unter den Tageszeitungen war als das geringste Ergebnis das der *Tiroler Tageszeitung* mit 50 und der *Neuen Kronen-Zeitung* mit 55 Ausschnitten zu verzeichnen; die *Presse* enthielt im Auswertungszeitraum 135 Beiträge. Die höchste Anzahl von Beiträgen wies der *Kurier* mit 345 Ausschnitten (die Bundesländerausgaben eingeschlossen) auf, es folgten die *Neue AZ*, die *Wiener Zeitung* und die *Kleine Zeitung* - sie haben jeweils über 200 Berichte im Zusammenhang mit dem „Anschluß" veröffentlicht. Bei den Magazinen und politischen Zeitschriften ergab sich folgende Reihung: Die meisten Ausschnitte - nämlich 53 - enthielt die *Furche*. Im oberen Bereich bewegten sich *profil*, *Wochenpresse*, *Präsent* (eine in Tirol erscheinende österreichische Wochenzeitung), die *Neue Illustrierte Wochenschau* und die *Ganze Woche*. Der *Falter* lag mit 23 Titelzitaten im Mittelfeld. Sehr gering war die Berichterstattung von Magazinen wie *Wiener* oder *Basta* (5 bzw. 1 Ausschnitt).

[12] Folgende Tageszeitungen wurden in die Inhaltsuntersuchung einbezogen: *Kurier*, *Neue Kronen-Zeitung*, *Die Presse*, *Oberösterreichische Nachrichten*, *Salzburger Nachrichten*, *Tiroler Tageszeitung*, *Kleine Zeitung* Steiermark, *Neues Volksblatt (ÖVP, OÖ)*, *Neue Volkszeitung Kärnten* (ÖVP; mit *Neue Tiroler Zeitung* und *Salzburger Volkszeitung*), *Neue AZ (SPÖ)*, *Kärntner Tageszeitung* (SPÖ), *Volksstimme* (KPÖ). Da die FPÖ keine Tageszeitung herausgibt, wurde für die Dokumentation des freiheitlichen Standpunktes die Wochenzeitung der FPÖ-Kärnten, *Kärntner Nachrichten*, herangezogen.
Die Beschreibung der Berichterstattung der genannten Presseorgane erfolgte in Form von Einzelauswertungen, wobei das gesamte Spektrum der „historischen" Beiträge Berücksichtigung fand (Artikel, Serien, Kommentare, Kolumnen, Leserbriefe). Von den Einzelauswertungen wurde Aufschluß über grundlegende Haltungen in der Vergangenheitsdiskussion erwartet, zudem sollte damit einem häufig gegenüber Medienuntersuchungen geäußerten Vorwurf, dem der subjektiven Auswahl des Materials, begegnet werden. Auf den Ergebnissen dieser Auswertungen basiert die Gesamtanalyse der medialen Geschichtsdarstellungen im Zusammenhang mit dem „Anschluß" - Gedenken, in die auch Beiträge aus weiteren Printmedien, v.a. Parteiorganen sowie andere Quellen (z.B. Gedenkreden) einbezogen wurden.

[13] Vgl. Herbert Lackner: *Vier am selben Teich. Auf Österreichs Pressemarkt bricht ein ungewohnter „Wettbewerb der Qualität" aus*. In: *profil*, 32/1989, 21.

stellungen. Deren Schwerpunkte lagen im wesentlichen in drei Bereichen, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll:

- Die Fokussierung auf die „Anschluß"-Vorgeschichte: Vor dem Hintergrund der Fragestellung, warum es zum „Anschluß" kam, wurde der Blick vor allem auf die Vorgeschichte des März 1938 gerichtet. Hingegen fanden die folgenden Jahre der NS-Herrschaft keine entsprechende Bearbeitung.
- Die Fokussierung auf den „Anschluß"-Jubel: In der Behandlung des „Anschluß"-Geschehens selbst konzentrierte sich das Interesse auf das Verhalten der österreichischen Bevölkerung, während andere Bereiche (z.B. die Okkupationsabsichten Hitlerdeutschlands) weniger Aufmerksamkeit fanden.
- Geschichtsvermittlung durch Zeitzeugenberichte: Die „Opfertheorie" wurde am nachhaltigsten durch jene Beiträge entkräftet, in denen Zeitzeugen von ihrem „Anschluß"-Erlebnis berichteten. Oral History erwies sich als stärkstes Argument jener Erklärungsansätze, die von einer zumindest anfänglichen „Anschluß"-Zustimmung nicht nur eines Teiles der Bevölkerung, sondern der weitaus überwiegenden Mehrheit ausgingen.

Fokussierung auf die „Anschluß"-Vorgeschichte

Der März 1938 als historischer Anlaß des Gedenkens ist ein durchaus janusköpfiges Datum, mit dem sich verschiedene Zeitebenen verknüpfen lassen. Er kann - unter der Fragestellung „Warum Österreich unterging"[14] - als Schlußpunkt der Ersten Republik gesehen werden oder als isoliertes Geschehen der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich (ein Prozeß, der im wesentlichen zwischen dem Ultimatum von Berchtesgaden und der „Volksabstimmung" vom 10. April 1938 abläuft und der auch den in mehreren Tageszeitungen publizierten Kalendarien zugrundeliegt). Der 11./12. März 1938 kann aber auch - und die Intention einer Aufarbeitung der dunklen Flecken in der österreichischen Geschichte würde diesen Schwerpunkt nahelegen - als Beginn der siebenjährigen NS-Herrschaft in Österreich gesehen werden. Gerade diese Phase kam jedoch in der historischen Berichterstattung deutlich weniger zum Tragen als die vorgenannten Zeitebenen.

Die Diskussion um die österreichische Vergangenheit in den Printmedien wie auch in den meisten Gedenkreden bewegte sich im wesentlichen um den Zeitraum 1918 bis 1938. Ausgehend vom März 1938 standen die Frage nach den Ursachen für den Untergang der Ersten Republik sowie die Beurteilung des „Anschluß"-Geschehens im Vordergrund. Die Frage nach den Folgen der Errichtung der NS-Herrschaft wurde dagegen nicht als zwingend aufgefaßt: Viele Darstellungen brachen mit der „Volksabstimmung" ab und flochten die Folgezeit nur noch kursorisch in die Schlußbemerkungen ein. Hierbei wurde jedoch selten auf die österreichische Mitverantwortung am NS-Regime und die Beteiligung von Österreichern an der Kriegsführung und den NS-Verbrechen hingewiesen. Die Österreicherinnen und Österreicher, auch diejenigen, die den „Anschluß" zunächst begrüßt hatten, erschienen vielmehr als Opfer der NS-Zeit. Als Beispiel für diese auch in Gedenkreden häufig der Bevölkerung zugeschriebene Opferrolle mag ein Auszug aus einem Beitrag der Kärntner Ausgabe der *Neuen Kronen-Zeitung* „zum Anschluß" in Kärnten dienen:

> Wie überall im Dritten Reich werden in Kärnten Arbeitsplätze geschaffen. Die Zweifel schwinden langsam auch bei früheren entschiedenen Nazi-Gegnern. Die Bevölkerung erlebt eine Zeit der trügerischen Blüte, die in einen grauenvollen Abgrund führt. Im Zweiten Weltkrieg verbluteten fast 20.000 Soldaten aus Kärnten und Osttirol. Weitere 10.000 Menschen bleiben vermißt, sterben als zivile Opfer im Bombenhagel oder in Straflagern. Rund 1000 Kärntner Widerstandskämpfer werden in Konzentrationslagern und Kerkern ermordet. Über 1000 Landsleute fallen als „lebensunwert" dem grauenvollen Euthanasie-Programm zum Opfer. (...) Rund 1000 Kärntner Slowenen werden ausgesiedelt, hundert von ihnen kehren nie mehr in die Heimat zurück. Kaum eine Familie hat nicht mindestens ein Opfer zu beklagen.[15]

Im Mittelpunkt von Ausführungen über die Ursachen der Ereignisse des März 1938 standen zumeist innerösterreichische Probleme. Den Beginn von Österreichs Weg in den Abgrund markiert hierbei das Jahr 1918: In den medialen Erörterungen der „Anschluß"-Ursachen herrschte weitgehend Konsens darüber, daß mit dem Zerfall der Monarchie und dem Anschlußverbot in den Friedensverträgen von St. Germain und Versailles ein „Staat, den keiner wollte", entstanden war. Als die prägenden Elemente gesellschaftlich-politischen Denkens in der Ersten Republik wurden der Mangel an nationaler Identität, der Wunsch nach einem Anschluß an das Deutsche Reich (zumindest bis 1933) und damit korrespondierend das fehlende Vertrauen in die Lebensfähigkeit des eigenen Staatswesens genannt. Als ausschlaggebender Faktor für den Anschlußwunsch breiter Schichten erschien schließlich die Wirtschaftskrise der 30er Jahre, die insbesondere auch von seiten der „Zeitzeugen" hervorgehoben wurde.

Aus dieser historischen Perspektive leitet sich ein Geschichtsbild ab, das die Erste Republik nur unter der Perspektive ihres Scheiterns wahrnimmt und damit aller positiven Ansätze (wie die Errichtung einer demokratisch-republikanischen Staatsform) und auch aller Handlungsalternativen entledigt. Aber auch die außerösterreichische Dimension des Geschehens, vor allem die Interessen und die entsprechenden Aktivitäten Hitlerdeutschlands hinsichtlich einer Annexion Österreichs werden in der Fixierung auf die Frage nach den innerösterreichischen Ursachen an den Rand gedrängt.

Diese zeitliche Zentrierung und negative Sicht der Ersten Republik wurde durch die Vergangenheitsperspektive der parteigebundenen Presse noch verstärkt, deren Hauptthema es war, zu eruieren, welches politische

[14] So der Titel einer *Kurier*-Serie von Hans Rauscher.

[15] Gerhard Stichauner/Ernst Puff: *Der „Anschluß" in Kärnten*. In: *Neue Kronen-Zeitung* (Klagenfurt), 12.3.1988.

Lager die Verantwortung für den Untergang Österreichs trug. Dabei kamen die beiden Großparteien zu gegensätzlichen Ergebnissen. Für die SPÖ lag in der Errichtung des „austrofaschistischen" Regimes und der Niederwerfung und Entrechtung der Arbeiterbewegung die wesentliche Ursache für Österreichs Resignation im März 1938. Nach Auffassung der ÖVP dagegen sind die Jahre 1933/34 bis 1938 eine Zeitspanne, in der sich der „österreichische Staatswiderstand" erfolgreich gegen einen übermächtigen Gegner zur Wehr setzen konnte, wenngleich dazu undemokratische Maßnahmen notwendig waren - diese wurden aber nur selten erörtert. Publikationen von FPÖ und KPÖ sehen beide Parteien als mehr oder weniger verantwortlich.

Die Beurteilung der vierjährigen Diktatur vor 1938 bildete somit auch im Kontext eines Bedenkens von „Anschluß" und Nationalsozialismus das Kernproblem im Geschichtsverständnis der beiden Großparteien.[16] Der „Anschluß" selbst, vor allem aber die NS-Zeit traten demgegenüber sogar in den Hintergrund: Für die ÖVP endete die Geschichte Österreichs mit der erzwungenen Einverleibung in das Deutsche Reich, wobei Zweifel an der „Opfertheorie" zumeist kategorisch zurückgewiesen werden. Sozialistische, aber auch kommunistische Interpretationen gingen hingegen davon aus, daß im März 1938 ein diktatorisches Regime durch ein anderes, wenngleich weitaus grausameres abgelöst wurde. Die wechselseitigen Schuldzuweisungen der Großparteien hatten zur Folge, daß die Aktivitäten der österreichischen Nationalsozialisten in der Phase vor dem „Anschluß" ausgeblendet blieben. Die Verantwortung des dritten Lagers für den Untergang Österreichs fand kaum Erwähnung.

Fokussierung auf den „Anschluß"-Jubel

Während das Festhalten an der „Opfertheorie" die Geschichtsinterpretation der Gründungsparteien der Zweiten Republik charakterisierte[17], ist die Haltung der meisten unabhängigen Blätter (ausgenommen der *Tiroler Tageszeitung*[18]), wie auch die der offiziellen Erklärungen der führenden Repräsentanten des Staates anläßlich der Gedenkfeiern[19] durch eine Modifizierung beziehungsweise Einschränkung der „Opferthese" geprägt. Ihre wesentliche Aussage lautete, daß der Staat Österreich zwar als Opfer ausländischer Gewalt zu betrachten sei, daß ein Teil der Österreicherinnen und Österreicher jedoch den „Anschluß" unterstützt und begeistert begrüßt hatte, während ein anderer Teil diesem Geschehen ablehnend gegenüber gestanden beziehungsweise unmittelbar von Terrormaßnahmen betroffen war. Mit diesem Standpunkt lag nunmehr eine wesentliche Revision der Auffassung vom „Opfer Österreich" und damit jene - von kritischen Stimmen im In- und Ausland geforderte - Anpassung an die historische Wahrheit vor.

Dennoch sind Zweifel angebracht, ob damit auch eine selbstkritische Vergangenheitsaufarbeitung verbunden war. Denn die historischen Darstellungen, die dieser Position folgten, tendierten zu einer verengten Sicht der Ereignisse des März 1938. Wohl richtete sich das Interesse auf einige jener Ebenen des Geschehens, die von der „Opfertheorie" negiert wurden: auf den „'Anschluß' von innen", und insbesondere auf den „'Anschluß' von unten", den Jubel in der Bevölkerung.[20] Im Brennpunkt stand hierbei die Frage nach den Motiven für die Begeisterung über den „Anschluß", und auch das Bemühen, zu verstehen, was die Menschen, die den deutschen Truppen zujubelten, bewegte.

Der „Anschluß" erschien demzufolge als eine zur damaligen Zeit legitime Option, für die, so wird vielfach vermutet, die Mehrheit der Bevölkerung aus einer Reihe verständlicher, vor allem ökonomischer Motive votierte. Die Dimension des „'Anschlusses' von oben" sowie die organisierte Mitwirkung der österreichischen NS-Bewegung an der Zerstörung des Staatswesens trat mit dieser Fokussierung auf die begeisterten Massen (die in den überlieferten Bilddokumenten eine eindrucksvolle Präsenz gewinnen, wobei die Fotografien zumeist als authentischer Ausdruck der Volksmeinung bzw. der Stimmung jenes Teiles, der den „Anschluß" begrüßte, aufgefaßt

[16] Vor allem in der Generation der Mitlebenden, die durch die Bürgerkriegserfahrung geprägt worden ist (Hindels und Scheuer auf seiten der SPÖ, Reichhold, Bock, Withalm aus den Reihen der ÖVP), wirkten die Frontstellungen der Ersten Republik weiter. Insgesamt zeichneten sich jedoch gewisse Differenzierungen ab: In der SPÖ forderten junge, intellektuelle Gruppen einen selbstkritischen Umgang mit den „dunklen Punkten" der österreichischen Vergangenheit wie auch der Parteigeschichte, etwa dem Verhalten Karl Renners. Hingegen kam auf Bundesländer-Ebene, in der sozialistischen *Kärntner Tageszeitung*, die historische Konfliktstellung zwischen den verfeindeten Lagern kaum zur Erwähnung. Anders verlief die Differenzierung in der ÖVP: Hier vertraten gerade die Parteiorgane der westlichen Bundesländer einen Konfrontationskurs, während im *Neuen Volksblatt* (dem wegen des Fehlens eines Zentralorgans auch eine überregionale Funktion zukommt) eine eher versöhnliche Sichtweise, die beiden Lagern Fehler zuwies, vorherrschte.

[17] Für die SPÖ traf das nur zum Teil zu, das Zentralorgan *Neue AZ* rückte deutlich von der etwa von Josef Hindels und Georg Scheuer vehement vertretenen „Opfertheorie" ab. Die ÖVP-Organe zeigten hingegen eine weitgehend übereinstimmende Position, Abschwächungen der „Opferthese" ließen sich jedoch in den offiziellen Erklärungen von Außenminister Alois Mock und Kurt Waldheim beobachten. Allein die KPÖ beharrte ungebrochen auf dem Standpunkt, daß Österreich der imperialistischen Expansion Hitlerdeutschlands zum Opfer gefallen war.

[18] Beispielsweise bezeichnete Rupert Kerer in einem Kommentar der *Tiroler Tageszeitung* kritische Einwände zur „Opfertheorie", wie sie von Hugo Portisch anläßlich eines Vortrages geäußert worden waren, als „antifaschistische Propaganda" und rückte sie in die Nähe von Geschichtsklitterung und Umerziehung („So gehen die Umerzieher mit der Geschichte um"): Rupert Kerer: *Haben wir das Dritte Reich erobert? („Thema der Zeit")*. In: *Tiroler Tageszeitung*, 27.2.1988.

[19] Abgedruckt in: *Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik. Außenpolitischer Bericht 1988*. Wien 1989, 459-474.

[20] Zu den unterschiedlichen Ebenen des „Anschluß"-Geschehens siehe: Gerhard Botz: *War der „Anschluß" erzwungen?* In: Felix Kreissler (Hrsg.): *Fünfzig Jahre danach. Der „Anschluß" von innen und außen gesehen* (Beiträge zum Internationalen Symposion von Rouen 29. Februar - 4. März 1988, veranstaltet vom Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes (CERA) der Universität Rouen, in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Kulturinstitut Paris). Wien/Zürich 1989, 97-119; hier: 108 f.

wurden[21]) jedoch kaum in Erscheinung. Ebensowenig wurde der „Freudentaumel"[22] zu dem spontanen, vielfach brutalen Vorgehen gegen die entmachteten Funktionäre des Ständestaates und vor allem gegen die jüdische Bevölkerung in Beziehung gesetzt.[23]

Entscheidend an Bedeutung verlor durch diese Perspektive allerdings auch der „Anschluß" von außen, die deutsche Bedrohung als wesentlicher Motor des Geschehens.

Geschichtsvermittlung durch Zeitzeugenberichte

Neben der „klassischen" Form geschichtlicher Darstellung auf der Basis von wissenschaftlicher Literatur beziehungsweise historischer Quellen bildeten die Erinnerungen von Zeitgenossen der NS-Jahre in der Vergangenheitsdiskussion des Gedenkjahres eine wichtige Form der Geschichtsvermittlung. Zumeist wurden autobiographische Lebensberichte als Vertiefung oder Illustration in Ergänzung zur Behandlung der politischen Geschichte herangezogen, wobei die „Blattlinie" auch in der Auswahl der Zeitzeugen zum Ausdruck kam: Während in den parteigebundenen Organen (mit Ausnahme der FPÖ) vornehmlich Opfer von rassischer und politischer Verfolgung (Kommunisten, Sozialisten, Katholiken und Funktionäre des Ständestaates; die Auswahl erfolgt zumeist in Anlehnung an die politische Ausrichtung eines Blattes) zu Wort kamen, waren die Zeitzeugen der unabhängigen Blätter zu einem guten Teil, in manchen Publikationen auch in ihrer überwiegenden Mehrheit ehemals „Begeisterte", wie die euphemistische Umschreibung von Sympathien für „Anschluß" und Nationalsozialismus lautet.

Als Beispiel können die *Oberösterreichischen Nachrichten* angeführt werden. Sie starteten ihre ambitionierte 18-teilige historische Serie „38" mit der Frage nach dem „Anschluß"-Erlebnis von Zeitzeugen. Fünf der sechs befragten Personen, die mit einer Ausnahme unter Angabe von Name und Beruf, zum Teil auch durch Portraitaufnahmen vorgestellt wurden, erzählten bereitwillig, „wir waren begeistert". Die allgemein verbreitete „helle Begeisterung" beim Empfang der deutschen Truppen sei verständlich, denn an den Nationalsozialismus knüpften die Zeitzeugen Hoffnungen auf eine Verbesserung der tristen wirtschaftlichen Lage. Die meisten Befragten sehen in ihrer damaligen Haltung nichts Schlechtes, schließlich habe niemand ahnen können, „daß nach der Zeit der Hoffnung und des Aufstiegs dieser furchtbare Krieg kommen würde."[24]

In einigen Zeitungen (z.B. der steirischen *Kleinen Zeitung*) wurde auf historisch-analytische Erläuterungen sogar gänzlich verzichtet. Die Erinnerungen der Mitlebenden erschienen in diesen Medien nicht nur als ein besonders interessanter und origineller Zugang zur Vergangenheit, sondern vielfach - oft unter ausdrücklicher Kritik an der wissenschaftlichen Zeitgeschichte - als „Königsweg" historischer Wahrheitsfindung und Authentizität. Die Frage „Wie war es 1938"[25] wurde nicht nur an Historiker, sondern verstärkt an die Zeitzeugen gerichtet. Der zeitgeschichtlichen Forschung wurde dabei der Vorwurf gemacht, sie könne die Stimmung jener Tage nicht adäquat wiedergeben, wie Ilse Leitenberger in einem Resümee der Geschichtsaufarbeitung im Gedenkjahr hervorhob:

> Nur wer selbst betroffen ist, weiß, wie es war. Generationen von Verfolgten, von Emigranten, von Davongekommenen haben sich diese Erkenntnis zu eigen gemacht. (...) Kein noch so bemühter Zeithistoriker wird selbst mit einer Fülle von 'objektivem Beweismaterial' an den einfachsten persönlichen Bericht heranreichen können. Die 'vergangene Tatsächlichkeit' ist nämlich nichts weniger als - die Wahrheit.[26]

Der wissenschaftlichen Zeitgeschichte wurde in diesem Zusammenhang aber nicht nur die Erklärungskompetenz und ihr Recht auf politische Aufklärung abgesprochen[27], sie sah sich auch mit Vorwürfen der Manipu-

[21] Die bekannten Jubel-Fotografien wurden vor allem in Publikationen der FPÖ, insbesondere den *Kärntner Nachrichten* und der *Aula*, als Schlüsselbeweis für die These herangezogen, daß der „Anschluß" von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Österreicher als „Erlösung" und „Befreiung" aus der wirtschaftlich-politischen Zwangslage begrüßt wurde. So heißt es in der Serie der freiheitlichen *Kärntner Nachrichten*, die in Anspruch nimmt, zu zeigen, wie es wirklich gewesen ist: „Die Bilder des Anschlusses sprechen eine klare (...) Sprache". Zitiert nach: N.N.: *Der Anschluß 1938 - Wie war es wirklich? Der Anschluß - Ausweg aus dem Massenelend?* In: *Kärntner Nachrichten*, 25.2.1988. Noch stärker betonte die *Aula*, Zeitschrift der Freiheitlichen Akademikerverbände Steiermark, dieses Argument. Das Titelblatt der Jännerausgabe zeigt die Nahaufnahme einer jubelnden, Hakenkreuz-Fähnchen schwenkenden Menge, auf deren Gesichtern Freude und Begeisterung abzulesen sind. Diese Szene sei - folgt man dem Text der Titelschlagzeile - charakteristisch für das „Anschluß"-Geschehen und gebe demzufolge eine schlüssige Antwort in der Diskussion um die Opfer-These: „Österreich 1938: Überfallen und vergewaltigt? Die Opfertheorie am Ende."

[22] Hubert Patterer: *März 1938. Wie Kärnten im Freudentaumel unterging* ... In: *Kleine Zeitung* Klagenfurt, 11.3.1988.

[23] Besondere Beachtung fand der Pogrom in der *Neuen AZ* und auch im *Kurier*, während etwa die ÖVP-Zeitungen diesen Aspekt kaum erwähnten.

[24] Helga Lehner: *Wie Zeitzeugen den „Anschluß" erlebten.* (Serie „38". Teil 1). In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 27.2.1988. - Dieses oftmals verwendete Erklärungsmuster für individuelle NS-Sympathien, deren Schwinden nicht im Zusammenhang mit der Erkenntnis über die Verbrechen des NS-Regimes, sondern mit dem Krieg steht, wurde in den von den Printmedien veröffentlichten autobiographischen Erinnerungen nur selten durchbrochen. In der erwähnten Serie der *Oberösterreichischen Nachrichten* distanzierte sich lediglich die einzig anonym bleibende Zeitzeugin von ihrem damaligen Verhalten. Sie empfindet bis heute „'tiefe Scham', (...) wenn sie an den 12. März 1938 denkt". Die damals 15jährige Schülerin hat es nicht verwunden, daß sie sich von der fanatisierten Menge mittreiben ließ, „'Heil Hitler' schrie und die Hand zum Gruß hob". Eine vergleichbar selbstkritische Haltung zur eigenen Vergangenheit fand sich im untersuchten Sample nur in einem weiteren Fall, einer ehemaligen Nationalsozialistin, deren Bericht von der *Kärntner Tageszeitung* publiziert wurde. Vgl. Wolfgang Primann: *Das böse Erwachen aus der Hysterie.* In: *Kärntner Tageszeitung*, 30.1.1988.

[25] So der Titel einer Serie der Kärntner *Kleinen Zeitung*, die aufgrund eines Aufrufes an die Leser mit der Bitte um Berichte zustande kam. Die Leserzuschriften wurden unkommentiert abgedruckt.

[26] Ilse Leitenberger: *Was davon bleiben wird.* In: *Die Presse*, 24./25./26.12.1988.

[27] Die Zeitzeugen, erklärt Ilse Leitenberger, haben „als einzige das Recht (...) die 'Nachgeborenen' zu unterweisen." Ebd.

lation im Sinn von Umerziehung und Siegergeschichtsschreibung konfrontiert.[28] In den *Kärntner Nachrichten* plädierte Jörg Haider für eine Geschichtsvermittlung durch Zeitzeugen als Korrektiv zu einer von Medien und Historikern verordneten "Vergangenheitsbewältigung im Sinne von Gewalt antun":

Wir können dem vielleicht auch deshalb leichter entgegensteuern, da es noch sehr viele Zeitzeugen sind, die zur Verfügung stehen, um aus ihrer Distanz in reifer Betrachtung der Ereignisse für uns Jüngere die richtige Schlußfolgerung zu ziehen.[29]

Mit der Heranziehung von Zeitzeugen verbanden sich jedoch nicht nur problematische Aspekte wie die kaum thematisierten Kriterien der Auswahl der Zeitzeugen und ihrer vorgeblichen Authentizität und Wahrheit.

Die Geschichtsvermittlung durch individuelle Erinnerungen der „Durchschnittsösterreicher" hatte auch spezifische Defizite im Bild von „Anschluß" und NS-Zeit zur Folge. Der Nationalsozialismus, auf der Ebene der historischen Darstellung oft ein Begriff, der das „Böse" schlechthin benennt, löste sich in eine Vielzahl von Einzelschicksalen auf, in denen sich Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserung oder begeisterter Idealismus ausdrückten. „Täter" meldeten sich nicht zu Wort, aber auch die „kleinen" NS-Sympathisanten vermittelten nur ein einseitiges Bild ihres Denkens und Fühlens. Negative Aspekte der nationalsozialistischen Weltanschauung (Rassengedanke, Chauvinismus etc.) blieben weitgehend ausgespart. Die „Zeitzeugen" wollten ja vorrangig erklären, warum sie mit dem NS-Regime sympathisiert hatten und ihre damalige Haltung rechtfertigen. Demzufolge beschränkte sich ihre Argumentation bloß auf die sogenannten „positiven Seiten" von „Anschluß" und beginnender NS-Herrschaft.

So wurde Oral History vielfach zur Schiene, durch die Elemente von Verharmlosung und Beschönigung - bislang Charakteristika des Geschichtsbildes rechtskonservativer beziehungsweise -extremer Gruppierungen sowie der FPÖ - in den öffentlich-medialen Diskurs Einzug hielten. Der folgende Bericht eines Zeitzeugen der freiheitlichen *Kärntner Nachrichten*[30] unterscheidet sich kaum von den vielen Erinnerungserzählungen ehemals „Begeisterter" in den unabhängigen Medien, in denen zumeist das eigene Erleben auch als ein solches der Gesamtbevölkerung dargestellt wurde.

Nur wer diese Zeit selbst miterlebt hat und den Jubel in den Märztagen 1938 als endliche Erlösung aus einer unerträglichen Lage empfunden hat, weiß, welches Gefühl das österreichische Volk bewegte.[31]

Oral History als Transportmittel, um Geschichtsauffassungen, die bislang eher dem privaten Kreis vorbehalten waren, auch im öffentlichen Diskurs zu verankern, bildete jedoch nur eine ihrer Funktionen. Denn andererseits waren es gerade auch wieder die berührenden Zeugnisse von Opfern, durch die die Verbrechen des Regimes wie in keiner anderen Darstellungsform bewußt gemacht werden konnten. Als Beispiel für eine redaktionell durchdachte und bewußt gestaltete Anwendung von Oral History können die *Salzburger Nachrichten* angeführt werden, insbesondere die von der Lokalredaktion konzipierte und von Josef Schorn gestaltete Serie „Salzburger Schicksale zwischen 1938 und 1945". Dieser Serie lag die Intention zugrunde, die „'Geschichte des kleinen Mannes'" darzustellen.[32] Im Unterschied etwa zur Geschichtsbetrachtung der *Kleinen Zeitung* sollten nicht die „verschiedenen Seiten der Barrikaden" (Chefredakteur Fritz Csoklich)[33] zu Wort kommen, die *Salzburger Nachrichten* wollten dem Schicksal jener Menschen nachgehen, „die den Anschluß leidvoll erlebt haben." In den berührenden Lebenszeugnissen von rassisch Verfolgten und politischen Regimegegnern wurde nachvollziehbar, welche Verbrechen sich das NS-Regime im regionalen Umfeld zuschulden kommen ließ. Schorn gelang es aber auch, die Distanz zwischen den vergangenen Erlebnissen und der heutigen Existenz dieser „Opfer" zu überwinden, indem er beschreibt, wie der Terror des NS-Regimes von den Betroffenen erlebt wurde und wie sie heute mit dieser Erinnerung umgehen.

Es scheint bezeichnend für das gegenwärtige Meinungsklima in Österreich, daß das Eingeständnis, vom „Anschluß" und Nationalsozialismus begeistert gewesen zu sein, zumeist - sofern eine prinzipielle Abwendung von der Identifikation mit der NS-Ideologie stattgefunden hat - mit großem Verständnis aufgenommen wurde. Anderes gilt offensichtlich für die Opfer: Auch in den *Salz-*

---

[28] Vorwürfe gegen eine kritische Zeitgeschichtsschreibung fanden sich z.B. in den Organen *Die Presse, Neue Kronen-Zeitung, Tiroler Tageszeitung* und besonders in den freiheitlichen *Kärntner Nachrichten*.

[29] Jörg Haider: *Das Gedenkjahr 1988 aus freiheitlicher Sicht* (Aus einem Vortrag, den der freiheitliche Parteiobmann am 2. Februar 1988 bei einer Veranstaltung des Hanns-Rader-Bildungswerks in Klagenfurt hielt). In: *Kärntner Nachrichten*, 10.3.1988.

[30] In diesem Organ kamen nur Erlebnisberichte von enthusiastischen Anhängern des „Anschlusses" zu Wort. Dadurch und durch die Verwendung von Zeitungsberichten und Tagebuchauszügen aus dem Jahr 1938 wurde - und hierin liegt ein bezeichnendes Merkmal, durch das sich die freiheitliche Geschichtsinterpretation von der der unabhängigen Blätter unterscheidet - der Eindruck erweckt, daß nicht nur der „Anschluß", sondern auch die Errichtung der NS-Herrschaft von der breiten Zustimmung nahezu aller Österreicher getragen war. Die Ergebnisse der „Volksabstimmung" und die Propagandameldungen der gleichgeschalteten Presse werden hiefür als Beweis herangezogen. Beispielsweise zitiert Kriemhild Trattnig aus den *Mitteilungen der Kärntner Bauernschaft* vom 9. April 1938, also unmittelbar vor der „Volksabstimmung", als die NS-Propaganda einen Höhepunkt erreicht hatte. Sie meint, daraus bekomme der Leser „wertvolle Einsichten in die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse jener Zeit". Als Beispiel für den Tenor dieser „Information" folgendes Zitat: „Vorderberg: Seit der Machtübernahme durch den Führer hat unsere Ortschaft ein ganz anderes Gesicht bekommen. Überall sieht man frohe Gesichter, die Bauern gehen mit doppeltem Eifer an die Arbeit. Die Arbeiter, von denen viele schon wieder beschäftigt sind, freuen sich, da in nächster Zeit alle wieder Arbeit bekommen werden." Kriemhild Trattnig: *1938 - Ursache und Wirkung*. In: *Kärntner Nachrichten*, 17.3.1988.

[31] Hans Eixelsberger: *Schicksalsschwere Jahre 1918 - 1938. Rückblick eines Zeitgenossen*. In: *Kärntner Nachrichten*, 10.3.1988.

[32] Viktor Hermann: *„Der Tod eines Staates". Erfahrungsbilanz der Salzburger Nachrichten zum Thema 1938-1988*. In: *Medien Journal*, 4/1988, 176-178, hier: 177.

[33] Fritz Csoklich: *Historie von unten. Im Vertrauen gesagt*. In: *Kleine Zeitung*, 17.1.1988.

burger Nachrichten sind es jüdische Überlebende und ein kommunistischer Zeitzeuge, der „auch fünfzig Jahre danach nicht mit seinem Namen in der Zeitung stehen" wollte.[34]

Auswirkungen auf das österreichische Geschichtsbewußtsein

Die unterschiedlichen Interpretationsmuster und thematischen Schwerpunktsetzungen, die je nach ideologischer Ausrichtung oder Interesse das mediale Geschichtsbild prägten, haben dem historischen Diskurs insgesamt einen pluralistischen Akzent verliehen. Eine verbindliche, gewissermaßen gültige Sicht von „Anschluß" und Nationalsozialismus wurde nicht entwickelt, in der Haltung zur Vergangenheit scheint ein nationaler Konsens, wie ihn die „Opfertheorie" darstellte, nicht mehr erforderlich. Die Einstellung zur Vergangenheit wurde - innerhalb eines bestimmten Spektrums, wobei die Grenze der Akzeptanz in einer eindeutigen Gutheißung des NS-Systems lag, während Teilaspekte durchaus positiv bewertet werden konnten - zur Haltungsfrage, zum Ausdruck der Identität einer bestimmten Gruppe oder Person.

Die Erosion der „Opfertheorie" hat demnach nur zum Teil zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geführt. Vielmehr wurden die Grenzen des öffentlichen Diskurses dahingehend erweitert, daß Teilbereiche der bislang verdrängten Vergangenheit enttabuisiert wurden.

Denkweisen, die vor 1986 noch im nichtöffentlichen Raum - den sprichwörtlichen Stammtischrunden, aber auch in der familiären Überlieferung - tradiert wurden, gewannen im medialen Vergangenheitsdiskurs des Gedenkjahres an Bedeutung. Die Betonung der „guten Seiten" der Zeit nach dem „Anschluß" trat jedoch nicht nur in national-freiheitlichen Publikationen hervor, sie wurde auch - vor allem über Vermittlung durch Zeitzeugenberichte - in der unabhängigen Presse möglich. Allein in der gewissermaßen gleichwertigen Veröffentlichung von Lebensberichten von den „verschiedenen Seiten der Barrikaden" liegt aber ein nicht unbeträchtliches Potential der Entschärfung im „Kampf um das Geschichtsbild", das heißt: Das Bekenntnis der mehr oder auch weniger überwundenen Begeisterung für die NS-Bewegung (wobei allerdings wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Ideologie, insbesondere der Rassengedanke, keine Erwähnung finden) wurde auf die Ebene öffentlicher Akzeptanz gehoben. Kann die freudig ausgeübte Funktion eines HJ-Führers oder die glühende Begeisterung für den „Anschluß" denn noch als Fehler oder dunkler Punkt in der eigenen Biographie empfunden werden, wenn sich selbst führende Politiker in einer Tageszeitung dazu bekennen?[35]

Die Bilanz des Gedenkjahres kann sich jedoch nicht darin erschöpfen, daß das Einbekenntnis von ehemaligen NS-Sympathien salonfähig wurde. Über die stark regionalgeschichtlich ausgerichtete Berichterstattung wurden nicht nur die lokale „Anschluß"-Begeisterung erstmals einer breiten Öffentlichkeit und vor allem auch den „Nachgeborenen" vor Augen geführt, sondern auch Informationen über das lokale Vorgehen gegen Regimegegner und rassisch Verfolgte vermittelt. Diese Berichte sowie die Lebenszeugnisse von Opfern des Regimes haben wohl ebenso wie symbolische Wiedergutmachungshandlungen des offiziellen Österreich[36] und die vielfältigen Aktivitäten im schulischen Bereich[37] zu einer verstärkten Sensibilität in der Einschätzung der NS-Zeit beigetragen.[38]

---

[34] Josef Schorn: *Furcht vor Spitzeln und Denunzianten. Vier Todesurteile an einem Tag - Gedichte aus der Todeszelle in Stadelheim geschmuggelt* (= „Salzburger Schicksale zwischen 1938 und 1945." Folge 7). In: *Salzburger Nachrichten*, 18.3.1988. - Das Echo auf diese Serie fiel unterschiedlich aus. Die bei der Redaktion eingelangten Reaktionen waren überwiegend positiv, hingegen machten die Zeitzeugen großteils schlechte Erfahrungen; in einem Fall wurde eine Zeitzeugin telefonisch bedroht. Vgl. Hermann, *Erfahrungsbilanz*, 177.

[35] Vgl. etwa die Aussagen des ehemaligen Grazer Bürgermeisters Alexander Götz und des steiermärkischen Kulturlandesrates Kurt Jungwirth in der von Kurt Wimmer verfaßten Serie „Damals 1938. Zeitgenossen erinnern sich". In: *Kleine Zeitung*, 6.3. und 9.3.1988.

[36] An die Opfer der NS-Zeit wurde u.a. durch Gedenktafeln, Denkmäler, Straßenbenennungen und auch durch mediale Beiträge erinnert. Beispielsweise veröffentlichten die kommunalpolitischen Informationen der Landeshauptstadt Bregenz, *Bregenz Aktuell*, eine Sonderausgabe zum Thema „Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit", in der auch Kurzbiographien von örtlichen Opfern des NS-Regimes enthalten sind. Auch Presseorgane der katholischen Kirche verstanden die Erinnerung an die Opfer als ihre Aufgabe im Gedenkjahr. Journalisten von Kirchenzeitungen in ganz Österreich sammelten 2400 Namen von Frauen und Männern, die vor allem im Widerstand gegen das Dritte Reich ums Leben gekommen waren und publizierten diese Namensliste als eine Art „Grabstein aus Papier". Vgl.: N.N.: *Ein „Grabstein aus Papier" für Nazi-Opfer*. In: *Kurier*, 13.3.1988 (Salzburg-Ausgabe).

[37] Vgl.: *Die zwei Wahrheiten. Eine Dokumentation von Projekten an Schulen zur Zeitgeschichte im Jahr 1988*. Wien 1989.

[38] Diese Ansicht vertritt etwa Hans Heinz Fabris in Bezug auf die in seltener medialer Eintracht erfolgte Verurteilung von Äußerungen Jörg Haiders über die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich. Vgl.: Hans Heinz Fabris: *Reifeprüfung bestanden. Haider und die „Wächterfunktion" der Medien*. In: *Der Standard*, 22./23.6.1991.

FRANK TICHY

Das Ende des Londoner *ENCOUNTER*

Mit Herbst 1990 endete auch das letzte Kapitel in der Geschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit"

We hope to lure our readers via the cultural part into the political one.

Friedrich Torberg, Brief vom 5.11.1953 an Laurence P. Dalcher, Cultural Affairs Officer an der US-Botschaft in Wien *)

Vergeblich warteten im Herbst 1990 die etwa 20 000 Abonnenten und Käufer am Kiosk auf die Oktobernummer des *ENCOUNTER*, einst Speerspitze des intellektuellen Antikommunismus an der europäischen Front des Kalten Krieges, zuletzt „Zentralorgan des Common Sense", wie es Michael Naumann in einem Nachruf in der *Zeit*[1] nannte. Freilich, als Vertreter des Common Sense hatten sich die Leute um Melvin J. Lasky, darunter auch Friedrich Torberg, Ignazio Silone oder Francois Bondy, immer verstanden, war es doch für sie die logischste Sache der Welt, den Kommunismus an allen Ecken und Enden mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen. Manche, wie James Burnham, Arthur Koestler oder Franz Borkenau, gingen sogar bis zur Befürwortung eines Einsatzes der Atombombe.

Nur wenige Monate vor der Einstellung schien es noch, als hätte die Zeitschrift es geschafft, sich in einem neuen Aufschwung einzupendeln. Man nahm lustvoll an der Liquidationsdiskussion der kommunistischen Ostregime teil. Für diese Lust gab es auch alle Rechtfertigung. Man fühlte sich auf der Siegerseite im Kalten Krieg. Die letzten Nummern enthielten ein Symposion über den „Tod des Kommunismus", ausführliche Analysen über die Situation der Baltischen Staaten und die letzte Nummer vom September 1990 aus Anlaß des 40jährigen Gründungstages des „Kongresses für Kulturelle Freiheit" einen würdigenden Artikel von Edward Shils. Der zweite Teil davon sollte nicht mehr in Druck erscheinen.

Im März 1953 waren Stephen Spender und dem amerikanischen Journalisten Irving Kristol, vom „Kongreß für Kulturelle Freiheit" die Führung eines in London zu gründenden Magazins ähnlich den schon früher ins Leben gerufenen *Der Monat* (durch Melvin Lasky 1948 in Berlin) und *Preuves* (durch François Bondy 1951 in Paris) angetragen worden. Ab Jänner 1954 erschien dann Friedrich Torbergs *FORVM*, im April 1956 begannen Ignazio Silone und Nicola Chiaromonte mit *Tempo Presente*. Nissim Ezekiel begann im August 1955 in Bombay mit *Quest*, einem vornehmlich literarischen Magazin, da Pandit Nehru dem „Kongreß" erhebliches Mißtrauen entgegenbrachte - vermutete er doch dahinter die Arbeit amerikanischer Agenten.[2] Aber, so der bisher einzige Chronist dieser Ereignisse, Peter Coleman, langjähriger Chefredakteur des *Quadrant*, der Australischen Publikation des „Kongresses": Die „politischen Absichten (des Kongresses, Anm. d. Verf.) schlugen in sehr moderater Weise doch durch".[3]

Die erste Nummer von *Quadrant* war im Herbst 1956 unter der Leitung des Lyrikers James McAuley erschienen, der später von Coleman abgelöst worden war.

Weiters wurden unter der Ägide des „Kongresses" *Science and Freedom*, *Soviet Survey* und *Forum Service*, durchwegs Fachpublikationen mit Trendanalysen und Insider-Informationen aus Wissenschaft, der Sowjetunion und dem Ostblock sowie Dritte-Welt-Staaten publiziert.

Die Herausgeber-Konstruktion des *ENCOUNTER* mit dem Amerikaner Irving Kristol und dem britischen Poeten Stephen Spender war ähnlich der beim *FORVM*. Auch hier hatte man dem amerikanischen Staatsbürger Friedrich Torberg den österreichischen Romancier Alexander Lernet-Holenia als Mitherausgeber beigegeben. Lernet aber nahm im Gegensatz zu Spender keinerlei redaktionelle Arbeit auf sich und schrieb was und wann er wollte.

Irving Kristol kam aus Brooklyn, war zuvor stellvertretender Chefredakteur bei *Commentary* und hatte die linkslastige Intellektuellenschmiede der Zwanziger- und Dreißigerjahre, das City College New York[4], absolviert, an dem auch Melvin Lasky, Daniel Bell, Sidney Hook sowie Whittaker Chambers und Malcolm Muggeridge studiert hatten.

Covert operations im Dienste des Kalten Krieges

Der „Kongreß für Kulturelle Freiheit" war - abgesehen von der Frage, warum er gegründet und wie er finanziert worden war - ein Glied in einer breit angelegten antikommunistischen Front im Kalten Krieg. Um die ökonomische „reconstruction" in Europa durch die Marshallplan-Gelder abzusichern, setzten die Amerikaner flankierende Maßnahmen: Der „Kongreß für Kulturelle Freiheit" diente der Absicherung der intellektuellen Front. Vor allem den sogenannten „heimatlosen Linken" wurde damit ein Diskussionsforum geboten, das heißt, jene, die sich nach den stalinistischen Schauprozessen der 30-er Jahre, dem Hitler-Stalin-Pakt oder später nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 von der Sowjetunion abgewandt hatten, sollten nun - insbesondere

*) Laurence P. Dalcher, Cultural Affairs Officer an der US-Botschaft in Wien, zuständiger Presseoffizier für den *Wiener Kurier* und den Sender „Rot-Weiß-Rot". In der Folge sämtliche Übersetzungen durch den Verfasser.

[1] Michael Naumann: *„Melvin, du hast gewonnen". Mit dem Ende des Kalten Krieges kam das Aus für den „Encounter"*. In: *Die Zeit*, 21/1991, 74.

[2] Peter Coleman: *The Liberal Conspiracy*. New York 1989, 91.

[3] Ebd.

[4] Sidney Hook unterscheidet allerdings sehr genau zwischen den Zwanziger- und Dreißigerjahren am City College. Vgl: Sidney Hook: *Out of Step*, New York 1987, 39 ff.

nach Stalins Tod 1953 - von einer Re-Orientierung am sowjetischen System abgehalten werden. Zudem war den USA sehr daran gelegen, die Faszination für linke Ideen unter den italienischen und französischen Intellektuellen wenigstens unter Kontrolle zu halten. Thomas Braden, Ex-CIA-Mann und einer, der sich die Mitgründung des „Kongresses" auf seine Fahnen heftet, nennt das „die Schlacht um Picassos Gedanken"[5].

Die Organisation Cladio, Vereinigungen wie Franz Olahs „Österreichischer Wanderer-, Sport- und Geselligkeitsverein"[6] oder internationale Flüchtlingsorganisationen, die Ostflüchtlinge auffangen, aushorchen und weiterleiten sollten, sind weitere Beispiele wie ganz Europa mit einem Netz von Informationslieferanten im Einsatz an der Front des Kalten Krieges überzogen war.

An allen diesen Operationen war die CIA (Central Intelligence Agency) mit finanziellem und organisatorischem Einsatz mehr oder weniger beteiligt. Außerdem wurden von der „Agency" die Auslandsprogramme der National Student Association (NSA), von Gewerkschafts-, Juristen-, Frauen- und allerlei wissenschaftlichen sowie von diversen Austauschorganisationen in Europa gesponsert.

Wer hat nun den „Kongreß für Kulturelle Freiheit" gegründet? Es gab drei Gruppen, die bei der Gründung möglicherweise zusammenarbeiteten oder später zusammenfanden, doch sie alle hatten jeweils auch eine eigene Motivation: Die Gruppe rund um Arthur Koestler, James Burnham und Sidney Hook, die meisten von ihnen Ex-kommunisten und Warner vor den Gefahren stalinistischer Infiltrationsmethoden; mit dabei auch Manès Sperber, Franz Borkenau und der Wiener Physiker und Friedensaktivist Hans Thirring; und außerdem die Gruppe um Melvin Lasky, Michael Josselson und Boris Shub, junge Offiziere und Korrespondenten, meist tätig im Dienste der US-Militärbehörden und mit kulturpolitischen Ambitionen behaftet - sie standen zwischen der Gruppe der älteren, berühmten Autoren und Philosophen und dem US-Geheimdienst CIA, mit Allan Dulles im Spitzengremium und Thomas Braden,[7] der ab 1950 in der CIA als Abteilungsleiter für kulturelle Angelegenheiten und zeitweise auch in Berlin im Einsatz war.

In Berlin hatten die Proponenten des „Kongresses" in Oberbürgermeister Ernst Reuter, in Willy Brandt und anderen SPD-Größen wie Kurt Schumacher oder Carlo Schmid wichtige Verbündete und Geldgeber gefunden.

In diesem Zusammenhang sollte festgehalten werden, daß die Ziele des „Kongresses" mit jenen der CIA auffallend deutlich korrelierten. Thomas Braden vertritt auch heute noch die Ansicht, daß im Kampf gegen die sowjetische Infiltration auf die Sozialdemokraten (vorzugsweise rechts der Mitte) mehr Verlaß gewesen wäre als auf konservative Politiker und daß es wichtig war, die sogenannten „heimatlosen Linken" möglichst an sich zu binden.[8]

Es läßt sich heute noch nicht klar sagen, ob die CIA Initiator war, wie das Braden gerne hinstellt, oder ob die „Agency" erst beim oder nach dem Gründungskongreß in Berlin 1950 aufsprang, indem sie Mike Josselson[9] als Administrator einschleuste oder ihn erst dann anheuerte, als er dies schon war und damit sicher sein konnte, daß die Gelder richtig kanalisiert würden. Jedenfalls enthüllten 1966/67 die *New York Times* und das kalifornische Studentenmagazin *Ramparts*[10] die umfangreichen geheimen Operationen (covert operations) der CIA: Seit den frühen Fünfzigerjahren waren die National Student Association, Gewerkschaftsverbände, der „Kongreß für Kulturelle Freiheit" und andere Organisationen von CIA-Leuten unterwandert und im wesentlichen auch finanziert worden.

Es war die Leistung des späteren CIA-Chefs und damaligen Deputy Director for Plans Allan Welsh Dulles, diese geheimen Gegen-Unterwanderungsstrategien auszuhecken.[11] Dazu erfand man ein raffiniertes System der Geldverteilung an jene Institutionen, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eine mediale Abstützung der US-Politik gewährleisten sollten. Das Geld wurde durch ein „passthrough"- oder „tripple pass"-System verteilt. Man gründete sogenannte „dummy"-Foundations (Schein-Stiftungen), die manches Mal nur Briefkasten-Stifungen waren, wie beispielsweise „Edsel Fund", „Gotham Foundation", „Price Fund", „Alexander Hamilton

---

[5] Gespräch d.Verf. mit Thomas Braden in Washington DC vom 9. September 1986.

[6] Vgl. Fritz Keller/Elisabeth Hirt: *Die CIA als Mäzen. Oder: Wie autonom ist die Kunst?*. In: *Zeitgeschichte*, 9+10/1986; Wilhelm Swoboda/Franz Olah: *Eine Spurensicherung*. Wien 1990.

[7] Thomas W. Braden, geb. 1918 in Dubuque, Iowa (USA), im Zweiten Weltkrieg im Office of Strategic Services (OSS), laut eigenen Angaben schon mit Allen Dulles in Bern tätig, nach dem Krieg Englischlehrer am College in Dartmouth, dann zwei Jahre Generalsekretär am Museum of Modern Art in New York; wurde von Allan Dulles, der ebenfalls nach dem Krieg für einige Zeit in seine Anwaltskanzlei zurückgekehrt war, zur CIA geholt und war von 1950-54 als Abteilungsleiter für kulturelle Angelegenheiten in Übersee tätig. Danach wurde er Präsident des California Board of Education. Dort wurde er bekannt durch sein Eintreten für eine liberale Auslegung der akademischen Freiheiten, indem er z.B. gegen ein Verbot von J.D. Salingers *The Catcher in the Rye* eintrat. Seit Jahren ist Braden bei der Fernsehgesellschaft CNN als Verfechter liberaler Außenpolitik in der Sendung „Crossfire" tätig. Vgl.: *The CIA-Man who Told:* In: *The New York Times*, 8. 5. 1967.
Das Office of Strategic Services war die Vorgängerorganisation der CIA, es war aber ein wesentlich offenerer Informationsdienst als diese, daher kann nicht jeder, der für das OSS arbeitete, gleich als Geheimagent angesehen werden.

[8] Gespräch mit T. Braden vom 9. September 1986.

[9] Michael Josselson, geb. 1908 in Russland, aufgewachsen in Deutschland, war Manager für Departmentstores in Paris vor dem Zweiten Weltkrieg. Während des Krieges, ebenso wie Thomas Braden im OSS und an der Front in Europa. Nach dem Krieg war er Kulturoffizier der US-Militärbehörde in Berlin und setzte sich vor allem für die Entnazifizierung von Wilhelm Furtwängler ein. Vgl. ausführlicher: Christopher Lasch: *The Cultural Cold War: A Short History of the Congress for Cultural Freedeom*. In: Ders.:*The Agony of the American Left*. New York 1972, 100; Hilde Spiel: *Welche Welt ist meine Welt*. München/Leipzig 1990, 31 ff.

[10] *The New York Times*, 27.4.1966; Sol Stern: *A Short Account of International Student Politics & the Cold War*. In: *Ramparts*, März 1967, 29-38.

[11] John Ranelagh: *The Agency - Rise and Decline of the CIA*. Cambridge, 1988, 220.

Fund", „Borden Trust", „Beacon Fund" und „Kentfield Fund". Als Zeitungsreporter versuchten, die Adressen der in Frage stehenden Stiftungen ausfindig zu machen, stiessen sie auf Anwaltsfirmen, Briefkasten- oder Bankadressen. Die Scheintätigkeit dieser Stiftungen wurde vom Wright-Patman-Ausschuß des US-Senats schon 1964 entlarvt. Der Geldtransfer von der CIA erfolgte entweder direkt oder über diese Schein-Stiftungen an echte Stiftungen wie der „Catherwood Foundation" in Pensylvania, der „Hobby-Foundation" in Houston, Texas, oder der „Hoblitzelle Foundation" in Dallas, Texas sowie der „Ford"-, „Farfield"- etc. -Foundation. Von diesen floß das Geld dann in die verschiedenen Institutionen.[12]

Die eingesetzten Mittel bewegten sich in ansehnlichen Größenordnungen. Die National Student Association erhielt zwischen 1950 und 1966 jährlich zwischen 200.000 und 400.000 Dollar, insgesamt sollen es 3,3 Millionen Dollar gewesen sein. Die „M.D. Anderson Foundation" in Houston, Texas, überwies zwischen 1958 und 1964 Beträge in der Gesamthöhe von 655.000 Dollar an den „American Fund for Free Jurist Inc." in New York. Zwischen 1950 und 1966 erhielt der „Kongress für Kulturelle Freiheit" Beträge von rund 800.000 Dollar jährlich.[13]

Melvin Lasky vertrat immer den Standpunkt, daß die Idee, ein Magazin, *Der Monat*, und später den „Kongreß" zu gründen allein seine gewesen sei.[14] Er lehnt die Theorie von einer Mitwirkung der CIA bei der Gründung des „Kongresses" vehement ab.[15] Dies sei von verschiedenen Leuten aus individuellem Engagement geschehen. Er selbst habe das alles aus der Inspiration des Augenblicks heraus initiiert. Man sei besonders im „Kongreß" strikt gegen zuviel Staat gewesen, gegen jede Einmischung des Staates in kulturellen Fragen, denn das war ja gerade die Strategie der Gegenseite, die ihre Schriftstellerkongresse auf Initiative und unter der Kontrolle des KGB aufziehen ließ. Es wäre also absurd, zu glauben, Leute wie Koestler, Lasky oder Nabokov hätten im Auftrag der CIA gehandelt.

Diese Frage wird sich so lange nicht schlüssig beantworten lassen, solange die in Chicago liegenden Dokumente[16] - auch die Korrespondenz und Papiere des aufgelassenen *Monat* liegen dort - nicht allgemein zugänglich sind. Prof. Edward Shils, ein langjähriger Beteiligter am „Kongreß" hält dort ein wachsames Auge darauf, daß nur genehme Forscher Zugang erhalten.

Der „Kongress für kulturelle Freiheit"

Der „Kongreß für Kulturelle Freiheit" (Congress for Cultural Freedom, Congrés pour la Liberté de la Culture) fand als Kongreßveranstaltung in Berlin vom 26. bis zum 30. Juni 1950[17] statt und wurde fortan zur Institution mit Generalsekretariat in Paris. Für diese Veranstaltung und die ganze Organisation sicherte man sich die Unterstützung einiger Persönlichkeiten von bedeutendem internationalem Prestige. Im Ehrenpräsidium schienen auf: Benedetto Croce, John Dewey, Karl Jaspers, Bertrand Russel. Im Berliner Komitee: Ernst Reuther, Edwin Redslob, Rektor der Freien Universität, Otto Suhr, Direktor der Hochschule für Politik. Der Philosoph Denis de Rougemont wurde Präsident des Exekutivkomitees, der Komponist Nicolas Nabokov, Cousin des Schriftstellers Vladimir Nabokov, fungierte als Generalsekretär, und Michael Josselson, ein ehemaliger Geschäftsmann und nach dem Kriege in Berlin Beauftragter der US-Militärregierung für Kultur, wurde Chefadministrator des Unternehmens mit Sitz am vornehmen Boulevard Hausmann in Paris. Aus Österreich waren anwesend: Franz Borkenau, Rudolf Brunngraber, Felix Hubalek, Fritz Molden, Peter Strasser, Hans Thirring und Hilde Spiel, die allerdings nicht in der offiziellen Anwesenheitsliste aufscheint, da sie als Gattin von Peter de Mendelssohn teilnahm.

---

[12] Diese Angaben stammen aus *Facts on File*, Amerikahaus Wien, Jg. 1967.

[13] Diese Zahlen sind ebenfalls aus *Facts on File*, Jg. 1967. Lasky bezweifelt, daß die Summe von 800.000 Dollar jährlich für den Kongreß korrekt ist: „When I asked Peter Coleman, he knew there was an estimate of 800.000 Dollars and he thought that was completely unreliable, he tried to double check it and tripple check it, but there was no way of checking it. Nobody says it was less, nobody says it was more, it could be right, but I doubt it." Gespräch d.Verf. mit Melvin Lasky vom 1. März 1991.
Ich führte zwei Gespräche mit Lasky, beide über vier Stunden lang. Das erste fand in London im September 1990 statt, bei dem Lasky keine Tonbandaufzeichnung zuließ. Erst nach dem Gespräch meinte ein etwas erschöpfter Lasky nach brillianter Rede: „Sie hätten das aufnehmen sollen". Beim zweiten Gespräch vom 1. März 1991 in Lans bei Innsbruck gestattete Lasky eine Aufzeichnung.

[14] Lasky auf meinen Einwurf, er hätte mit CIA-Unterstützung gearbeitet: „The whole thing here and the whole strategy of the left in Germany and in Austria and everywhere is this whole Verschwörungssache. That there is an executive committee of the culturally ruling class that takes and manipulates all these people and everybody is gedeckt. Nothing happens by accident, nothing happens in the excitement of the living events. No, no, I was never gedeckt. Und denn natürlich war dies ein Politikum. No, it's absolutly screwy! Because when General Clay heared about that speech*), he wanted to expell me. Everybody knows that." Gespräch mit Lasky vom 1.März 1991; *) vgl. Anmerkung 18; zu „gedeckt" vgl. Fußnote 24.

[15] Lasky erneut auf meine Feststellung, daß man heute allgemein annehme, die CIA hätte den „Kongreß" gegründet:
L: Blöd. Absolut blöd. This is a conspiracy of fake stories. Fake!
T: Then tell me how it was!
L: Koestler and Burnham had their points of view, I had my points of view and we talked about it and other people talked about it and we worked on a consensus. Nobody was gedeckt and nobody was somebody elses agent.
T: Was Koestler ever in touch with the CIA?
L: Probably. Everybody was in touch with the CIA. Every newspaperman was in touch with the CIA. Everybody knew who the CIA-man was in Berlin, in Paris and in ... They were a source of information.
Als wichtigste Quelle für die CIA-These gelten die Aussagen Thomas Bradens. Dazu Lasky: „He is not a serious person. He wasn't then a serious person. He came from the OSS - oh so social! Ein politischer Abenteurer. He never learned very much. His great achievement was, in order to defend the CIA, he blew off. ... An idiot. He is a fool that's all I can tell."
Vgl. dazu auch Bradens Artikel über die geheimen CIA-Finanzierungen u.a. des „Kongresses für Kulturelle Freiheit": Thomas W. Braden: *I'm Glad The CIA Is 'Immoral'*. In: *Saturday Evening Post*, 20. 5. 1967 und *What's Wrong With The CIA?*, In: *Saturday Review*, 5.4.1975.

[16] Committee on Social Thought, University of Chicago, unter der Leitung von Edward Shils.

[17] Vgl.: *Der Monat*, 22+23/1950.

Der „Kongreß" ist jedoch untrennbar mit dem Namen Melvin J. Lasky verbunden, der nach Kriegsende mit der US-Militärregierung nach Berlin gekommen war und im Oktober 1947, gerade 27 Jahre alt, in die Schlagzeilen kam. Beim „Ersten Deutschen Schriftstellerkongreß" vom 5. bis 8. Oktober im Berlin der vier Besatzungszonen durchbrach er die sorgfältig arrangierte sowjetische Propagandastrategie, indem er von der Bühne der Kammerspiele im Ostsektor den kommunistischen Vertretern aus Deutschland und der Sowjetunion entgegenhielt:

Wir wissen doch, wie seelentötend es sein muß, zu arbeiten und zu schreiben, wenn uns ständig der politische Zensor über die Schultern schaut und hinter diesem steht wiederum die Staatspolizei. Bedenken Sie wie sich ein russischer Schriftsteller fühlen mag, wenn er sich dauernd Sorgen machen muß, ob die neue Parteilinie der revidierten Staatsdoktrin des 'Sozialistischen Realismus' oder 'Formalismus' oder 'Objektivismus' oder was immer es sei schon wieder passé ist und nun die Bezeichnung 'dekadentes konterrevolutionäres Werkzeug der Faschisten' trägt. Bedenken Sie, wie beschämend es für einen brillianten Künstler wie Sergei Eisenstein - dessen „Schlachtschiff Potemkin" und „Zehn Tage, die die Welt erschütterten", im Westen als Meisterwerke des Kinos geschätzt werden - sein muß, alle paar Jahre vor einem kalten, mißtrauischen Politbüro erscheinen und zugeben zu müssen, daß er die wahren ästhetischen Prinzipien, die die Grundlage aller sowjetischen Kunst bilden, bislang nicht verstanden habe.[18]

Daraufhin verließ Major Alexander Dymschitz, der für Schriftsteller in der Ostzone zuständige Kommissar und Organisator des Kongresses, mit dem Schriftsteller Valentin Katajew den Saal. Einige deutsche Kommunisten folgten. Doch Lasky ließ sich nicht irritieren. Er verwies vielmehr darauf, daß erst kürzlich die Werke des Philosophen Alexandrov als „sklavische Anbiederung an westliches Gedankengut" verurteilt worden waren. „Kriegshetzer", kam es ihm aus dem Publikum entgegen, aber es waren nur vereinzelte Rufe, wie auch die Meinung Katajews, der Laskys Angriff mit den Methoden von Goebbels verglich. Die Vorsitzende, die 81-jährige Richarda Huch, „deren guten Namen die Sowjets versucht hatten auszubeuten, umarmte Lasky und dankte ihm aufrichtig", berichtet Boris Shub.[19]

Damit war die einhellige Atmosphäre, die einer „elaborierten Moskauer Theater Produktion" glich, so Shub, gründlich gestört, das Schisma in der deutschen Kulturpolitik ausgebrochen und der Kalte Krieg im europäischen Kulturbetrieb endgültig manifest geworden.

Lasky war jedenfalls außerordentlich gut informiert über politische und kulturpolitische Vorgänge vor und hinter dem Eisernen Vorhang. Die offiziellen amerikanischen Stellen hatten den von Moskau aufgezogenen und dirigierten „Deutschen Schriftstellerkongreß" völlig verschlafen. Oder man maß dem dabei zu erzielenden Propagandawert keine Bedeutung bei. Vielleicht wollte man auch nur dokumentieren, daß man tolerieren wolle, was „den Beziehungen zwischen den noch Verbündeten dienlich oder nützlich schien", wie Hilde Spiel die Zusammenkünfte zwischen den spätern Kalten-Kriegs-Gegnern auslegt.[20] In Wirklichkeit hatte die Konfrontation zwischen den Supermächten längst begonnen. „Im Frühjahr 1947 war der Kalte Krieg bereits voll im Gange", schreibt John Ranelagh.[21] Schon in dieser Zeit konnte jeder, der sich zum Ziel setzte, kommunistische Aktionen und Ziele zu bekämpfen beziehungsweise in geheimen Aktionen zu unterwandern, mit sicherer Hilfe der CIA rechnen.[22]

Heute besteht Melvin Lasky darauf, daß seine Rede einer rein individuellen Eingebung entsprungen sei.[23] Dieter Lattmann ist anderer Meinung: „Es ist trotz seiner Unabhängigkeitsbeteuerungen nicht anzunehmen, daß er ungedeckt sprach. Denn natürlich war es ein Politikum."[24] „Da sich Laskys Rede an die drei sowjetischen Gastliteraten wandte (...) war eine scharfe Provozierung beabsichtigt", schreibt dazu Hans Mayer und folgert: damit „brach zum ersten Mal, auch im offiziellen Kulturbereich, die prätentierte Einheit zwischen West und Ost auseinander".[25]

Lasky ging seinen Weg folgerichtig weiter. Im Oktober 1948 erschien die erste Nummer der Zeitschrift *Der Monat* in Berlin und im Sommer 1950 folgte die Gründung des „Kongresses für Kulturelle Freiheit". Mayer nennt dies die „*zweite* Konfrontation" der „von nun an gegeneinander arbeitenden Weltmächte".[26]

ENCOUNTER: „... our greatest asset"[27]

Mit der Institutionalisierung des „Kongresses" stellte sich auch die Frage nach geeigneten propagandistischen Mitteln, um die eigene Ideologie zu verbreiten. Lasky hatte hierzu bereits Vorgaben geleistet: Mit der schon 1948 mit Hilfe der US-Militärregierung in Berlin gegründeten Zeitschrift *Der Monat* zeigte er, wie man mit Kultur Politik macht. In einem von ihm verfaßten Exposé zur beabsichtigten Blattlinie des *Monat* läßt sich eine recht subtile Strategie erkennen:

Die Themen sollen von den russischen Problemen, der Deutschlandfrage bis zu europäischen Aufgaben reichen, vom Konflikt der Ideologien und Ideen bis zur umfassenden Diskussion der 'Krise der Zivilisation'(...) Etwa jede dritte Nummer soll ein kleines Symposion zu irgendeinem aktuellen politischen Thema enthalten. Da können auch ohne größeres Risiko ein oder zwei kürzere Aufsätze aufscheinen, welche sonst unter das Verdikt „zweifelhaft" oder „unbrauchbar" fallen würden, weil sie entweder logische Fehler oder emotionale Überspanntheit oder ähnliches aufweisen. Die anderen Essays im Symposion sollen dann als Korrektive dienen, und die editorische Einleitung muß ihre

[18] Zu Laskys Rede vom 6. Oktober 1947 in Berlin vgl.: Boris Shub: *An incident in Berlin*. In: *ENCOUNTER*-Festschrift zum 60. Geburtstag von Melvin Lasky (Hrsg. von Helga Hegewisch), London 1980 (= ursprünglich Kapitel 5 in: Boris Shub: *The Choice*. New York 1950).

[19] Ebd.

[20] Spiel, *Welt*, 24 f.

[21] Ranelagh, *Agency*, 216.

[22] Ebd.

[23] Gespräch mit M. Lasky vom 1. März 1991.

[24] Dieter Lattmann (Hrsg.): *Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart*. Taschenbuch-Ausgabe, Bd. 1, Frankfurt/M. 1980, 56 f.

[25] Hans Meyer: *Die unerzogene Literatur*. Berlin 1988, 39.

[26] Ebd.

[27] „(...) unser wichtigster Aktivposten", zitiert nach: Coleman, *Conspiracy*, 59.

eigenen Ziele verfolgen. Damit erreicht man den Effekt vielseitiger Argumentationslinien im Magazin und vermeidet beim Leser den Eindruck von indoktrinierender Propaganda.[28]

Er hatte damit eigentlich nichts anderes gemacht, als Sartres Forderung nach einer 'literature engagé' auf einer anderen Wellenlänge zu entsprechen.

Friedrich Torberg war ein gelehriger Schüler dieses Meisters der journalistischen Propaganda. In Torbergs Exposé zur Gründung des *FORVM* heißt es unter anderem:

Die besondere Note der Zeitschrift - die sich vor allem gegen den Kommunismus und seine intellektuellen Infiltrationsmethoden, aber auch gegen alle anderen totalitären Ideologien richtet (...) Die häufig genannte 'heimatlose Linie', als deren Repräsentanz etwa der Berliner 'Monat' gelten mag, soll hier ebenso zu Wort kommen wie die weit seltener genannte 'heimatlose Rechte' (...) Die Mitglieder des vorbereitenden Arbeitsausschusses (...) halten eine solche Zeitschrift (...) für das denkbar wichtigste Kampfmittel im Sinne dieser Bestrebungen. (...) den militant demokratischen, jedoch nicht parteigebundenen Kräften eine Plattform bietet.[29]

In einem Brief an Laurence Dalcher wird Torberg noch deutlicher:

Wir hoffen, unsere Leser über den Kulturteil in den politischen locken zu können. Brutal gesagt, wir wollen ihnen Politik unter dem Vorwand von Kultur verkaufen.[30]

Für Robert Jungk waren die dahinter liegenden Absichten schnell erkennbar:

Die Kommunisten sind eine ganze Weile lang recht erfolgreich gewesen mit ihren Frontorganisationen. Sie haben versucht, scheinbar objektive, nichtkommunistische Ziele zu verfolgen, hinter denen sie aber gesteckt sind. Dazu sind dann die Gegenorganisationen gegründet worden. Da war es ganz klar, daß der Westen das imitiert. Und der Kongreß ist eine Imitation, ich habe ihnen das von Anfang an gesagt, ihr imitiert kommunistisches Verhalten. Der Westen hat immer, anstatt seine eigene Politik zu verfolgen, den Osten imitiert und hat dadurch totalitäre Vorgangsweisen und Täuschungsmanöver auf sich genommen. Was sind denn die Contras? Das Gegenstück zu kommunistischen Guerillas.[31]

Der Poet Stephen Spender allerdings stöhnte unter den inneren Voraussetzungen für seine Arbeit beim *ENCOUNTER*, der nach dem selben Muster gestrickt wurde:

Die Arbeit des Literatur-Redakteurs in einem Magazin, das in seiner Grundlinie sowohl politisch als auch literarisch sein will, ist immer sehr frustrierend, weil das Politische, das sich unmittelbarer ereignet, dazu neigt, das Literarische hinauszudrängen, da man von diesem annimmt, es sei sowieso unsterblich und könne daher - nach Ansicht des Politik-Redakteurs - warten bis in alle Ewigkeit.[32]

Als im Oktober 1953 die erste Nummer des *ENCOUNTER* in einer Auflage von zehntausend Exemplaren unter der Herausgeberschaft von Stephen Spender und Irving Kristol erschien, war sie innerhalb einer Woche vergriffen. Es gab damals kaum Vergleichbares in England. Das Heft enthielt Auszüge aus den Tagebüchern von Virginia Woolf, Gedichte von Edith Sitwell und C. Day Lewis, Memoiren von Albert Camus und Christopher Isherwood, Artikel von Spender, Kristol und Nabakov und einen Essay von Leslie Fiedler über den Fall Rosenberg.

Lasky hatte mit dem *Monat* das Schema für alle anderen „Kongreß" -Zeitschriften vorgegeben. Er, Francois Bondy und Mike Josselson, haben die „Kongreß" -Zeitschriften eng kontrolliert. Es gibt umfangreiche Briefwechsel unter anderem zwischen Josselson und Bondy mit Friedrich Torberg, in denen Torberg stets harscher Kritik unterworfen wird, er hielte sich nicht an die Absichten und Ziele des „Kongresses". Schon zu Beginn des *FORVM*, im Jänner 1954, mußte sich Torberg von Bondy sagen lassen:

Ich bitte Sie sehr darum, mir in Zukunft die Möglichkeit zu geben, mein Interesse am 'Forum' zu bestätigen, indem Sie mir stets rechtzeitig und soweit als irgend möglich Einblick in alle vorgesehenen und vorliegenden Beiträge usw. geben und mich auch über alles Sonstige, was mich am 'Forum' interessieren kann, möglichst ausführlich informieren.[33]

Josselson wirft Torberg 1958 vor: „nach 5 Jahren (...) haben Sie immer noch nicht begriffen, was der Kongreß mit all seinen Aktivitäten, auch mit seinen Magazinen, eigentlich will."[34] Torberg wollte nicht begreifen. Also zog der „Kongreß" 1961 den Großteil seiner Subvention ab. Der Hans Deutsch Verlag übernahm das *FORVM*, der „Kongreß" steuerte weiter 10.000 Dollar im Jahr bei. 1964 geriet der Deutsch Verlag in Schwierigkeiten. Dies war der Punkt, wo sich der „Kongreß" endgültig zurückzog. Torberg und vor allem Günther Nenning konnten aber durch neue Geldgeber das *FORVM* vor der Einstellung retten.[35]

---

[28] Melvin J. Lasky: *MEMO: Outline of Contents for DER MONAT*, datiert: New York, 7th July 1948, im Torberg-Nachlaß, Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek.
Der persönliche Nachlaß Torbergs wurde von diesem testamentarisch der Wiener Stadt- und Landesbibliothek vermacht und ist in 34 Schachteln untergebracht. Zum Zeitpunkt der Durchsicht war der Bestand noch nicht katalogisiert. Die hier zitierten Dokumente befinden sich zwischen A4 Doppelblättern z.T. beschriftet in den Schachteln 1, 17 und 18. Seine literarischen Schriften hat Torberg der österreichischen Nationalbibliothek hinterlassen.
Lasky gibt in diesem *Memo* auch ein Beispiel für seine editorische Strategie: „A Symposium on 'Marxism in Crises', which would include a statement by a Marxian socialist (but not Bolshevik), by an anti-Marxian socialist, by an anti-Marxian antisocialist democrat, by a Christian socialist, by a Catholic conservative, etc. etc. A symposium on 'What Does the West Stand for?' which would include statements of principles somewhat one-sided in character, e.g. the notion of humanist religion as being central, or some special attitude on the 'people' or the 'masses'. As noted above, the positions would criss-cross, and in the editorial arrangement it can be so arranged so that the fuzziness, the confusions, the contradictions of certain contributors, emerge rather clearly."

[29] *Exposé einer mit Hilfe des 'Congres pour la Liberté de la Culture' in Wien herauszugebenden Zeitschrift*, datiert: Wien im Juli 1953 - Nachsatz: „Das vorstehende Exposé, das eine Anzahl technischer und taktischer Detailfragen unberücksichtigt läßt, weil sie besser im persönlichen Einvernehmen mit den Vertretern des 'Congres' geklärt werden, wurde von Friedrich Torberg im Einvernehmen mit Felix Hubalek und Friedrich Hansen-Loeve ausgearbeitet und ist als verbindliche Erklärung der drei Genannten anzusehen." Torberg-Nachlaß.

[30] Brief Torbergs an L. Dalcher vom 5. November 1953 (vgl. Motto dieses Artikels), Torberg-Nachlaß.

[31] Gespräch d. Verf. mit Robert Jungk vom 25. Mai 1987.

[32] Stephen Spender: *Journals 1939-1983* (Hrsg. von John Goldsmith), New York 1985, 130.

[33] Brief Bondys an Torberg, 13. Jänner 1954, Torberg-Nachlaß.

[34] Brief Josselson an Torberg, 3.April 1958 (engl.), Torberg-Nachlaß.

[35] Torberg übergab 1966 das *FORVM* an Günther Nenning unter der Bedingung, es forthin unter *Neues Forum* erscheinen zu lassen. Nenning drehte in der Folge die politische Linie der Zeitschrift völlig um, was ihm z.B. von Lasky wenig schmeichelhafte Attribute einbringt. Man kann daher vom heutigen, von Gerhard Oberschlik herausgegebenen und zurückbenannten *FORVM* nicht, wie dieser es gerne süffisant tut, von der letzten noch existierenden „Kongreß" -Zeitschrift sprechen.

Im April 1958 verlangte Josselson einen Zusatz zum Impressum des *FORVM*:

Die im „Forum" ausgedruckten Ansichten sind nicht für diese internationale Vereinigung verbindlich, sondern erscheinen unter der ausschließlichen Verantwortung der Mitarbeiter, bzw. der Redaktion des 'Forum'.

Kernpunkt des ständigen Streits zwischen der Zentrale des „Kongresses" in Paris und Torberg war dessen ausgeprägtes Bedürfnis, Fehden und Polemiken vom Zaum zu brechen. Josselson formuliert auch die Strategie des „Kongresses":

Sie machen ein Magazin für die schon Überzeugten. Wir aber, und das ist auch der Grund, warum wir den 'Kongreß' gegründet haben, versuchen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, unsere Anliegen so zu präsentieren, daß sie, wie wir hoffen, eine Markierung im Denken unserer Feinde hinterlassen mögen.[36]

Schließlich kommt von Bondy die Drohung:

„Wenn Du in dieser entscheidenden Frage den entgegengesetzten Weg gegen willst wie alle anderen 'Kongreß'-Zeitschriften, so wirst Du es nicht länger im Namen des 'Kongresses' und unter Berufung auf ihn tun können.[37]

Dieser Exkurs vom *ENCOUNTER* zu Torberg war notwendig, um zu zeigen, wie sehr die Zeitschriften doch von den Vorstellungen des CIA-Mannes Mike Josselson abhängig waren, der die Pariser Zentrale mit großem Sachverstand und routinierter administrativer Übersicht leitete. Aber auch Josselson, der selbst zugab, von der Finanzierung durch die CIA gewußt zu haben, bestritt vehement, daß der Geheimdienst Einfluß ausgeübt habe: „Ich hätte sofort gekündigt, wenn die CIA versucht hätte, mich in irgend einer Art zu beeinflussen. Sie hat es nie getan."[38]

Es scheint sich hier der glückhafte Umstand eingestellt zu haben, daß die CIA gar keinen direkten Einfluß auf die von ihr finanzierten Magazine zu nehmen brauchte, denn die Herausgeber und Chefredakteure und viele ihrer Autoren vertraten pro-amerikanische Standpunkte im großen und ganzen mit dem Selbstverständnis nützlicher Handlanger und unterwarfen sich so einer freiwilligen Selbstkontrolle, die eigentlich keines Einschreitens mehr bedurfte, so jemand das Recht dazu gehabt hätte. Es genügte die geschickt ausgeübte Überzeugungskraft Mike Josselsons, seine Leute dahin zu bringen, wo immer er es für notwenig halten mochte. Dies geschah in monatlich in Paris abgehaltenen Redakteurskonferenzen, den sogenannten „editorial meetings".[39]

Leute wie Edward Shils, Melvin Lasky oder Sidney Hook vertreten bzw. vertraten wie auch Friedrich Torberg, die Ansicht, die CIA-Finanzierung sei ohne ihr Wissen geschehen oder zumindest ohne jede Einflußnahme der CIA auf die Aktivitäten des „Kongresses" und dessen Publikationen erfolgt. Thomas Braden teilte mir dazu mit: „Also wenn in einem Magazin zwei oder dreimal ein uns nicht genehmer Artikel erschienen wäre, hätten wir etwas unternommen." Lasky aber sieht in Braden einen, der sich nur wichtig machten möchte. Sidney Hook nennt in seinem Buch *Out of Step* Christopher Laschs sehr kritische Arbeit, *The Cultural Cold War: A Short History of the Congress for Cultural Freedom*[40], eine „savage misinterpretation"[41], da dieser herausarbeitet, daß die Linie des „Kongresses" sehr eng mit den amerikanischen politischen Intentionen verbunden war und Redakteure und Herausgeber sich eine „self-censorship" auferlegten, „that made any other form of censorship unnecessary"[42]

Ähnliche Querellen wie mit Torberg dürften auch zwischen Josselson und Irving Kristol bestanden haben. Vor allem kritisierte Josselson, daß *ENCOUNTER* sich nicht energischer gegen den latenten Antiamerikanismus vieler britischer Intellektueller stemmte. Und vor allem wollte er von Kristol mehr Augenmerk auf den Kalten Krieg gelegt sehen.[43] Schon eineinhalb Jahre nach der Gründung, also im Februar 1955, begann Nicolas Nabokov, Generalsekretär des „Kongresses", nach einem Nachfolger für Kristol zu suchen. Man faßte zuerst Dwight MacDonald ins Auge. Doch bald fand man, daß dieser zu links und zu unkonventionell war, ein 'lone wolfe', wahrscheinlich auch zu wenig kompromißbereit. Auf den „Agenda" der Redakteurskonferenz vom 30. Jänner 1956 wurden unter „Tagesordnungspunkt IV: Dwight Macdonald" verschiedene Aspekte von dessen persönlicher und publizistischer Rolle im „Kongreß" diskutiert.[44] Später, 1958, wurde ein Artikel MacDonalds vom *ENCOUNTER* sogar zurückgewiesen. Nabokov rechtfertigte dies mit dem Hinweis, daß man die geldgebenden amerikanischen Foundations nicht vergrämen wollte.[45]

1958 hatte der *ENCOUNTER* eine Auflage von 16.000 erreicht und war damit die meistgelesenste kulturelle Monatsschrift Großbritanniens geworden. Man brachte epochale Artikel wie Hugh Trevor-Ropers Polemik gegen Arnold Toynbee, Nancy Mitfords Artikel *The English Aristocracy*, es schrieben unter anderem Autoren wie Bertrand Russel, Albert Camus, Benedetto Croce, Lionel Trilling, Edmund Wilson, George Kennan, Czeslaw Milosz, Herbert Lüthy, Manès Sperber, A.J.P. Taylor, Leslie Fiedler oder A.J. Ayer.

---

[36] Brief Josselson an Torberg, 3.April1958 (engl.), Torberg-Nachlaß.

[37] Brief Bondy an Torberg, 20.Februar 1959, Torberg-Nachlaß.

[38] Zitiert nach: *Facts on File*, Jg. 1967, 239.

[39] Hilde Spiel schrieb mir in einem Brief vom 24.Juli 1987 dazu: „Überdies hatte mir ja Alexander Lernet-Holenia in seiner wahren Unschuld, die auch Torberg rühmt, von den monatlich stattfindenden Zusammenkünften bei Josselson in Paris erzählt, bei denen die verschiedenen Chefredakteure ihre 'Linie' vorgeschlagen bekamen."

[40] Lasch, *Cold War*.

[41] Sidney Hook: *Out of Step*. New York 1987, 471; vgl. dazu auch: Edward Shils: *Remembering the Congress for Cultural Freedom*. In: *ENCOUNTER*, 9/1990.

[42] Hook, *Out of Step*, 75.

[43] Vgl. Coleman, *Conspiracy*, 72.

[44] Agenda Editorial Meeting: Paris 30th January 1956, Torberg-Nachlaß.

45 Vgl.: Lasch, *Cold War*, 74 f.

Auf literarischem Gebiet erfogten der Vorabdruck von Vladimir Nobokovs *Lolita*, sowie Veröffentlichungen von Anthony Burgess, Kingsley Amis, Ignazio Silone, Vaclav Havel, John Wain oder John Weightman.

Irving Kristol legte seine Herausgeberschaft beim *ENCOUNTER* 1958 zurück. Er erlitt ein ähnliches Schicksal wie Friedrich Torberg. Auch er war den „Kongreß"-Leuten zu konservativ und wollte deren Anbiederungskurs an die gemäßigte Linke, der sich in einer deutlichen Sympathiehaltung für die Labour-Party niederschlug, nicht mitmachen. Kristol wich daher in seinen inhaltlichen Schwerpunkten vor allem auf religiöse und ethische Themen aus. Obwohl er - ähnlich wie Torberg im *FORVM* - immer wieder Artikel sozialdemokratischer Politiker, wie von Hugh Gaitskell, Roy Jenkins, C.A.R. Crossland, Richard Crossman, Denis Healy und anderen wichtigen Labour-Führern publizierte, wollte er doch gleichzeitig vermeiden, daß der *ENCOUNTER* ein „Substitut für ein geistreiches sozialdemokratisches Wochenmagazin" werde.[46]

Schlußbemerkungen

Die Leute vom „Kongreß" in Paris wollten sich liberal-fortschrittlich geben, aber strikt antikommunistisch. Die Vordenker der Fünfziger Jahre wie Arthur Koestler, Sidney Hook, Daniel Bell und der österreichische Schriftsteller und Historiker Franz Borkenau propagierten Vorstellungen, die dann von Bell unter dem Titel „Ende der Ideologen" präzisiert wurden. Man versuchte einiges, um von Lagerdenken wie 'rechts', 'links', 'Sozialismus', 'Kapitalismus' und ähnlichem loszukommen. Doch letzten Endes haben sie durch ihre Kampfgebärden, durch die langwährende Ablehnung des Neutralismus, die Verketzerung des sogenannten Fellow-Travellertums doch die Spaltung der Welt vertieft.

Nach Irving Kristols Resignation leiteten Stephen Spender und Frank Kermode die Zeitschrift als Herausgeber. Sie legten ihre Funktion nach den Enthüllungen der *New York Times* und Thomas Bradens unter großer Entrüstung zurück. Danach ging Lasky nach London und übernahm den *ENCOUNTER*. Er machte daraus ein großbürgerliches, kosmopolitisches Magazin, das sich gegen den Strom der linksintellektuellen Moden weiterhin zu behaupten suchte. „Wir waren eine Dissidentenzeitschrift", sagt er heute.[47]

Nachdem der „Kongreß für Kulturelle Freiheit" 1973 liquidiert wurde, konnte *ENCOUNTER* immer wieder Mäzene finden, die eine Weiterführung sicherten. Mit einem Schuldenstand von über 100.000 Pfund mußte die Zeitschrift letztenendes aber doch eingestellt werden.

Wahr ist (leider?), daß heutzutage kein Geheimdienst mehr einen Dollar in solch ein Unternehmen investieren würde. Jetzt sind auch die Privatmäzene abgesprungen: Gerade jetzt, wo die geistige Debatte wieder besonders aufregend wird, schreibt Burkhard Müller-Ulrich in der *Frankfurter Rundschau* und zitiert noch einmal den heute wieder in Berlin lebenden 71-jährigen Lasky: „Die nächsten fünf Jahre möchte ich erleben."[48]

Eine endgültige Beurteilung der Unternehmungen des „Kongresses für Kulturelle Freiheit" bleibt aber noch immer durch zahlreiche im Dunkel gehaltene Informationen verstellt. Sicher ist es keine so verwerfliche Sache, wenn Herausgeber und Journalisten, Dichter und Philosophen ihnen gebotene Gelder und Publikationsmöglichkeiten willig nützen, hatte man doch auch die Gelder aus dem Marshallplan gerne zum Wiederaufbau der Wirtschaft angenommen. Es bleibt nur der bittere Geschmack der Geheimnistuerei, des angeblichen Von-Nichts-Wissens und das Paradoxon des Manipulationsverdachts im Namen der Freiheit der Kultur. Ein offenes Wort zur rechten Zeit hätte einem viele schleimige Anwürfe und eine stets angekratzte Reputation sonst ehrenwerter Leistungen erspart.

Die CIA-Aktion kann man heute wohl als logistische Meisterleistung beurteilen, vielleicht eine der harmlosesten und nützlichsten, die die „Agency" je ausgekocht hatte. Aber warum steht man nicht dazu wie etwa Thomas Braden, der sagt: „Ich bin stolz darauf...".

[46] Coleman, *Conspiracy*, 73.

[47] *Frankfurter Rundschau*, 4. 2. 1991.

[48] Ebd.

Rezensionen

ALEXANDER MENSDORF: *Im Namen der Republik. Rechtsextremismus und Justiz in Österreich.* Wien: Löcker Verlag 1990. 312 Seiten.

Mensdorf wirft ein wenig beachtetes, jedoch umso interessanteres Thema auf. Exemplarisch zitiert er vor Gericht gebrachte Fälle rechtsextremer Betätigungen und gibt dem Leser aufschlußreiche Einblicke, wie Gerichtsverfahren noch aussehen können: Gerichtliche Verfahren nach dem Verbotsgesetz 1947 (Paragraph 3a-f) können zu einem schwierigen Unterfangen werden. In diesem Paragraph werden alle Tätigkeiten erfaßt, welche die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der nach 1945 gesetzlich aufgelösten NS-Organisationen zum Ziel haben; darunter fällt vor allem die Wiederbetätigung in Wort und Schrift, sowie neonazistische Propagandaveranstaltungen. Der Oberste Gerichtshof hat 1972 den Paragraph 3g erneut erläutert. Judikaturen der Folgejahre haben die Tatbild-Definition präzisiert.

Und trotzdem kann jede Anschuldigung, rechtsextremes oder neonazistisches Gedankengut verbreitet zu haben, umgangen werden. Der juristische Erfolg im Kampf gegen den Rechtsextremismus hängt von der Auftrittstaktik der Betroffenen ab. Wie der Autor im Vorwort feststellt, lautet viel zu oft die Strategie: "Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Man gibt sich unwissend, naiv und tolerant. Nationalsozialismus? Nie gehört!" (S. 18)

Zwölf Ehrenbeleidigungsverfahren, die zwischen 1975 und 1989 geführt wurden, zeigen die geradezu absurde Umkehr der Positionen. Wird auch nur der leiseste Vorwurf rechtsextremer Gesinnung erhoben, kontert der Betroffene sofort mit einer Ehrenbeleidigungsklage. Mit welchem Erfolg die eigentlichen Täter zu Opfern werden, versetzt dabei sicher nicht nur die ursprünglichen Kläger (Journalisten, Künstler etc.) in Erstaunen. Da klagt Friedrich Peter den Journalisten Alfred Bartel; Max Höfer, Mitglied der "Aktion Neue Rechte" (ANR) belangt den Schriftsteller Gerald Graßl wegen Körperverletzung; Dr. Otto Scrinzi prozessiert gegen den Kabarettisten Hans Peter Heinzl wegen übler Nachrede.

Allen zwölf von Mensdorf angeführten Prozessen saß der ehemalige Straf- und nunmehrige Presserichter Ernest Maurer vor.

Besonders verblüfft der Fall zwei: Am 17. Juni 1977 kündigte die ANR an fünf Plätzen in Wien Kundgebungen zum "Tag der Deutschen Einheit" an. Gerald Graßl war um 15 Uhr bei der Kennedybrücke. Dort verteilten paramilitärisch gekleidete ANR-Mitglieder Flugblätter für ein "geeintes Deutsches Reich". Die Polizei griff nicht ein. Graßl hielt sich, wie er berichtet, im Hintergrund. Jedoch begann eine Auseinandersetzung zwischen den Neonazis und anwesenden älteren Menschen. Eine Frau, Anna Opferkuh, fällt zu Boden, Graßl und zwei andere junge Burschen gehen zu ihr hin, drei ANR-Mitglieder schlagen Graßl nieder. Graßl, der eine Kopfverletzung erlitt, versuchte sich mit seinem Gürtel, den er aus der Hose zog, zu verteidigen. Er traf Max Höfer am Kopf. Dieser erlitt eine Platzwunde. Die Polizei war plötzlich da und erstattete Anzeige - gegen Graßl. Graßl wurde im Prozeßverfahren schuldig gesprochen.

Nicht nur die Tatsache, daß Kundgebungen zum "Tag der Deutschen Einheit" von Österreichs Behörden erlaubt werden, erscheint bedenklich, sondern auch all die anderen genehmigten Aktionen und veröffentlichten Publikationen der ANR. Mensdorf listet zu diesem Vorfall den Werdegang der beteiligten Personen auf, ebenso das Grundsatzprogramm der ANR. Aussagen der Zeugen werden wiedergegeben.

Fall neun skizziert Dr. Otto Scrinzis Klage gegen Hans Peter Heinzl wegen dessen Lied "Spott sei Dank". Der Kläger fühlte sich durch die zwei Passagen "... ein alter Nazi, noch viel schlimmer, ein nationales Überbein..." und "... ein alter Narr allein verursacht noch keinen Holocaust..." (S. 146 f.) beleidigt. Scrinzi forderte die Beschlagnahmung der Schallplatte des Kabarettisten und, daß Heinzl die beiden Textstellen aus seinem Kabarett-Programm streichen müsse.

Die Darstellung der einzelnen Fälle komplettiert Mensdorf im Anhang seines Buches, in dem jeweils die schriftlichen Ausfertigungen der Strafbezirksgerichte zu den einzelnen Vorfällen nachzulesen sind.

Abbildungen von Aktionen und Aktivisten geben Eindrücke aus einer scheinbar vergangenen Zeit wieder.

Doch nicht allein Uniformen und Lederstiefel vermitteln dem Leser einen Bildausschnitt österreichischer Realität. Vielmehr wird in diesem Buch auf die Schwierigkeiten rechtsuchender Bürger aufmerksam gemacht. Die Justiz spielt dabei eine durchaus problematische Rolle.

Eva Kößlbacher

HOLGER JENRICH: *Anarchistische Presse in Deutschland 1945-1985.* Grafenau: Trotzdem-Verlag 1988 (= Libertäre Wissenschaft, Bd. 6). 273 Seiten, DM 34.

Als hätte es sie nie gegeben, ist die Geschichte der radikalen Arbeiterbewegung seit etwa 1890 Gegenstand beschämender Verdrängung. Marginal taucht sie als assistenzhafte Parallelerscheinung in der Geschichtsschreibung auf, eine Tatsache, die offenbar auf die Geschmäcklereien orthodoxer Historiker zurückzuführen ist.

Nach einer gewissen Emanzipationstendenz in der Medien- und Kommunikationsgeschichte und der Formulierung neuer Postulate für die historische Sozialwissenschaft haben sich glücklicherweise neue Zugangswege eröffnet. Ein Beispiel dafür bietet die *Anarchistische Presse* von Holger Jenrich, eine Dissertation an der Universität von Münster. In eifrigem Quellenstudium hat er eine bunt schillernde Palette an linksradikalen und anarchistischen Publikationen aus verstreuten Archivalien zusammengesucht, mit der Absicht, einen bisher unberücksichtigt gebliebenen Aspekt der Kommunikationsgeschichte ins moderne Bewußtsein zurückzuführen.

Anarchistische Publikationen haben die Eigenart, eine besonders vegetabile Symbiose mit der dahinter verborgenen Redaktionsstruktur einzugehen. Allererste anarchistische Blätter, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Westschweiz auftauchten, hatten meist die Konstituierung einer sogenannten "Zeitungspartei" zur Folge. Auf Jenrich und seinen Forschungszeitraum ab 1945 angewendet, kann von einer ähnlichen Grundlage ausgegangen werden. Zeitungen wie *Der Mahnruf*, *Neues Beginnen* oder *Befreiung* wurden entweder von Einzelpersonen getragen, die aus der anarchistischen Tradition der Zwischenkriegszeit kamen, oder waren Produkte von sich zaghaft, aber stetig bildenden "Assoziationen"; von gegenöffentlich agierenden Interessensgemeinschaften, "Parteien" oder "Förderationen" im weitesten Sinne. Und die "Parteien" artikulierten sich durch ein Sprachrohr, meist in Form von Wochen- und Monatsschriften, hektographiert, gedruckt oder sogar handgeschrieben.

Aufschwung in der anarchistischen Presse-Szene setzte allerdings erst Mitte der Sechziger Jahre ein. Im Rausch der Studentenbewegung, in der Flut neuer Gedanken und Utopien, kapselten sich "junge Anarchisten" von den Alten ab und begannen, sich in autonomen Strukturen neu zu formieren. "Gegenbuchmessen" wurden abgehalten, Zeitungen wie *Schwarzer Faden*, *Radikal* oder *Graswurzelrevolution* erreichten relativ hohe Auflagen und zunehmendes Interesse durch ihre agitatorische Aneignungsart von politischer und gesellschaftlicher Realität. Auch die heute zu beträchtlicher Größe gewachsene *Tageszeitung* (*taz*) hat ihre ersten Gehversuche in einem autonomen Kollektiv unternommen.

Jenrich nähert sich einer Strukturgeschichte dieser anarchistischen Gegenöffentlichkeit, indem er durch die Aneinanderreihung einzelner Medienbiographien ein abgerundetes Bild der Organisationsproblematik der anarchistischen Zeitungen zu geben versucht. Doch bleibt er gemessen an neuesten Erkenntnissen der Kommunikationsgeschichtsforschung und ihrem Theorie- und Methodenpotential regressiv. Er selbst beschreibt seine Methode als "historisch-chronologische Herangehensweise", ein Terminus, der sich für den Kommunikationsgeschichtler geradezu zur Überwindung anbieten würde. Nichtsdestoweniger hat er durch seine akribisch geführte Quellenarbeit der Mediengeschichte etliche unverzichtbare Erkenntnisse hinzugefügt und ein "Standardwerk" als Basis für eine noch vorzunehmende Sozialgeschichtsschreibung der anarchistischen Bewegung geschaffen.

Ein besonderer Hinweis gilt noch dem "Trotzdem-Verlag", der sich in der Reihe "Libertäre Wissenschaft" unter anderem der "alternativen" Medienforschung verschrieben hat. Es liegen bereits einige Bücher von für einen Klein- bis Kleinstverlag erstaunlicher Güte und Qualität vor.

Arno Maierbrugger

VIKTOR MATEJKA: *Anregung ist alles. Das Buch Nr. 2.* Wien: Löcker Verlag 1991. 224 Seiten.

Eines vorweg: Das Buch hält, was sein Titel verspricht. Denn anregend liest sich Victor Matejkas *Buch Nr. 2* von der ersten bis zur letzten Seite. Die Rückschau auf sein langes und ereignisreiches Leben hellt zeitgeschichtliche Zusammenhänge auf und rückt Fakten ins richtige Licht.

Als Obmann der Volkshochschule Wien Volksheim und - nach seiner politisch bedingten Absetzung aus dieser Funktion im Jahr 1936 - als Bildungsreferent der Wiener Arbeiterkammer versuchte Matejka zwischen 1934 und 1938 trotz des autoritären Kurses der "Ständestaat"-Regierung aufklärerische Arbeit im Rahmen der Volksbildung zu leisten. Er setzte sich für den Verbleib zahlreicher SozialdemokratInnen in der Arbeiterkammer ein. Gleichzeitig unternahm er mehrere politische Reisen ins westliche Ausland, um vor Hitler-Faschismus und Krieg zu warnen. Er verabsäumt es nicht, darauf hinzuweisen, daß die "Praxis des Widerstandes" (S. 62) in der Kulturpolitik vor 1938 eine präzise wissenschaftliche Erforschung wert wäre.

Mehrere Seiten des zweiten Teils seiner Erinnerungen nach *Widerstand ist alles* (erschienen 1984) widmet Matejka der "unerschöpflichen KZ-Welt" (S. 94), deren Grausamkeit und Brutalität er in den Jahren 1938 bis 1944 durchmachen mußte. Das letzte Jahr vor der Befreiung verbrachte er als U-Boot in Wien. Für die Abfolge von Krankheiten, "die ursächlich mit sechseinhalb Jahren Konzentrationslager und neun Monaten U-Boot" (S. 8) zusammenhängen und den Erscheinungstermin des Buches verzögerten, hat er sich ein anschauliches Wort zurechtgelegt: "Verkrankung".

1945 wurde er Wiener Stadtrat für Kultur und Volksbildung. Typisch für die aktive Kulturpolitik des Volksbildners Viktor Matejka ist sein Beitrag zur Reinigung der Wiener Universität vom Nazigeist. Als ihm zu Ohren kam, daß der ehemalige NS-Professor Othmar Spann die Universität wieder unsicher mache, lief er sofort vom seinem Büro im Rathaus zur Universiät hinüber. Nach Spann-Vorlesungen hatten Studenten in den 20er und 30er Jahren oft die Aula gestürmt und Juden und deren Freunde verprügelt. Als Spann das Universitätsgelände nicht verlassen wollte, packte ihn Matejka "am Rockkragen und beschleunigte so seinen Tritt und Schritt" (S. 118). Auch an der Verhinderung des nationalsozialistischen Germanisten Josef Nadler hat Matejka Ende der 40er Jahre mitgewirkt. Zwar fehlte dem Kulturstadtrat sowohl im Fall Spann als auch im Fall Nadler eine formelle Kompetenz. Er bemerkt dazu, daß es bei solchen Entscheidungen nur darauf ankommt, "daß jeder Demokrat das Seine zur öffentlichen Meinungsbildung beiträgt" (S. 118 f.). Diese Art von Zivilcourage scheint heute nicht gefragt zu sein.

Am Beispiel von Ernst Fischer setzt sich Matejka mit seiner eigenen Vergangenheit als Mitglied der KPÖ von 1945 bis 1957 und mit der Entwicklung dieser Partei auseinander. Er befreit Fischer von verschiedenen, ihn umgebenden Legenden und stellt einen selbstverliebten Stalinisten in den Mittelpunkt, der mit beinahe vorauseilendem Gehorsam jeden Kurswechsel der KPdSU mitmachte. Als der gut informierte österreichische Botschafter in der Sowjetunion über Vermittlung Viktor Matejkas nach Stalins Tod 1953 mit österreichischen Kommunisten zusammentraf, machte er Ernst Fischer auf das zu erwartende Tauwetter und die voraussichtliche Demontierung Stalins aufmerksam. Fischer antwortete: "Herr Botschafter, wir sind besser informiert." (S. 142). Kein Wunder, hatte Parteihistoriker Fischer bei der Trauerrede zu Stalins Tod geäußert: "Ein Großer ist von uns gegangen, der Größte, den unser Zeitalter hervorbrachte." Und: "Die Erde wurde zur Waise." (S. 139 f.).

Um auch weiterhin Verschüttetes ans Licht zu bringen und Überschätztes zu korrigieren, hat sich Matejka die Veröffentlichung eines dritten Buches vorgenommen. „'Bereit sein ist alles', so der geplante Titel. Was mich angeht, so bin ich bereit." (S. 9) Wir auch!

Michaela Lindinger

KURT KAINDL: *Harald P. Lechenperg. Pionier des Fotojournalismus 1929-1937.* Salzburg: Otto Müller Verlag 1990 (= Edition Fotohof, Bd. 1). 127 Seiten mit zahlr. Abb.

Der 1904 in Wien geborene Harald P. Lechenperg gehörte zu den maßgeblichen Fotoreportern der 30er Jahre. Erstmals liegt nun ein umfassender Überblick über sein umfangreiches Oeuvre aus dieser Zeit vor. Der Band leistet damit einen bedeutenden Beitrag zur österreichischen Medien-/Foto- und in Ansätzen auch zur internationalen Zeitschriftengeschichte.

Kurt Kaindl, Autor und Herausgeber des Eröffnungsbandes dieser neuen Fotoreihe, zählt als Leiter der Salzburger "Galerie Fotohof" zu den rührigsten Förderern der österreichischen Fotografie. Als Lektor und Forscher arbeitet er auch theoretisch in der ersten Reihe. Diese Konstellation ist ein seltener Glücksfall, weil ihm die Galerie die Möglichkeit gibt, seine wissenschaftlichen Ergebnisse über die überschaubare Schar heimischer Expertinnen und Experten hinaus einem breiteren Publikum zu präsentieren. Gerade die vorliegende Arbeit stellt ein gelungenes Beispiel für die Komplementarität des Forschers und des Kulturmanagers in einer Person dar.

Harald P. Lechenperg erweist sich dabei in mehrerlei Hinsicht als Glücksfall. Über erste Erfolge bei Wettbewerben fand er 1925 zunächst zum Journalismus. Er fotografierte für *Bettauers Wochenschrift* und übernahm auch die Layoutgestaltung dieses Magazins. Erst 1929 folgte der endgültige Entschluß, Fotojournalist zu werden. Lechenperg ging nach Paris und begann im Studio "Lorelle" als Praktikant. Erste Veröffentlichungen in der *Leipziger Zeitung* folgten. Bei einem Berlinbesuch knüpfte er Kontakte zum Scherl-Verlag und schloß den Vertrag für eine Algerienreportage ab. Nach seiner Rückkehr folgten Reisen nach Indien und Afghanistan. Eine zweite Indienreise unternahm er 1932 für den Ullstein-Verlag: Die Bilder wurden in der *BIZ* und in einer Reihe internationaler Illustrierter zu einem großen Erfolg. Im Februar 1934 fotografierte er den Bürgerkrieg in Wien, im selben Jahr folgten Fotoreisen nach Arabien und Äthiopien, 1935 in die USA, 1936 nach Afrika.

Damit endet Kaindls Buch. Die weiteren biographischen Stationen Lechenpergs werden kommentarlos genannt, obwohl Bedarf an erklärenden Worten bestanden hätte. 1937 wurde Lechenperg Chefredakteur der *BIZ*, 1940 konzipierte er die NS-Zeitschrift *Signal* und wurde deren erster Chefredakteur. 1943 entwarf er *Tele*, eine Zeitschrift, die 1944-45 im neutralen Schweden erschien. Nach dem Krieg nahm er leitende Positionen bei *Quick* und *Weltbild* ein; zwischen 1962 und 1976 produzierte er 22 Dokumentarfilme fürs TV. Anfang der 80er Jahre stellte er seine fotografischen Arbeiten in den USA, der BRD und zuletzt auch in Österreich aus.

Für die Ausstellung und den Band wurden Prints in hervorragender Qualität aus dem Archiv des heute in Tirol lebenden Fotografen produziert. Diesen Fotos stehen im Buch die Reprints der damaligen Zeitschriftenseiten gegenüber, um das zeitgenössische publizistische Ambiente zu dokumentieren. Dadurch werden auch kommunikationshistorisch interessante Hinweise auf Layouts und fotografische Ausschnittswahl vermittelt.

Die Fotos belegen das hervorragende Bildverständnis Lechenpergs, seinen Sinn für narrative Momente und szenische Höhepunkte sowie einen subtil-distanzierten Blick. Unter diesen Aufnahmen finden sich auch jene journalistischen "scoops", die Lechenpergs Ruf begründeten und ihm später die Türen an die Spitze der wichtigsten Zeitschriften öffneten.

Hannes Haas

CA, die **Bank** *zum* **Erfolg.**

Ihr neuer Freund stand jetzt jede Nacht vor ihrem Fenster. *Er war gut gepolstert und hatte viel Verständnis für ihr Temperament. Und das nötige Kleingeld für diesen Traum auf vier Rädern hatte ihr CA-Berater schnell zur Hand.*

CREDITANSTALT

MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

7. Jahrgang 1992

JAHRESREGISTER

BEITRÄGE

Herbert A r l t: Massenkommunikation - Bregenz - Literatur. Annäherung an dasVerhältnis zwischen Literatur und dem (massen-)kommunikativen Lebensraum Stadt. Ein Arbeitsbericht **4**, 23-32

Verena B l a u m: Geschichtsräume, Zeiträume. Zu den Orten einer zeitgeschichtlichen Kommunikti-ons-und Medienforschung im vereinigten Deutschland. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 3 f.

Gerhard Botz: Kommunikationsgeschichte: Aus zeitgeschichtlicher Sicht: zwischen disziplinärer Vergangenheitskonstruktion und allgemeiner Aspektgeschichte? Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 5-7

Dilek C i n a r / Sabine S t r a s s e r: Grenzziehungen in Österreich. Anmerkungen zu den Gefahren der Entdeckung von „Fremdheit" **4**, 4-8

Wolfgang D o n s b a c h / Bettina K l e t t: Verspätete Einheit? Zur Rolle des Journalismus in der Deutschlandpolitik. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 8-10

Franz D r ö g e: Kommunikationsgeschichte als Konstitutionslogik kommunikativen Handelns. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 11-14

Hans Heinz F a b r i s: Wozu Journalismusgeschichte? Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 15f.

Hermann H a a r m a n n: „Büchermachen ist eine Handwerk". Zur Berliner Verlagsgeschichte im 18. Jahrhundert oder: Ein Plädoyer zur Bewahrung der Buchkultur **1**, 25-28

Peter H a m a n n / Hans P o e r s c h k e: Die Informationsgebung Leipziger Medien und das Zusammenleben mit Ausländern. Zum Beitrag von Tageszeitungen zur sozialen Integration von Ausländern am Beispiel der *Leipziger Volkszeitung* und der sächsischen Ausgabe von *Bild*. Zwischenbericht einer Regionalstudie **4**, 18-22

Hanno H a r d t: Kommunikationsgeschichte als Gesellschaftliche Kritik: Anmerkungen zur U.S. Mediengeschichte. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 17-19

Joan H e m e l s: Kommunikationsgeschichte in den Niederlanden: Aufschwung oder Veitstanz? Eine zurückhaltende Antwort eines mitverantwortlich Beteiligten. Ein Beitrag zur Rundfrage „NeuePositionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 19-25

Petra H e r c z e g: Mehrheiten - Minderheitenverhältnis - ein kommunikatives Mißverhältnis? KommunikationswissenschaftlicheÜberlegungen zu einem komplexen Problem am Beispiel der Kroatenim Burgenland **4**, 12-17

Knut H i c k e t h i e r: Kommunikationsgeschichte: Geschichte der Mediendispositive. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **2**, 26-28

Hans-Dieter K ü b l e r: Kommunikationshistoriographie nur alsmultivariates, interdisziplinäres Projekt. Beispiel: zeitgenössische Rezeptionsgeschichte. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **3**, 3-8

Wolfgang R. L a n g e n b u c h e r: Darstellungslücken trotz reger Forschung. Zur gegenwärtigen Situation der Kommunikationsgeschichte. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" **3**, 8-10

Michaela L i n d i n g e r: Österreicher, Jude, Emigrant. Biographisches zum Journalisten, Schriftsteller und Maler Ernst Benedikt (1882 – 1973) **1**, 14-24

Arno M a i e r b r u g g e r: „Laß mich bös' sein, Herrgott! Amen". Biographische Skizzen zu Hugo Sonnenschein v. Sonka, einem vergessenen politischen Dichter des antifaschistischen Widerstandes (1889 – 1953) 1, 3-13

Peter M a l i n a: Wie historisch ist die Historische Kommunikationsforschung? Einige unsystematische Bemerkungen eines Historikers. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" 3, 11-13

Christof P a r n r e i t e r: Vom besonderen Wert des Fremden. Über die ethnische Segmentierung von nationalen und internationalen Arbeitsmärkten 4, 9-12

Horst P ö t t k e r: Kommunikationsgeschichte als Geschichte der Kommunikationswissenschaft. Über eine folgenreiche Erinnerungslücke. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" 3, 14-17

Holger R u s t: Dig where you stand. Erste Hinweise auf eine Archäologie der Theoriegeschichte. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" 3, 17-21

Winfried S c h u l z: Der t-Faktor in der empirischen Kommunikationsforschung. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" 3, 21-23

Jürgen W i l k e: Die Diagnose gilt noch. Die Befunde zur Rundfrage von 1987 sind nach wie vor aktuell. Ein Beitrag zur Rundfrage „Neue Positionen zur Kommunikationsgeschichte" 3, 24 f.

BIBLIOGRAPHIEN

Bibliographie studentischer Abschlußarbeiten. Diplomarbeiten und Dissertationen an österreichischen Universitäten aus dem Bereich der Kommunikationsgeschichte. Teil 1 (1990/91). Zusammengestellt von Michaela L i n d i n g e r und Friedrich R a n d l 1, 29 f.

NOTIZEN

Manfred A n d e r s: „Alle Menschen müssen verstehen, daß sie Gäste auf der Welt sind!" Beobachtungen zur Darstellung von Ausländern im deutschen Regionalfernsehen anno 1992. 4, 33-35

Johann G ü n t h e r: Das Pressewesen im Waldviertel von 1848 bis 1918 4, 40 f.

Hermann S a g l: Bibliographie österreichischer deutschsprachiger Zeitungen 1800 – 1945. Ein Forschungsbericht 1, 31-34

Klaus S i e b e n h a a r: „Bismarck in der Badewanne". Anmerkungen zu einer Legende: Die Berliner Zeitschrift *Querschnitt* (1921 – 1936) 1, 35-38

Klaus S i e b e n h a a r: „Am Rande der Nacht": Aporien der Inneren Emigration. Eine Skizze zur deutschen Literatur zwischen Anpassung und Widerstand 1933 – 1945 4, 36-39

REZENSIONEN

Marie-Luise Angerer / Erna Appelt / Anni Bell u. a. (Hrsg.): Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen. Wien 1991. (Eva K ö ß l b a c h e r) 3, 27

Dieter Baacke / Heinrich Lienker u.a. (Hrsg.): Jugend 1900 –1970. Zwischen Selbstverfügung und Deutung. Opladen 1991. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h) . 2, 31 f.

Veit Michael Bader: Kollektives Handeln. Opladen 1991. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h) 2, 31

Veit Michael Bader / Albert Benschop: Ungleichheiten. Opladen 1989. (Wolfgang D u c h k o w i t s c h) 2, 30 f.

Andrea Graf: Zur Politik des Weiblichen. Beiträge zur Innenwelt und Außenwelt. Wien 1990. (Eva. Kößlbacher) 3, 26

Kurt Kaindl (Hrsg.): Fotoseite. Kommentierte Beiträge zur Fotografie aus der Wiener Zeitung *EXTRA*. Salzburg 1990. (Hannes Haas) 1, 39

Kurt Luger: Die konsumierte Rebellion. Geschichte der Jugendkultur 1945 – 1990. Wien, St. Johann/ Pongau 1991. (Michaela Lindinger) 1, 39

Stephan Ruß-Mohl (Hrsg.): Emil Dovifat: Der Amerikanische Journalismus. Mit einer Einführung von Stephan Ruß-Mohl und Bernd Sösemann. Berlin 1990. (Hans Bohrmann) 2, 29 f.

Albert Sternfeld: Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen.Wien 1990. (Heinz Peter Wassermann) 3, 27

Jon Vanden Heuvel: Untapped Sources. Americas Newspaper Archives and Histories prepared for the American Society of Newspaper Editors Newspaper History Task force. New York 1991. (Hans Bohrmann) 2, 29

REDAKTION

Heft 1: Dr. Wolfgang Duchkowitsch, Mag. Michaela Lindinger, Dr.Theodor Venus und Claudia Wurzinger

Heft 2: Dr. Wolfgang Duchkowitsch, Dr. Hannes Haas und Dr. Fritz Hausjell

Heft 3: Dr. Wolfgang Duchkowitsch, Dr. Hannes Haas und Dr. Fritz Hausjell

Heft 4: Christian Haider, Eva Kößlbacher und Fritz Randl

AUTORINNEN- UND AUTORENREGISTER

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf Rezensionen

Manfred Anders 4, 33-35
Herbert Arlt 4, 23-32
Verena Blaum ..... 2, 3 f.
Hans Bohrmann ..... 2, 29, *29 f.*
Gerhard Botz 2, 5-7
Dilek Cinar 4, 4-8
Wolfgang Donsbach 2, 8-10
Franz Dröge 2, 11-14
Wolfgang Duchkowitsch ..... 2, 30 f., 31, *31 f.*
Hans Heinz Fabris ..... 2, 15 f
Johann Günther ..... 4, 40 f.
Hermann Haarmann 1, 25-28
Hannes Haas 1, *39*
Peter Hamann 4, 18-22
Hanno Hardt 2, 17-19
Joan Hemels 2, 19-25
Petra Herczeg 4, 12-17
Knut Hickethier 2, 26-28
Bettina Klett 2, 8-10
Eva Kößlbacher 3, 26, *27*
Hans-Dieter Kübler 3, 3-8
Wolfgang R. Langenbucher 3, 8-10
Michaela Lindinger ..... 1, 14-24, 29 f., *39*
Arno Maierbrugger ..... 1 , 3-13
Peter Malina 3, 11-13
Christof Parnreiter 4, 9-12
Hans Poerschke 4, 18-22
Horst Pöttker 3, 14-17
Friedrich Randl ..... 1, 29 f.
Holger Rust 3, 17-21
Hermann Sagl 1, 31-34
Winfried Schulz 3, 21-23
Klaus Siebenhaar 1, 35-38; 4, 36-39
Sabine Strasser 4, 4-8
Heinz Peter Wassermann 3, *27*
Jürgen Wilke ..... 3, 24 f.

KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR WIEN

SOZIAL-WISSENSCHAFTLICHE DOKUMENTATION

~ 2,7 Mio. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel aus 100 Jahren, nach Sachgebieten gesammelt und geordnet, leicht und sofort zugänglich.

SOWIDOK-Datenbank: 700.000 Literaturhinweise ab 1980 gespeichert, abfragbar über die Informationsvermittlungsstellen der Nationalbibliothek, der Bibliotheken der WU-Wien und der Universitäten Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck.

SOZIAL-WISSENSCHAFTLICHE STUDIENBIBLIOTHEK

290.000 Bücher und über 1200 Fachzeitschriften und Tageszeitungen warten auf Sie!

Autorenkatalog
Schlagwortkatalog
EDV-Recherchen
Mikro–Lesegerät
Münz-Kopierer

Aktuelle Informationen zu den Sachgebieten:
Wirtschaft - Politik - Gesellschaft
Sozialpolitik - Arbeitswelt - Arbeiterbewegung
Bildung - Kultur - Geschichte
Umweltprobleme - Konsumentenschutz - Recht

Sozialwissenschaftliche Dokumentation der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22. Tel. 50 165/2393 Mo-Fr 8-16 Uhr

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22. Tel. 50 165/2452 Auskunft Tel. 50 165/2352 Lesesaal Mo-Fr 13-19.30 Uhr Sa 9-12 Uhr

AK

aktiv für Sie